

Hinterland

50/2021 4,50 euro

utopie

IMPRESSUM

Titel: Andrea Huber, 2021

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Westendstraße 19, Rgb
80339 München

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Hedwig Fuß, Agnes Andrae & Matthias Weinzierl

Redaktion: Maggie Brandmair, Friedrich C. Burschel, Stephan Dünnwald, Marina Ginal, Christoph Merk, Christian Nekowitsch, Ulrike Speckmann, **Matthias Weinzierl**, Michael Santifaller, Florian Feichtmeier, Cornelia Fiedler, Barbara Kwapkowski, Miriam Leitner, Marina Mayer, Marieke Seidenstricker, Harry Streng, Antje Schuhmann, Alexander Weiss, Dorothee Chlumsky, Alexander Thal, Andrea Böttcher, Stefan Klingbeil, Isabel Seidler, Anna-Kristina Pfeifer, Lea Tesfaye, Andrea Stickel, Ralf Homann, Matthias Hofmann, Till Schmidt, Lisa Dierkes, La-Na Grosse, Martina Maurer, Nikolai Schreiter, Justine Donner, Caroline von Lowtzow, Sara Magdalena Schüller, Anna-Katinka Neetzke, Sarah Stoll, Marc Millies, Angelika von Loeper, Timmo Scherenberg, Tunay Önder, Markus Geisel, Sara Hilliger, Undine Schmidt, Johanna Keppeler, Nina Schiffmann, Fabian Holzheid, **Agnes Andrae**, Joy Mann, Ralf Kienzler, Martina Backes, Ronja Morgenthaler, Katrin Dietrich, Joana Hofstetter, Patricia Reineck, Winfried Rust, Christian Stock, Christian Steinmüller/Andrae, **Elena Stingl**, Elia Rubi, Jessica Schallock, Katalin Kuse, **Marianne Walther**, Sophie Elixhauser, Damian Groten, **Christine Wolfrum**, Jessica Egger, Felix Bandalat, Christiane Kern, Florian Schäfer, Antonio Vetinari, **Basak Özdemir**, Joshua Hamel, Katharina Martl, **Pit Kühnöh**, Tuuli Reiss, Mohamad Kord, **Sebastian Schulke**, **Hedwig Fuß**, **Laura Pöhler**, **Caroline Mulert**, **Tabea Danner**, **Gülcan Durak**
(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de
Gestaltung: Agnes Andrae, Matthias Weinzierl
Druck: deVega Medien GmbH, Eitzenberger, Media Druck Logistik, Eisele Druck
Anwaltinger Straße 10, 86165 Augsburg
Auflage: 1.500 Stück
Website: Anton Kaun, Jonas Langreuter
Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de
Jahresabo: 21,00 Euro
Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

*Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.*



Das Magazin
für kein ruhiges.

Refugees welcome!

Das kleine Dorf Riace in Kalabrien und ihr Bürgermeister Mimmo Lucano (2004-2018) wurden während der humanitären Krise von Lampedusa im Jahr 2009 international bekannt, weil sie 200 Flüchtlingen und Asylbewerbern Unterkunft und Gastfreundschaft gewährten - im Gegensatz zu Mailand, das gerade mal 20 Plätze zur Verfügung stellte. Im Jahr 2017 waren im Dorf 550 Migranten untergebracht, insgesamt hatten es über 6000 Menschen durchquert. Ende der 1990er-Jahre gab es in Riace kaum noch Landwirtschaft und Ackerbau. Die einzige Möglichkeit für die wenigen verbliebenen Bewohner war die Flucht. Dann änderte das von Mimmo Lucano geschaffene Empfangssystem alles. Die Häuser im Zentrum, die lange Zeit verlassen waren, wurden neu besiedelt. Hunderten von Flüchtlingen konnte wieder Hoffnung gegeben werden, sie konnten in Handwerksbetrieben Glas und Marmelade herstellen und in einer Weberei arbeiten. Um die verzögerten Auszahlungen von staatlichen Geldern zu überbrücken, wurde gar eine lokale Währung geschaffen. Das »Modell« stieß auf Gegenwehr. Am 2. Oktober 2018, während der Amtszeit des Innenministers Matteo Salvini wurde Lucano unter dem Vorwurf der Beihilfe zur illegalen Einwanderung verhaftet. Die Aufnahmeprojekte wurden geschlossen, und die Häuser stehen wieder leer. Mimmo Lucano hat nie aufgehört, an seine Idee zu glauben: Jede Gemeinschaft muss auf der Achtung der Menschenwürde beruhen. Die Geschichte von Lucano ist die Geschichte Italiens, denn sein Mut konnte die Grenze aufzeigen, jenseits derer eine Demokratie ihre Grundwerte verrät. Das Buch ist ein direktes und tiefgründiges Zeugnis, das uns einlädt, die Augen dafür zu öffnen, wer wir sind und wer wir sein wollen.



Das Dorf des Willkommens

Mimmo Lucano, übersetzt
von Elvira Bittner
Rüffer&Rub Sachbuchverlag
gebunden, 240 Seiten
ISBN: 3906304876
EAN: 9783906304878

„Das fühlt sich irgendwie wie Science-Fiction an.“ –
 „Schatz, du lebst auf einem Raumschiff.“

(Firefly)

Liebe Leser*innen,

„Aufruhr, Widerstand, es gibt kein ruhiges Hinterland!“, ist ein alter Slogan auf linken und antirassistischen Demonstrationen. „Who the Fuck ist Hinterland, wenn nicht wir?“ sinnierte Christoph Merk im Sommer 1999, als er mit Matthias Weinzierl in Italien saß und Wein trank. Christoph träumte von einem neuen Punk-Fanzine, Matthias wollte den monatlichen Infodienst des Bayerischen Flüchtlingsrats aufpeppen.

Und es ist nicht zu glauben: Die Idee, die Utopie von damals hat sich verwirklicht und ist jetzt schon 50 Ausgaben alt – und 15 Jahre. Wer gewisse Grundkenntnisse der Mathematik besitzt, wird merken, dass wir unser Ziel von vier Ausgaben pro Jahr nicht ganz erfüllt haben. Unsere Abonnent*innen mögen uns dies bitte verzeihen. Und auch der Punkrock ist etwas weniger geworden. Dafür haben wir in diesen 50 Ausgaben aber immerhin eine Gesamtzahl von 4.610 Seiten produziert sowie insgesamt sieben Redaktionsbüros, 85 Redaktionsmitglieder und unzählige Kaltgetränke verschlissen.

Die Redaktionsmitglieder waren, bevor sie verschlissen wurden, zu sechs Exkursionen in anderen Städten. Zuletzt 2019 in Berlin bei der Siegessäule und 2021 in Frankfurt bei der Titanic. Acht Hefte sind in Kooperation mit anderen Flüchtlingsräten, Zeitschriften oder Organisationen entstanden. Der Frauenanteil hat sich von Ausgabe #1 (33 %) bis zur Ausgabe #50 (70 %) stetig vergrößert. Das jüngste aktuelle Redaktionsmitglied ist 19 und das älteste 73 Jahre alt. Und wir alle stecken voller Herzblut in diesem Magazin, das für uns so viel mehr ist als nur eine ehrenamtliche Tätigkeit – es ist ein Zuhause und eine zweite Familie.

Aber genug der Nostalgie, in dieser Ausgabe wollten wir den Blick in die Zukunft schweifen lassen und nach den Sternen greifen. Klimawandel und Pandemie, Rassismus, Antisemitismus und Kapitalismus – es gibt genügend Gründe, um in Utopien zu schwelgen und von einer besseren Welt zu träumen. Eine Welt, in der es egal ist, wo du geboren wurdest, wie du aussiehst oder aus welcher Gegend deine Eltern kommen. Eine Welt, in der du lieben kannst, wen du willst und in der du sein kannst, wie du willst. Eine Welt ohne Grenzen, in der alle Menschen sich frei bewegen können.

Eine Welt, in der alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser, zu genügend gesunder Nahrung und zu Bildung haben, in der es medizinische Versorgung und Impfstoff für alle gibt – und auch kostenlose Menstruationsprodukte. Eine Welt, in der niemand zur Lohnarbeit gezwungen ist. Eine Welt ohne Nation und ohne Staat, ohne Rassismus und Antisemitismus, ohne Umweltzerstörung – und ohne Kapitalismus.

Davon träumen wir immer noch, doch kann davon nur ein kleiner Aspekt in dieser Ausgabe behandelt werden. Und selbst beim Träumen holt uns die Wirklichkeit wieder ein: Darum widmet sich dieses Mal ein Länderschwerpunkt dem Thema Afghanistan. Füllte das Land vor einigen Wochen noch die Schlagzeilen, so ist es nun wieder in der Dunkelheit der medialen Schnelllebigkeit verschwunden. Das wollen wir ändern. Eine sehr kleine Utopie ...

Bis dahin: Hört nicht auf zu träumen, bis wir alle bei Kuchen und Cocktails am Strand sitzen!

Eure Utopist*innen von der
Hinterland-Redaktion

P.S.: Wir von der Redaktion möchten besonders unserem liebsten Matthias danken, der seit der ersten Ausgabe dabei ist und die Hefte erst in diese schöne Form bringt, in der ihr, liebe Leser*innen, sie in den Händen haltet. Dazu benötigt er pro Ausgabe ungefähr 22 Stunden. Ohne ihn wäre das alles nur ein großer Haufen Buchstabenalat. Derselbe Dank gebührt auch unserer liebsten Agnes. Sie unterstützt nicht nur Matthias in der grafischen Gestaltung und macht das Heft so wunderschön, sie schreibt auch noch Anträge und hält den Laden am Laufen. Danke, ihr beiden!





*Zu Beginn des Jahres 2017 war die Deutsche Bank mit Sitz in Frankfurt am Main in finanzielle Not geraten. Die Redaktion des Titanic-Magazins zeigte sich kurzentschlossen solidarisch und rief zu einer Spendenaktion auf. Die Frankfurter*innen waren nicht unempathisch: 8,71 € konnten gesammelt werden. Die Deutsche Bank jedoch nahm davon kaum Notiz. Eine feierliche Scheckübergabe mit persönlicher Annahme des Spendenbetrags wurde abgesagt und dieser wenigstens postalisch zugestellt. Das Spendenschild verblieb seither im Kostümlager des Titanic-Büros – bis zu einem Treffen mit der Hinterland-Redaktion im Oktober 2021. Da wurde die Übergabe stellvertretend endlich nachgeholt.*

Hinterland besucht Titanic

Sie kamen aus dem Hinterland
(Hier nennen wir es: Bayern),
Um in uns'rer Europastadt
Den Urlaub abzufiern.

So staunten sie: „Mensch, allerhand!
Die Hochhäuser, die großen!
Die Menschen tragen Hemd/Krawatt' –
Und nicht nur Lederhosen.“

Das hatten sie noch nicht gekannt,
Hier wollten sie verharren.
Doch Söder rief: „Kommt's heim! 's ist spat!
Steigt's auf die Ochsenkarren.“

Moritz Hürtgen
Titanic-Chefredakteur

4
Hinterland besucht Titanic
 Gedicht von Moritz Hürtgen

6
zitiert & kommentiert
 Von Hubert Heinhold

a f g h a n i s t a n

7
Die Bürgermeisterin
Bilderstrecke über die Frauenrechtsaktivistin Zarifa Ghafari
 Von Toby Binder

14
Taleban – regierungsunfähige Sieger
Eine Bilanz nach der Machtübernahme
 Von Thomas Ruttig

18
Die versuchte Abschiebung der Realität
Wie die Bundesregierung Verantwortung vermeidet
 Von Martin Sökefeld

22
Möglichkeiten gibt es immer
Interview mit Abdul Ghafoor über (un)mögliche Evakuierungen
 Von Agnes Andrae

u t o p i e

26
Man müsste einmal
 Gedicht von Thomas Glatz

27
Acid Communism: Schafft Temporale Anomalien!
Fotoessay über verbindende Zeiträume
 Von Chris Grodotzky

34
„Utopien sind ein universalistisches Begehren“
Interview mit Alexander Neupert-Doppler über die Suche nach dem Nicht-Ort
 Von Sebastian Schulke

39
Der solidarische Umbau des europäischen Grenzregimes
Eine Baustellenbesichtigung bei der Solicitud Bewegung
 Von Stephan Liebscher

44
Wenn ich Gott wäre
 Gedicht von Thomas Glatz

45
Vom Auflösen von Grenzen
Interview mit Fabian Georgi über globale Bewegungsfreiheit
 Von Agnes Fuchsloch

50
Was für ein Wort
Hat die Linke überhaupt noch irgendeine gemeinsame Idee?
 Von Christoph Merk

51
Eine Welt ohne Grenzen?
„Unmöglichkeit ist keine Tatsache, sondern nur eine Formulierung“
 Von Volker M. Heins

55
Vallecito (Faya) – Symbol der Hoffnung
Eine Garifuna-Gemeinde als Gegenbeispiel zur totalcapitalistischen Privatstadt
 Von Jessica Fernandez Norales und Randolpho Garcia

61
Choreografie des Klimawandels
Eine Zeitreise ins Jahr 2051 und zurück
 Interview mit Benno Heisel und Theresa Spielmann
 Von Christine Wolfrum

66
Utopie im Hinterland
 Gedicht von iz3W

l e t t e r s f r o m r i t s o n a

67
We need bridges that connect, not the walls that separate
Geschichten, die selten ihren Weg aus dem Lager Ritsona finden
 Von Parwana Amiri
 b l e i b e r e c h t

69
Österreich will Musa nicht
Der vergebliche Versuch, unmögliche Forderungen zu erfüllen
 Von Usman Mahar

73
Steine im Weg
Die absurden Blüten des deutschen Aufenthaltsrechts
 Von Jan Kavka

a n k e r

75
Eilmeldung: Utopie wird Realität?!
Wie ein Gericht Beratung in ANKER-Zentren unmöglich macht
 Von Sheena Tönnies und Hannah Sommer

79
Mann und Ast
 Gedicht von Thomas Glatz

p o d p e o p l e

80
Wie kann ich was bewegen?
Interview mit Raúl Krauthausen über Aktivismus und Barrierefreiheit
 Von Elena Stingl und Laura Pöhler

d r a m a

84
Flüchtlingsgespräche #9
Was passiert mit Afghanistan? Brechts Flüchtlinge im Gespräch
 Von Human

86
Wolli.
 Von Matthias Weinzierl



Hinterland #51
 Geschlossene Gesellschaft
 Frühjahr 2022

Liebe Freund*innen,
 liebe Autor*innen,

geschlossene Gesellschaft. Du kommst hier nicht rein. Die falschen Schuhe, der falsche Name, das falsche Gesicht. Nicht auf der Gästeliste. Wieder ans Ende der Schlange, nochmal versuchen. Dabei hast du doch alles richtig gemacht, denkst du.

Der rassistische Türsteher der Europäischen Union heißt Frontex. Oder Griechische Küstenwache. Oder Polnische Polizei. Und er schickt die Menschen nicht einfach nur ans Ende der Schlange zurück, er drängt sie in die Türkei zurück, er lässt sie im Mittelmeer und in der Nordsee ertrinken, er lässt sie an der belarussisch-polnischen Grenze erfrieren.

Wir von der Hinterland wollen aber eine offene Gesellschaft. Und wir wollen wissen, was ihr zu geschlossenen Gesellschaften zu erzählen habt, zu Abschottung, Ausgrenzung oder der Festung Europa. Schickt uns Fragen an Frontex, interessante Interviews oder kritische Kommentare zum Kapitalismus. Schreibt gewagte Glossen zur geschlossenen Gesellschaft, träumerische Tiraden, eindrucksvolle Essays oder amüsante Anekdoten. Macht Bilderstrecken und Graphic Novels.

Schreibt uns Eure Ideen an:
 redaktion@hinterland-magazin.de

„Der allgemeinen Handlungsfreiheit des Klägers steht im Übrigen das Hausrecht des Beklagten für seine Aufnahmeeinrichtungen entgegen.“

Urteil des Bay. Verwaltungsgerichtshofes vom 28.7.2021 5 Beschluss vom 19.2245 Randnummer 57

Von Hubert Heinhold



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
von Pro Asyl

Es ist nicht fein, ein Urteil, an dem man beteiligt war, außerhalb des Instanzenzuges oder einer juristischen Fachzeitschrift zu kritisieren. Und ja, ich ärgere mich über das Ergebnis und seine Begründung. Vor allem aber über das Vorverständnis, das den Ausführungen im Urteil zugrunde liegt. Davon handelt meine Sottise – die Rechtskritik steht in der Revisionsbegründung.

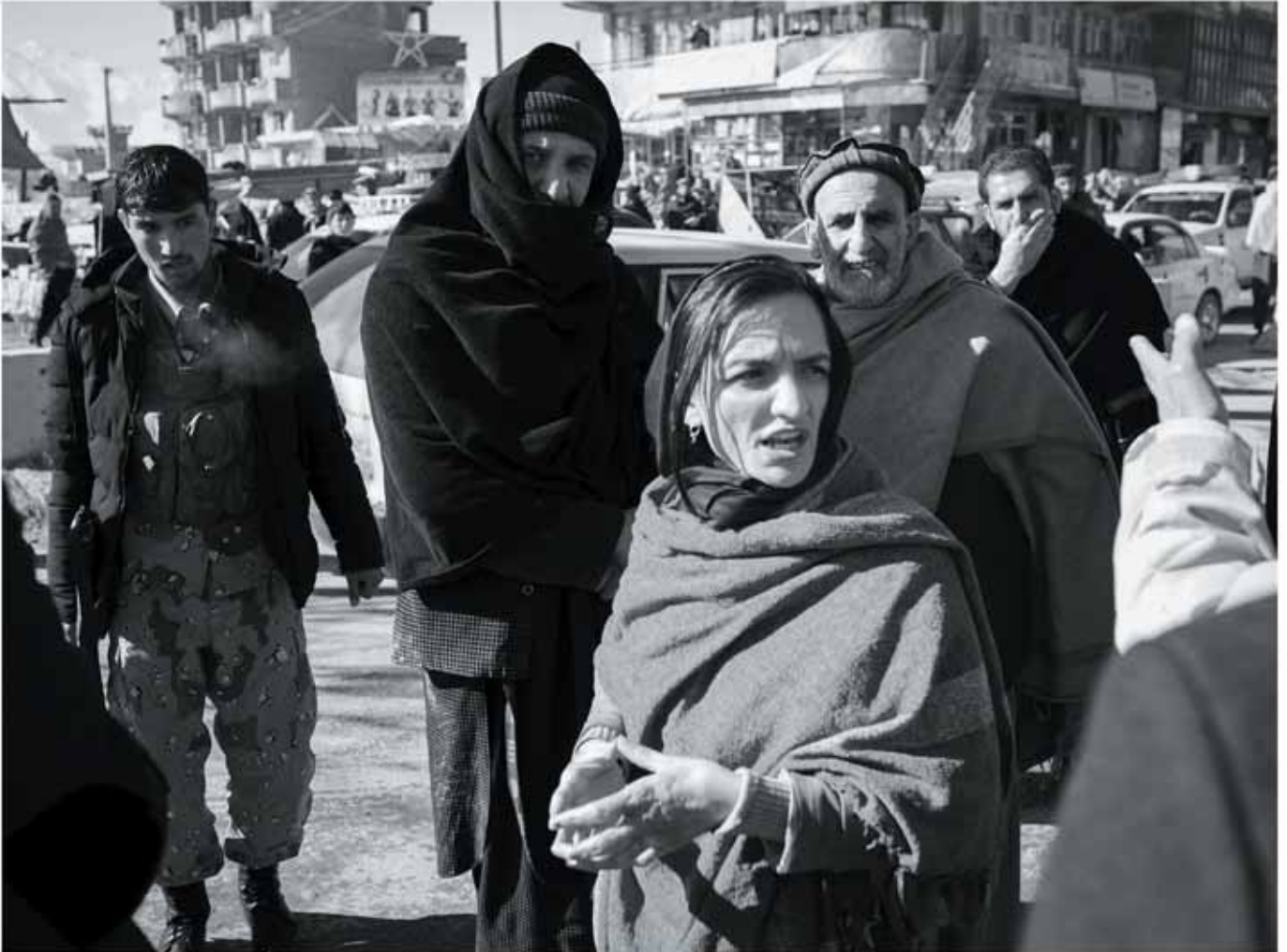
Es geht um den Infobus des Münchener Flüchtlingsrats, (siehe auch *Eilmeldung: ‚Utopie wird Realität‘*) der seit 2001 in einigen Asylunterkünften Rechtshilfe anbot und hierzu in die Lager fahren konnte oder Zugang erhielt. Im September 2017 wurde das untersagt, wogegen geklagt wurde. Vor Gericht sagte die beklagte Regierung von Oberbayern schließlich zu, den Zugang dann zu gestatten, wenn von der/dem Geflüchteten der Besuch angefordert worden war. Da dies in der Praxis nicht funktioniert, ging der Flüchtlingsrat in die Berufung. Er begehrt weiterhin Zugang zu den Geflüchteten zum Zwecke der Rechtsberatung – auch ohne individuelle Anforderung. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof wies die Berufung zurück.

Durch das ganze Urteil zieht sich ein Vorverständnis, das im obigen Zitat deutlich wird: Die Regierung kann durch die Hausordnung oder andere Anordnungen frei bestimmen, wie Geflüchtete zu leben haben. Was im Asylgesetz noch als notwendige Ordnungsregelung berechtigt ist – etwa die Zuweisung an einen Ort und

in eine Unterkunft – wird zur unangemessenen Bevormundung, wenn es um die konkrete Ausgestaltung des Lebens geht. Die faktische Abschottung von der deutschen Gesellschaft durch die Abgeschiedenheit der meisten Unterkünfte wird durch den weitgehenden Ausschluss von Besuchskontakten vertieft. Wenn eine Klage genau das kritisiert und ein Besuchsrecht als Teil der grundrechtlich garantierten allgemeinen Handlungsfreiheit erzwingen will, offenbart der Verweis auf ein Hausrecht ein erschreckendes Vorverständnis. Nicht das Grundrecht des Menschen Kontakte aktiv oder passiv aufzunehmen und damit Teil des gesellschaftlichen Diskurses zu sein wird als selbstverständlich zugrunde gelegt, sondern die Abschottung einer Gruppe von Menschen unter dem Regelwerk einer Hausordnung. Der Ausnahmezustand für diese ist selbstverständlich – er wird nicht einmal erkannt.<



Portraitgalerie im Rathaus von Maidan Shar; vor Zarifa Ghafari besetzten ausschließlich Männer diesen Posten. Nach Machtübernahme der Taliban wurde ebenfalls wieder ein Mann eingesetzt.



Ghafari sorgt auf dem Markt von Maidan Shar für Ordnung und verlangt von ihren Mitarbeitern, illegal errichtete Stände oder falsch aufgestellte Verkaufskarren zu entfernen. Dass eine Frau Männern Befehle erteilt und sich mit den männlichen Markthändlern anlegt, sorgt für große Unruhe und bringt Ghafari sowie ihre Mitarbeiter auch in Gefahr.



Ein Telefonat vor den Toren der Stadt. Die Hügel im Hintergrund wurden bereits zum Zeitpunkt der Aufnahme im Frühjahr 2020 von den Taliban kontrolliert.



Ghafari pendelte täglich vom Wohnort Kabul in ihr Büro nach Maidan Shar. Die einzige Überlandstraße war oft Ziel von Angriffen der Taliban. Einen gepanzerten Wagen hat Ghafari nicht zur Verfügung, ihren einzigen Personenschützer, der zugleich Fahrer ist, muss sie selbst finanzieren.



Ghafari in ihrem PKW im Stadtverkehr von Kabul. Jede Fahrt birgt das Risiko eines Anschlags oder Überfalls.

Die Bürgermeisterin

Eine Fotostrecke von Toby Binder

Toby Binder
*ist schwäbischer
Dokumentarfotograf,
der sich für
schottisch-argenti-
nisch hält und
einmal Profi-
fußballer werden
wollte. Das hat nicht
geklappt.*

Das dürfte Zarifa Ghafari wohl selbst für eine Utopie gehalten haben, dass sie jemals in ein hohes politisches Amt in ihrem Land eingesetzt würde, in dem fast nur Männer regieren und alles dominieren. Doch sie bewirbt sich als einzige Frau unter 138 Anwärtern in einer öffentlichen Ausschreibung um den Bürgermeisterposten in Maidan Shahr. Und mit 26 Jahren wird sie im Sommer 2018 zur jüngsten Bürgermeisterin Afghanistans ernannt. Männer versperren ihr den Weg ins Rathaus, bedrohen sie mit Maschinengewehren. Erst im Frühjahr 2019 konnte schließlich ihre Vereidigung stattfinden. Allerdings: Aus Sicherheitsgründen wohnte Ghafari nicht in Maidan Shahr, sondern in Kabul. Das bremste ihren Tatendrang jedoch nicht. Als Bürgermeisterin eröffnete sie einen Markt nur für Frauen in ihrer Stadt – schuf so Arbeitsplätze. Für Umweltthemen setzte sie sich auch ein. Doch nach der Machtübernahme der Taliban musste sie fliehen, gelangte nach Deutschland. Ihren Vater töteten die Extremisten. Zarifa Ghafari selbst überlebte zwei Anschläge. Eine Rückkehr in ihre Heimat dürfte auf lange Zeit nicht möglich sein – erscheint utopisch ...<



Nach der Machtübernahme der Taliban gelang Zarifa Ghafari die Flucht nach Deutschland.

Taleban – regierungsunfähige Sieger

Unter den Taleban und durch kontraproduktive De-facto-Sanktionen des Westens bricht Afghanistans Wirtschaft ein. Es droht fast totale Armut. Von Thomas Ruttig

Drei Monate nach der Machtübernahme der Taleban in Afghanistan erweist sich ihre Herrschaft als gefestigt und teilweise janusköpfig. „Die Sicherheit ist jetzt besser, denn der Krieg ist vorbei“, sagte der Vorstand einer Tadschiken-Gemeinde aus der Provinz Logar südlich von Kabul. Die Taleban hätten auch die verminten Straßen freigeräumt. „Aber es gibt viele neue Probleme. Die Märkte sind zwar offen, trotzdem gibt es keine Arbeit. Vorher gab es Hilfe von NGOs. Außerdem herrscht Dürre, und wir hatten keine Ernte. Die Menschen kämpfen mit der Armut.“

Tatsächlich kontrollieren die Taleban inzwischen das gesamte Land. Bewaffneter Widerstand im Pandschirtal blieb isoliert und brach schnell zusammen, auch wenn Protagonisten online das Gegenteil behaupten. Es gibt derzeit keine politische Alternative mehr zu ihnen. Zivilgesellschaftliche Organisationsstrukturen und gewählte Vertretungskörperschaften wie das Parlament lösten sich auf. Die Anti-Taleban-Warlords entpuppten sich als Kolosse auf tönernen Füßen. Ihre mit CIA-Geldern aufgebauten Milizen liefen wie die Regierungstruppen ohne signifikante Gegenwehr vor

dem Taleban-Ansturm davon, und sie selbst flohen ins Ausland. Eine geplante Exilregierung soll nach Mitteilung der dissidenten afghanischen Botschaft in der Schweiz schon existieren. Aber ob und wie der Pandschir-Widerstand und die Warlords kooperieren, ist unklar. Einige Warlords haben im Ausland separat

einen *Hohen Widerstandsrat* der Islami-schen Republik Afghanistan gegründet. Die Pandschir-Bewegung erhielt von den US-Behörden mittlerweile die Erlaubnis, eine Auslandsvertretung in Washington zu eröffnen; auch in Tadschikistans Hauptstadt Duschanbe soll sich ein Büro befinden, auch wenn die dortige

*Viele Soldaten und
Polizisten fanden die
Regierung einfach nicht
mehr verteidigungswert*

Regierung erklärte, sie wisse davon nichts. Dahinter stehen jeweils Fraktionen einer Elite, deren systemische Korruption und politischer Exklusivitätsanspruch maßgeblich zum Scheitern des westlichen Afghanistan-Einsatzes beitrugen und sich jetzt an ihren Machtanspruch klammern, jedoch in den Augen weiter Teile der Bevölkerung ihre politische Legitimation verloren haben.

Warum Afghanistan so schnell an die Taliban fiel

Korruption, gefälschte Wahlen und fehlende Rechtsstaatlichkeit führten zur Selbstdelegitimierung der ehemaligen „Islamischen Republik Afghanistan“. Genau das waren auch Ursachen dafür, dass die Sicherheitskräfte und schließlich die Regierung so schnell unter dem Ansturm der Taliban kollabierten. Viele Soldaten und Polizisten fanden die Regierung einfach nicht mehr verteidigungswert. Zudem entzog das US-Taliban-Separatabkommen – also unter Umgehung der damaligen afghanischen Regierung – über den US-Truppenabzug vom Februar 2020 den Truppen wichtige Komponenten der Unterstützung wie direkte Beratung und moderne Gegneraufklärung. Soldaten und Polizisten fühlten sich von den bisherigen ausländischen Partnern allein gelassen. Dazu trug bei, wie der Abzug vonstatten ging: Die US- und auch die Bundeswehrtruppen verließen gemeinsame Stützpunkte oft über Nacht und ohne ihr Vorhaben den Afghan*innen anzukündigen. Zum Schluss sahen afghanische Soldaten, wie ein Distrikt und eine Stadt nach der anderen an die Taliban fielen – oft sogar kampfflos. Das führte zu einem Dominoeffekt der Kapitulation, weil niemand noch in den letzten Momenten des Krieges sterben wollte.

Racheaktionen der Taliban

Trotz seines wiederholt demonstrierten Terrorpotenzials – etwa beim Anschlag am Kabuler Flughafen noch während der Evakuierung und am 2. November mit dem Anschlag auf das Kabuler Militärhospital, bei dem mehr als 20 Menschen getötet wurden, darunter der Taliban-Armeekorpskommandeur für Kabul, Hamdullah Muchlis –, stellt auch der afghanische Ableger des Islamischen Staates (ISKP) keine strategische Bedrohung für die neuen Machthaber dar. Nachdem sich Ende 2019 sogar die kleinen salafistischen Gemeinschaften Ostafghanistans wegen dessen überbordender Brutalität vom real existierenden IS-Mini-Kalifat lösten und Taliban und Regierungstruppen dagegen zur Hilfe riefen, fehlt ihm jegliche soziale Basis. Allerdings könnten sich nach unbestätigten Berichten versprengte Mitglieder der Regierungstruppen oder unzufriedene Taliban dieser Gruppe angeschlossen haben. Bereits der Geheimdienst der früheren Regierung hatte teilweise mit ISKP gegen die Taliban kooperiert, was zu Racheaktionen nach deren Einnahme Kabuls führte: Die Taliban exekutierten mehrere ISKP-Führer, die in Kabul festgehalten worden waren. Der Terror versprengter IS-Gruppen stellt trotzdem nur einen marginalen Störfaktor dar, auch wenn Anschläge weiter viele zivile Opfer fordern könnten.

Ein wichtiges Merkmal der Taliban-Herrschaft ist, dass es in vielen Einzelfragen bisher keine offiziell verkündete Politik gibt und frühere Ankündigungen, die auf mehr Konzilianz hindeuteten, praktisch konterkariert werden. Zum Beispiel gilt dies für die Ankündigung, man werde keine Rache an früheren Mitgliedern der Regierung, Verwaltung und der Sicherheitskräfte nehmen. Am 5. Oktober berichtete *amnesty international*, dass Talebankämpfer bei einer Schießerei in der Zentralprovinz Daikundi zwei frühere Regierungssoldaten, einen Zivilisten und ein 17-jähriges Mädchen getötet und anschließend neun weitere Regierungssoldaten erschossen hätten, nachdem diese sich ergeben hatten. Ähnliche Vorfälle gab es im August in den Provinzen Ghasni und Kandahar. Ebenfalls aus Daikundi berichtete im September zuerst die Kabuler Zeitung *Hasht-e Sobh* (und danach viele internationale Medien wie der *Spiegel*) von Vertreibungen von Hasara-Bauern durch örtliche Taliban. In Kandahar warfen Taliban Familien von Soldaten der früheren Regierungsarmee aus ihren Wohnungen. In Kabul demütigten Talebankämpfer, die als Polizei agieren, öffentlich junge Männer, die Jeans trugen. In einigen Provinzen verboten sie Männern, sich zu rasieren, und Frauen, Handys zu benutzen oder ohne männliche Begleitung auf die Straße zu gehen.

Ungeklärte Lage, ob in der Verwaltung oder im Bildungssystem

Entgegen ihrer Ankündigungen greifen die Taliban auch nicht auf die Verwaltung der früheren Regierung zurück, um das Land am Laufen zu halten. Die neue Regierung besteht überwiegend aus Mullahs. Bis hinunter zu den Abteilungsleitern schickten sie als „politisch“ angesehene Kader nach Hause. In den Ministerien, so Augenzeugen, fänden sich vor allem bewaffnete Taliban; wer zur Arbeit erscheine, „drehe meistens Däumchen“ und käme nur, um sich in die Anwesenheitslisten einzuschreiben, um den Gehaltsanspruch nicht zu verlieren, so Augenzeugen.

Die ungeklärte Lage betrifft unter anderem die Mädchenschulen jenseits der 6. Klasse, die Berufstätigkeit von Frauen oder das Musikmachen auf Hochzeiten. Oft scheint die Talibanführung in Kabul diese Entscheidungen den Verantwortlichen in den Provinzen und Distrikten zu überlassen, was zu einem uneinheitlichen Bild führt: Laut dem in Kabul weiter-sendenden unabhängigen *Tolo TV* können in sieben der 34 Provinzen auch ältere Mädchen zur Schule gehen, in anderen Landesteilen nicht. Offiziell heißt es, Mädchenschulen sollen „aus Sicherheitsgründen

noch nicht“ öffnen und diesbezügliche Anweisungen würden „bald“ veröffentlicht; ein offizielles Verbot gibt es nicht. Verschiedentlich wurden Frauen nicht mehr an ihren Arbeitsplätzen zugelassen, vor allem in Regierungsbehörden und Medien. Im Gesundheitsbereich sind sie jedoch ausdrücklich erwünscht.

Im ehemaligen Frauenministerium quartierten sie die berüchtigte „Moralpolizei“ ein

Vereinzelte gibt es auch klare Entscheidungen: So setzten die Taliban in einer ihrer ersten Amtshandlungen die Geschlechtertrennung auch an den Universitäten in Kraft, nachdem Mädchen und Jungen bereits während der Anwesenheit der westlichen Truppen

getrennt lernten. Nun sollen nur noch weibliche Lehrkräfte die Studentinnen unterrichten, oder zumindest sollen Studentinnen und Studenten in Vorlesungssälen durch Vorhänge voneinander getrennt werden. In Kabul schafften sie das Frauenministerium ab und quartierten in dessen Gebäude ausgerechnet die berüchtigte „Moralpolizei“ ein. Laut Taliban sei diese Behörde auch für die Frauenpolitik zuständig.

Endlich wieder Bildung für Mädchen auf dem Land?

Ende Oktober berichtete die Nachrichtenagentur AP aus dem Dorf Salar in der Provinz Wardak, dass dort zum „ersten Mal seit 20 Jahren überhaupt wieder Mädchen ihre Füße in einen Klassenraum setzten“, nachdem dort auf Betreiben der Dorfbewohner wieder eine Mädchenschule eröffnete – vor zwei Monaten und mit Zustimmung der Taliban. Die Dorfbewohner heuerten dafür selbst einen Lehrer an. Die Schule ist Teil eines bereits Ende 2020 zwischen UNICEF und Taliban vereinbarten UN-finanzierten 35-Millionen-Dollar-Programms, so genannter gemeinschaftsbasierter Schulen, 10.000 landesweit, in denen Schüler*innen in drei Jahren den kriegsbedingt versäumten Stoff von sechs Schuljahren nachholen sollen. Die Taliban setzten durch, dass nur Frauen oder ältere Männer Mädchen unterrichten dürfen sowie eine Ausweitung islamrelevanten Unterrichts, jedoch ansonsten bisher keine Änderungen des geltenden Lehrplans. Es bleibe laut AP aber unklar, ob die Mädchen danach weiterlernen dürften. AP berichtete zudem, dass die Dorfbewohner die „neue Sicherheit“ unter den Taliban guthießen. Viele von ihnen hätten den Sieg der Taliban sogar „gefeiert“. Die Mutter einer Schülerin wird mit den Worten zitiert: „Mit

diesen Restriktionen können wir immerhin wieder zu unserem Leben zurückkehren.“

Das *Schwedische Afghanistan-Komitee* (SAK) – eine große Nichtregierungsorganisation, die seit Jahrzehnten Schulen in Afghanistan fördert, das auch schon tat während der ersten Talebanherrschaft bis 2001 – konnte nach Verhandlungen mit örtlichen Talibanvertretern ab Ende Oktober alle seine Schulen in 14 Provinzen wieder öffnen, darunter auch die mit Sekundär- und Gymnasialstufen für Mädchen.

Was das angebliche Musikverbot betrifft, gibt es ebenfalls keine für das gesamte Land geltende Anordnung. Vor einem jüngsten Vorfall, bei dem Talebankämpfer bei einer Hochzeit in der Ostprovinz mehrere Gäste erschossen haben sollen (was die Taliban bestritten; sie sprachen von „nicht identifizierten Bewaffneten“), habe es laut Sicherheitsanalysten in Kabul die mündliche Anordnung an Stammesälteste in mehreren Distrikten gegeben, keine Musik zuzulassen. Die Analysten berichteten aber auch aus Nangrahar Provinzhauptstadt Dschalalabad, dass dort auf Hochzeiten weiterhin Musik gespielt werde.

Unvorhersehbare Übergriffe im Alltag schüren Angst

In der Praxis führt dies in Kombination mit Übergriffen durch Talebankämpfer oder manche ihrer Kommandeure zu Unsicherheit und Angst, so dass es zu einem erzwungenen Rückzug auch ohne offizielle Verbote kommt. Das betrifft vor allem Frauenrechte. So schicken viele Eltern aus Angst ihre Töchter nicht mehr zur Schule; Frauen gehen nicht mehr zur Arbeit. Frauenhäuser schickten aus Furcht vor Repressalien ihre Bewohnerinnen zurück zu ihren Familien. Unternehmerinnen schließen oder verkaufen ihr Business. Andere Frauen erscheinen bewusst weiter auf ihre Arbeit, um sich den Anspruch auf ihr Gehalt zu bewahren, dessen Weiterzahlung die Taliban zusagten.

Gerüchte, wie etwa über Zwangsverheiratungen mit Talebankämpfern, tragen das ihre zu der Angst bei; bestätigt wurden solche Vorfälle bisher nicht. Afghanische Frauenrechtlerinnen recherchierten auch den Bericht über eine angebliche Enthauptung einer jungen Sportlerin durch die Taliban nach, der durch viele auch internationale Medien ging und fanden heraus, dass es sich wahrscheinlich um einen Fall häuslicher Gewalt gehandelt hat. Taliban gingen aber auch sichtbar und teilweise brutal gegen Demonstrantinnen vor, die ihre Rechte einforderten, sowie gegen Journalisten, die darüber berichteten.

Die ins Exil gegangene Chefin der *Unabhängigen Menschenrechtskommission*, Shaharзад Akbar, sagte Mitte September, die Taliban hätten alle Büros ihrer Organisation übernommen und zum Teil Unterlagen vernichtet. Ein Talebansprecher erklärte aber, die Kommission werde weiterarbeiten – sicher im Sinne der neuen Machthaber.

Ob die Taliban diese Unklarheit intendieren, bleibt offen. Eindeutig ist jedoch, dass viele ihrer Führer und Kämpfer das Gesellschaftsbild zurückweisen, was sie als westliche, also ‚fremde‘ Prägung der afghanischen Gesellschaft betrachten, im Globalen Norden und viele Afghan*innen aber als Errungenschaft der vergangenen 20 Jahre ansehen. So bezeichnete Taliban-Hochschulminister Abdul Baqi Haqqani die Absolventen des modernisierten Bildungssystems der vergangenen 20 Jahre als „nutzlos“. Ein anderer Sprecher nannte es einen Irrtum zu erwarten, afghanischen Frauen müssten die gleichen Rechte zugebilligt bekommen, wie sie im Westen gälten.

Martine van Bijlert vom *Afghanistan Analysts Network* beschrieb die derzeitigen politischen Prioritäten der Taliban als „interne Kohäsion [und] externe Dominanz“. Sie unterdrücken also zumindest jede bewaffnete Gegenwehr und öffentliche Proteste, gehen aber nicht gegen Abweichungen von ihrer verkündeten Politik vor, um keine organisationsinternen Spannungen zu riskieren.

Dass die Taliban sich bisher nicht in der Lage zeigen, das Land geordnet zu regieren, schafft Freiräume. Einwohner Kabuls sagten der *taz*, die Kriminalität nehme wieder zu, nachdem „eine Atempause aus Angst vor den Taliban“ verfliege. Kriminelle oder sogar Binnenflüchtlinge – gehören sie wie die meisten Taliban der Bevölkerungsgruppe der Paschtunen an – bewaffneten sich, gäben sich als Taliban aus und durchsuchten in deren Namen Häuser früherer Regierungsmitglieder oder konfiszierten Autos. Private Rechnungen aus 20 Jahren eines allseits brutal geführten Krieges werden beglichen. Zudem verliefen angekündigte Untersuchungen von Fällen von Gewalt im Sand oder werden intern gehalten, um die Kämpfer nicht aufzubringen. Sicherheitsanalysten in Kabul sprechen von einem „Mangel an Polizeiarbeit“, auch gegenüber den eigenen Leuten. Ende November untersagte die Taliban-Regierung ihren Kämpfern, das Recht in die eigenen Hände zu nehmen, und kündigte an, unrechtmäßig beschlagnahmtes Eigentum werde zurückgegeben.

Leben bald alle Afghan*innen in totaler Armut?

Unterdessen leidet die Bevölkerung in Folge von De-facto-Sanktionen unter einem Wirtschaftskollaps. Die US-Regierung fror nach der Machtübernahme der Taliban die afghanischen Auslandsguthaben ein, die sich auf über neun Milliarden US-Dollar belaufen sollen. Eine halbe Milliarde Dollar sollen auch in Deutschland bei der Commerz- und der Bundesbank liegen. Regierungen von Geberländern, darunter die Deutsche, stellten Entwicklungszahlungen ein, aus denen oft auch Gehälter für Angestellte der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen bestritten wurden, und beschränkten sich auf humanitäre Nothilfe. Das führte zu akuter Bargeldknappheit. Vor den Banken bilden sich bis heute lange Schlangen. Kontobesitzer kommen nur an Teile ihres Ersparnen, zunächst 200, inzwischen 400 Dollar pro Woche, aber ausgezahlt wird nur in Landeswährung. Importeure lebenswichtiger Waren müssen bürokratisch umständlich Importbestätigungen vorlegen. Die Landeswährung Afghani verliert an Wert. Die Lebensmittelpreise sind gestiegen, laut EU teilweise um mehr als 50 Prozent.

Das trifft eine Bevölkerung, die bereits zu vier Fünfteln unter der Armutsgrenze lebt. Familien versuchen, Haushaltsgegenstände zu Geld zu machen. Der Inhaber eines Bekleidungsgeschäfts im Hauptbasar von Kabul sagte dem Autor, er bekomme „kaum noch das Brot für meine Familie zusammen“. Es gäbe selten Käufer. Viele Nachbargeschäfte hätten bereits geschlossen. Laut der Weltgesundheitsorganisation arbeiten nur noch 17 Prozent aller Kliniken, weil die Hilfsgelder austrocknen. Ein Arzt aus Wardak berichtete, er müsse Entbindungen beim Licht von Taschenlampen durchführen, weil es kein Geld für den dieselbetriebenen Generator gebe. Das UN-Entwicklungsprogramm UNDP warnte im September, bis Mitte nächsten Jahres könnten 97 Prozent der Afghan*innen in Armut leben.

Inzwischen kann die UNO mit Zustimmung der Taliban direkt Gehälter für Gesundheitspersonal zahlen, um den vollständigen Zusammenbruch abzuwenden. Es gibt Bemühungen, auch das Bildungswesen als humanitäre Hilfe einzustufen. Aber Verhandlungen sind langwierig und alle Beteiligten riskieren Menschenleben, wenn sie sich zu viel Zeit nehmen.<

Thomas Ruttig
Er arbeitet seit 1980 zu Afghanistan und lebte seither insgesamt 13 Jahre dort. Er ist zudem Senior Analyst des unabhängigen Thinktanks Afghanistan Analysts Network.



Die versuchte Abschiebung der Realität

Abschiebungen geflüchteter Menschen nach Afghanistan waren in den letzten Jahren gängige Praxis deutscher Asylpolitik. Konkrete Gefährdungseinschätzungen für Rückkehrende nach Afghanistan wurden ignoriert und bürokratische Prinzipien über Menschenleben gestellt. Von Martin Sökefeld

Es war eine schlechte Nachricht, dass das Innenministerium am 11. August dieses Jahres den (vorläufigen!) Stopp der Abschiebungen nach Afghanistan verkündet hat. Es war eine schlechte Nachricht, denn sie bedeutete, dass die Situation in Afghanistan so katastrophal geworden war, dass selbst die Bundesregierung davor nicht mehr die Augen verschließen konnte. Seit der Wiederaufnahme der Sammelabschiebungen im Dezember 2016 hat sie das mit brutaler Konsequenz getan. „Afghanistan ist sicher – oder wenigstens Teile des Landes sind sicher – war das gebetsmühlenhaft verkündete Mantra der deutschen Abschiebungspolitik. Dabei wusste jeder, der es wissen wollte, dass nichts weniger der Realität entsprach. Selbst der Anschlag auf die Deutsche Botschaft mit mindestens 150 Toten und über 400 Verletzten am 31. Mai 2017 brachte nur eine kurze Pause der Abschiebungen. Es wurde betont, das sei ein Anschlag vor der Botschaft, nicht auf die Botschaft gewesen – ein feiner semantischer Unterschied als Ausdruck grandioser Realitätsverweigerung. Und dann wurden (angeblich) zunächst nur „Straftäter“, „Gefährder“ und „Identitätsverweigerer“ abgeschoben – als gälte das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit für solche Menschen nicht.

Das Auswärtige Amt ignoriert Studien über die akute Gefährdung abgeschobener Menschen in Afghanistan

Nach vielen Berichten über Einzelfälle veröffentlichte Friederike Stahlmann 2019 einen Artikel, der klar die

besondere Gefährdung der aus Deutschland abgeschobenen Menschen in Afghanistan belegte. Viele wurden Opfer von Gewalt, weil sie als Abtrünnige galten, als Landesverräter:innen, als vom Westen kontaminierte, oder auch einfach nur, weil sie keine Möglichkeiten hatten, sich vor grassierender Kriminalität zu schützen. Im Mai 2021 hat Friederike Stahlmann mit einer noch umfassenderen Analyse nachgelegt. Aber in seinem letzten Lagebericht zu Afghanistan von Juli 2021 behauptete das Auswärtige Amt immer noch, ihm seien keine Fälle bekannt, in denen Rückkehrende nachweislich aufgrund ihres Aufenthalts in Europa Opfer von Gewalttaten wurden. Man wusste nicht, was man nicht wissen wollte.

Die deutsche Botschaft in Kabul wusste mehr. Seit dem Anschlag von 2017 wurden dort keine konsularischen Dienste mehr angeboten. Die Afghan:innen aus Bayern, die den vor allem von der Bayerischen Staatsregierung so ungeliebten „Spurwechsel“ vom Asylsystem zu einem Arbeits- oder Ausbildungsvisum versuchen wollten, mussten dafür einen unsinnigen Umweg über Neu-Delhi oder Islamabad nehmen, um dort ein Arbeitsvisum für Deutschland zu beantragen. Die Botschaften in Indien und Pakistan vertreten seit dem Anschlag die Visaabteilung der Botschaft in Kabul. Aber wie erklären Menschen aus Afghanistan, deren Asylantrag in Deutschland abgelehnt wurde, der indischen oder der pakistanischen Botschaft in Berlin, dass sie ein Visum in eins der beiden Länder brauchen, um dort ein Visum für Deutschland zu beantragen, obwohl sie doch schon jahrelang in

Deutschland leben? Realsatire? Nein, Ausdruck verlogener deutscher Prinzipienreiterei. Während der Umweg über Neu-Delhi für ein gutes Dutzend junger Afghan:innen mit hohem Einsatz finanzieller Ressourcen und ehrenamtlicher Unterstützung funktioniert hat, blieb anderen der Spurwechsel via Islamabad verwehrt, weil Pakistan, ohnehin Afghan:innen gegenüber sehr misstrauisch, keine Visa erteilte. Lebensperspektiven junger Afghan:innen, die von ihren Arbeitgeber:innen in Deutschland dringend gebraucht werden, zerschellen an angeblich sakrosankten Grundsätzen.

„Das Recht, Rechte zu haben gilt nicht für Flüchtlinge“

Politiker wie Horst Seehofer oder der Bayerische Innenminister Joachim Herrmann behaupten immer wieder, diese Schikane sei ebenso notwendig wie Abschiebungen, um die Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zu wahren. Die geltenden Gesetze müssen schließlich eingehalten werden! Wer so argumentiert, unterschlägt jedoch, dass Gesetze nicht vom Himmel fallen. Diese Gesetze werden von eben diesen Politiker:innen gemacht, die dann auf ihre Einhaltung pochen. Diese Gesetze werden gemacht, um Menschen, die in Deutschland angeblich nicht erwünscht sind, auszuschließen, wegzuschieben. Ihre Rechte sind auf ein Minimum reduziert. Das Recht, Rechte zu haben, gilt nicht für Flüchtlinge, schrieb schon Hannah Arendt. Michel Foucault sah moderne Politik durch den Unterschied zwischen „Leben machen“ und „Sterben lassen“ bestimmt. Leben machen – das gilt für die eigenen, die Bürgerinnen und Bürger; Sterben lassen, für die anderen, die nicht dazu gehören, die nicht dazu gehören sollen. Man lässt sie vor die Hunde gehen. Sie ertrinken im Mittelmeer, verdursten in der Sahara, werden in libyschen Camps gefoltert oder in Afghanistan umgebracht. Dafür sind ‚wir‘ nicht zuständig. Und natürlich beklagt man diese schrecklichen Ereignisse. Nach jeder größeren Katastrophe im Mittelmeer heißt es, so dürfe es nicht weitergehen. Aber es geht so weiter. Rettungsschiffe werden festgesetzt und Helfer:innen angeklagt, Menschen libyschen Milizen überlassen, Geflüchtete weiter

abgeschoben. Und ständig werden die ‚westlichen Werte‘ angerufen. Westliche Werte sind genau das – Werte für den Westen. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen sind sie keineswegs universal; sie gelten abhängig von der Nationalität, abhängig von der Staatsbürgerschaft, nicht für alle Menschen.

Daran ändert auch die dünne Tünche der Integrationsrhetorik nichts, die über Geflüchtete in Deutschland ausgegossen wird. Es geht keineswegs um Integration. Integration schützt nicht vor Abschiebung. Und vielen Geflüchteten wird die Chance der Integration gar nicht erst gegeben. Es ist geradezu beeindruckend, mit welcher Findigkeit die Regierung angeblich Geflüchteten Möglichkeiten und Schutz bieten will, und beides gleichzeitig mit einem Wust bürokratischer – aber rechtsstaatlicher – Vorschriften verhindert. Siehe die Regelungen zum Spurwechsel per Neu-Delhi oder Islamabad in Bayern. Oder jetzt, bei der Machtübernahme der Taliban, die in aller Schnelle zusammengestellten Listen von Menschen, die dann doch aus Kabul geholt werden sollten. Aber wer nicht auf der Liste stand, durfte nicht mitfliegen. Zum Beispiel die sogenannten „Ortskräfte“ der Bundeswehr: Das waren nur noch die Personen, die direkt bei der Bundeswehr angestellt waren. Aber schon vor einigen Jahren wurde begonnen, Ar-

beitsverträge mit der Bundeswehr aufzulösen und diese Menschen stattdessen über Subunternehmen für die Bundeswehr arbeiten zu lassen. Die Bundeswehr war nun nicht mehr für sie verantwortlich, sie mussten in Kabul bleiben. Ist es überzogen, dahinter eine perfide Strategie zu vermuten? Afghan:innen, die für die Bundeswehr übersetzten oder Medienarbeit machten, argumentieren völlig zu Recht, dass

*Man lässt sie
vor die Hunde gehen*

es für die Taliban keinen Unterschied mache, mit wem sie einen Arbeitsvertrag hatten. Sie haben für die „Feinde“ gearbeitet. Recherchen von *ZEIT Campus* lassen vermuten, dass der Wechsel von der Bundeswehr zu einem Subunternehmen ohnehin nur eine Fiktion war. Arbeitsverträge waren weiterhin auf Deutsch und wurden von Angehörigen der Bundeswehr unterzeichnet. War die Regierung von der Zuspitzung der Lage in Afghanistan vielleicht doch nicht so überrascht, wie sie behauptet? Der *Spiegel*

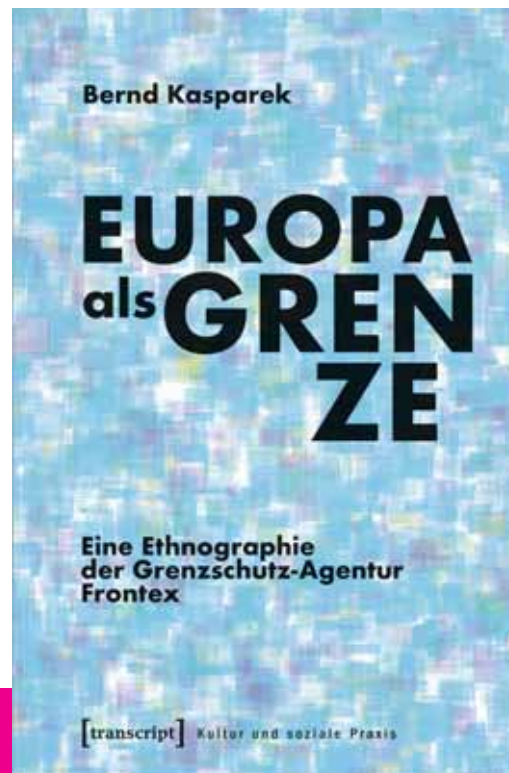
nannte das „systematische Verantwortungsvermeidung“. Darin ist die Bundesregierung gut, Verantwortung vermeiden, abschieben. Ebenso die Altersgrenze: Ortskräfte durften nur Kinder bis zum Alter von achtzehn Jahren mitnehmen. Welche Eltern wollten entscheiden, eine Tochter, die älter ist, allein in Afghanistan unter der Herrschaft der Taliban zurückzulassen? Egal, so ist das nun mal bei uns, da gelten strikte Regeln, Recht und Ordnung. Manchmal unmenschliches Recht, unmenschliche Ordnung. Dabei ist es natürlich nicht so, als würde sich die Bundesregierung nicht um Manches bemühen. Immerhin wurde ernsthaft diskutiert, 65.000 Dosen Bier, die wegen des vorzeitigen Endes des Bundeswehreinsetzes überflüssig geworden waren, aus Afghanistan auszufliegen, was dann aber doch nicht geschah.

Die Taliban als potentielle Verhandlungspartner der Bundesregierung

Ist es völlig abwegig, sich vorzustellen, dass die Bundesregierung irgendwann mit der Taliban-Regierung verhandelt, um Abschiebungen wiederaufzunehmen? Ich fürchte, nein. Schon jetzt werden Duldungen für abgelehnte Asylbewerber:innen aus Afghanistan nur für drei Monate verlängert, und manchen wird die Arbeitsgenehmigung mit dem Argument verweigert, Abschiebungen seien ja nur vorläufig ausgesetzt. Glauben die Behörden, dass die Taliban nach drei Monaten wieder verschwunden sind? Oder wird nach einer kurzen Schamfrist wieder abgeschoben, egal wer in Kabul regiert? Recht und Ordnung müssen ja gewahrt werden, und Abschiebung scheint zu einer Art Grundpfeiler der deutschen Rechtsordnung geworden zu sein.

Die Bundesregierung, die EU, alle suchen eine Lösung der „Flüchtlingsfrage“. Dabei ist völlig klar, es gibt keine „Lösung“. Solange die Welt so ist, wie sie ist, mit ihren Strukturen globaler Ungleichheiten, Ausbeutung, Gewalt und Krieg werden sich immer Menschen auf den Weg machen, um Schutz vor Elend und Gewalt zu suchen. Und ja, auch um einfach nur ein besseres Leben zu finden. Die Lösung, die gesucht wird, ist eine Lösung die die Privilegien und den Wohlstand in Teilen Europas zu sichern vorgibt. Es geht um europäische Interessen, ohne allzu viel Rücksicht auf andere zu nehmen. Aber auch das wird nicht funktionieren, jedenfalls nicht ohne noch mehr Vermeidung von Verantwortung, noch mehr Brutalität und Tote an den europäischen Außengrenzen. Die Realität lässt sich nicht dauerhaft abschieben.<

Martin Sökefeld
ist Professor für
Ethnologie an der
Ludwig-Maximilians-Universität
München



Bernd Kasperek
Europa als Grenze
Eine Ethnographie der
Grenzschutz-Agentur
Frontex
transcript Verlag
382 Seiten
ISBN: 978-3-8376-5730-2
Preis: 38,00 EUR

Was Sie schon immer über Frontex wissen wollten

Mit der Europäischen Grenz- und Küstenwachagentur Frontex hat die Europäische Union erstmalig eine uniformierte und bewaffnete Polizeieinheit geschaffen. Bernd Kasperek legt eine detaillierte Analyse der Entstehung und Entwicklung der Agentur vor. Durch eine Genealogie der europäischen Grenze und eine ethnographische Rekonstruktion der Krise Schengens untersucht er das lange Projekt der Europäisierung des Grenzschutzes. Im Zentrum steht die Analyse sich wandelnder Rationalitäten, die sich in politischen und technischen Programmatiken niederschlagen. Dabei wird deutlich, dass das Regieren der Grenze und der Migration gleichzeitig die Frage nach dem Regieren Europas bedeutet.

Das Buch ist Ergebnis von über zehn Jahren akademischer und aktivistischer Recherche in Deutschland, Brüssel und vor allem Griechenland. Wer sich für die Entstehung der europäischen Außengrenze, der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die Krise Schengens, den Sommer der Migration sowie die Entstehung der Hotspots in Griechenland interessiert, der sei dieses Buch wärmstens empfohlen.

SORRY
LAST EXIT



„Möglichkeiten gibt es immer“

Solange es noch Abschiebungen aus Europa nach Afghanistan gab, war Abdul Ghafoor einer der wichtigsten Ansprechpartner in Kabul. Er ist der Gründer und Leiter von AMASO (Afghanistan Migrants Advice & Support Organization). In der Vergangenheit hat Abdul vielen abgeschobenen Geflüchteten bei ihrer Ankunft in Kabul geholfen und sie beraten. Nun musste er selbst aus Afghanistan raus, weil die Situation für ihn zu gefährlich wurde. Wir haben mit ihm über die Arbeit von AMASO, seine eigene Evakuierung und die Evakuierungsmaßnahmen der deutschen Regierung gesprochen. Ein Interview von Agnes Andrae, übersetzt von Elena Stingl

Bevor Sie nach Deutschland kamen, waren Sie bei AMASO tätig. Können Sie die Arbeit der Organisation beschreiben?

Wir haben AMASO vor allem als Zentrum eingerichtet, in dem sich Abgeschobene oder Rückkehrer –

Deutschland schob ausschließlich Männer ab – beraten lassen können. Denn als ich in Afghanistan lebte, gab es eine Menge Abschiebungen aus Europa. Aber es gab keine Anlaufstelle für Abgeschobene, wenn sie Fragen hatten oder etwas über soziale Angebote wissen wollten, zum Beispiel psychologische Betreuung. Das war der Hauptgrund, warum wir AMASO gegründet haben. Wir sind in den Medien aufgetreten, haben über die Situation derjenigen berichtet, die abgeschoben wurden, was mit ihnen passiert, ob sie Unterstützung bekommen oder nicht. Wir haben an mehreren Untersuchungen mit anderen Organisationen und Forscher*innen

zur Lage von Abgeschobenen mitgewirkt. Außerdem leisteten wir praktische Unterstützung. So hatten wir beispielsweise einen Schutzraum für besonders schutzbedürftige Menschen, darunter Christ*innen oder

LGBTIQ+. Wir stellten ihnen vorübergehend eine Unterkunft zur Verfügung. Und wir haben auch Workshops zur Sensibilisierung

für Migration und sicherere Straßen angeboten.

Wie viele Personen arbeiteten bei AMASO?

Zuletzt waren wir etwa vier bis fünf Leute. Vier davon waren fest angestellt, eine weitere Person arbeitete freiberuflich für uns. Und wir hatten Freiwillige.

Welche Aufgabe hatten Sie?

Meine Aufgabe war es, Interviews mit den Medien zu führen. Es kamen viele internationale Medien

nach Afghanistan, um zu berichten oder zu erfahren, was dort vor sich geht. Ich habe auch Treffen mit Spender*innen organisiert. Denn eine der größten Aufgaben in einem Land wie Afghanistan ist es, jemanden zu finden, der deine Arbeit weiterhin ermöglicht. Ich habe auch mehrere Konferenzen in Europa koordiniert und daran teilgenommen, um Afghan*innen oder afghanische Rückkehrer zu repräsentieren. Außerdem habe ich die anderen Mitarbeiter*innen unterstützt, die für den Umgang mit Rückkehrern nicht besonders geschult waren, denn das ist nicht ganz einfach.

Was ist daran schwierig?

Stellen Sie sich vor, jemand, der seit sieben Jahren in Deutschland lebt, wird plötzlich nach Afghanistan zurückgeschickt. Wenn er kommt, denkt er zum Beispiel, dass alle in seine Abschiebung verwickelt sind, oder irgendwie daran beteiligt waren. Bei AMASO war das anders. Für mich war es einfach, eine Beziehung zu Rückkehrern aufzubauen, weil ich

*Ich bin hier,
um zu helfen*

selbst ein ehemaliger Abgeschobener war. Ich wurde aus Norwegen abgeschoben. Daher war es für mich einfach, zu sagen: ‚Hey, wir haben nichts mit deiner Abschiebung zu tun, und ich selbst habe das durchgemacht, was du durchmachst. Ich bin hier, um zu helfen.‘

Sind Leute von AMASO noch in Afghanistan?

Ja. Drei von uns sind inzwischen in Deutschland, eine Beschäftigte ist noch in Kabul und ein freier Mitarbeiter in Islamabad.

Arbeiten Sie und Ihre Kollegen noch?

Seit ich in Deutschland angekommen bin, kann ich natürlich nicht einfach herumsitzen und sagen: ‚Ok, das war’s für uns.‘ Wir sind noch nicht fertig.

Die Menschen sitzen dort fest

Also habe ich versucht, die Dinge von hier aus zu koordinieren. Ich hatte bisher weder die Gelegenheit

noch wollte ich das Risiko eingehen, zurückgebliebenes Personal in unser Büro zu schicken, um sich dort um alles zu kümmern. Wir selbst konnten das nicht mehr machen. Aber es gibt einiges, das wir von zuhause aus regeln können. Viele evakuierte Afghan*innen wurden in unterschiedliche Länder gebracht: Spanien, Portugal, Italien. Die Menschen sitzen dort fest. Sie haben Fragen, wollen in ein anderes Land. Ich habe versucht, ihnen zu helfen. Ich versuche auch, mehr Menschen zu evakuieren, sie auf die Liste zu setzen und so weiter. Mein Plan ist es, mit AMASO weiterzumachen.

Wie haben Sie die Machtübernahme der Taliban erlebt?

Das war eine der schlimmsten Erfahrungen in meinem Leben. Wenn man in einem Land wie Afghanistan lebt, bekommt man ständig Explosionen und gezielte Tötungen mit. Nicht dass ich mich daran gewöhnt hätte. Aber ich habe diese Mauer zwischen mir und der Welt aufgebaut, eine Art Schirm, und ich dachte: Vielleicht kann ich so mit all dem umgehen. Aber als die Taliban Afghanistan übernahmen ... oder besser: Als Afghanistan an die Taliban übergeben wurde; denn das war es, was passiert ist, das Land wurde den Taliban einfach gegeben: ‚Kommt, nehmt es euch.‘ Aufgrund der Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben, sah ich unter dem Taliban-Regime keine Überlebenschance für unsere Arbeit. So haben wir schon früher Drohungen von ihnen erhalten. Es war aussichtslos. Außerdem mögen sie Leute nicht, die mit Ausländer*innen zusammenarbeiten oder internationale Projekte durchführen, die eine christliche Unterkunft führen, Rückkehrer*innen aufnehmen, etwa christliche Konvertiten, Atheist*innen, LGBTIQ+ und andere gefährdete Gruppen. Da habe ich mir gesagt: ‚Es gibt keine Chance, ich kann hier nicht überleben.‘ Noch zwei Tage vor dem Fall von Kabul hatte ich keineswegs vor, wegzugehen. Meine Freunde in Deutschland und das Netzwerk hier, sie haben mich gedrängt: ‚Abdul, es ist nicht sicher für dich, geh weg von dort.‘ Ich sagte ihnen: ‚Nein, es gibt eine Abmachung, sie werden nicht nach Kabul kommen, alles wird gut.‘ Das war es, was wir damals gehört haben. Aber als die Taliban die Macht übernahmen, hatte ich keine Chance mehr, ich musste weg von dort.

Und wie sind Sie rausgekommen?

Am 15. August 2021, als die Taliban Kabul übernahmen, war ich in meinem Büro. Wir arbeiteten, und niemand rechnete damit, dass die Taliban plötzlich kommen und Kabul einnehmen würden. Gegen 11:00 oder 11:30 Uhr erhielt ich einen Anruf. Dann mussten wir das Büro verlassen. Ich habe mich noch um sensible Dokumente gekümmert. Die wollte ich nicht zurücklassen, um das Leben der Rückkehrer nicht zu gefährden. Danach bin ich nach Hause gegangen und habe mich zwei Nächte lang versteckt und mein Netzwerk in Deutschland kontaktiert, *Medico International* und *Pro Asyl*. Es gibt eine Menge Leute, die mich kennen und lange mit mir zusammengearbeitet haben. Sie taten, was immer sie konnten, ich weiß nicht, was genau, aber ich war einer der ersten Afghan*innen, die auf der Evakuierungsliste standen. Am 17. August ging es von Kabul nach Taschkent in Usbekistan, und von dort nach Frankfurt am Main.

Sie waren in dem Flugzeug der Bundeswehr, das nur sieben Personen mitnahm?

Genau. Ich war der einzige Afghane in diesem Flugzeug.

Warum?

Wenn Sie diese Situationen nicht erlebt haben, erscheint es Ihnen vielleicht verrückt. Tatsächlich war es so, dass ein deutsches Flugzeug auf der Startbahn stand, aber nicht losfliegen konnte. Die Startbahn war voller Menschen. Erst haben sie uns gesagt, dass es nicht klappt und wir zuerst mit einem amerikanischen Flugzeug nach Katar gebracht werden. Und von dort weiter nach Deutschland. Aber dann haben sie es irgendwie

geschafft, die Leute von der Startbahn zu holen. Wir hatten nicht viel Zeit. Als das Flugzeug dann in wenigen Minuten startklar gemacht wurde ... Ich will nicht sagen, dass es keine andere Möglichkeit gab, mehr Menschen zu evakuieren. Es gab immer Möglichkeiten.

Aber es war eine sehr chaotische Situation. Und vielleicht war das einer der Gründe, warum sie das Risiko nicht eingehen wollten, länger zu warten.

Die Evakuierungsmaßnahmen der deutschen Regierung werden von vielen Seiten kritisiert. Wie sehen Sie das?

Kommt darauf an, wie wir es betrachten. Die Situation war wirklich extrem chaotisch. Für mich selbst war es so, dass ich zwölf Stunden gebraucht habe, um den Flughafen zu erreichen. Vor dem Flughafen standen Tausende von Menschen, und jeder wollte hineingelangen und in eines der Flugzeuge steigen. Vielleicht haben Sie die Videos gesehen, in denen Menschen aus den Flugzeugen stürzen. Das war buchstäblich die Situation zu diesem Zeitpunkt. Deshalb hat es so lange gedauert, bis ich in den Flughafen hineingekommen bin, um mich mit dem deutschen Attaché in Verbindung zu setzen, mit der Unterstützung von zwei anderen Leuten. Wir waren zu dritt. So kamen wir in die Nähe des Gates und haben es geschafft, hineinzukommen. Aber ich war Zeuge, wie Taliban an diesem Tag getötet wurden. Ich war Zeuge, wie afghanische Zivilist*innen durch die Kugeln der NATO-Truppen getötet wurden. Es war ein

Film. Es waren Szenen wie aus einem Film. Es spielt eigentlich keine Rolle, ob die europäischen Länder, ob Deutschland damals mehr hätte tun können. Aber sie können es jetzt. Es gibt immer Möglichkeiten. Es gibt immer

Chancen. Jetzt ist es nicht mehr chaotisch. Es könnte kleine Vereinbarungen mit den Taliban geben. Hunderte von Leuten sitzen in Islamabad in Pakistan fest. Es könnte Vereinbarungen mit diesen Ländern geben. Es könnten immer noch Menschen evakuiert werden. Die deutsche Regierung muss den bürokratischen Prozess erleichtern. Das könnte sie immer noch machen. Wenn sie den Willen dazu hat.

Wie ist die aktuelle Situation der Menschen aus Afghanistan, die nach Deutschland kommen?

Wir haben hier eine andere Gruppe von Menschen. Manche von ihnen haben es gerade so geschafft, in eines jener Flugzeuge zu kommen. Sie waren keine Ortskräfte und arbeiteten nicht mit deutschen Organisationen zusammen. Für sie macht es Sinn, Asyl zu beantragen. Und wenn es nach mir ginge, hätte ihnen auch schon humanitäre Hilfe geleistet werden müssen. Es spielt keine Rolle, ob sie für deutsche Einrichtungen gearbeitet haben oder nicht. Was zählt ist, dass sie bereits ein Trauma durchlebt haben. Mutet ihnen hier nicht ein weiteres Trauma zu. Gebt ihnen eine Chance. Gebt ihnen ein Leben. Stattdessen warten sie in einem Lager, können nichts tun, haben keine Unterstützung. Sie sind der Situation müde.

Wie sieht es für die ehemaligen Ortskräfte aus?

Ihnen wurde gesagt, sie sollen Asyl beantragen. Sonst bekämen Sie kein rechtliches Verfahren und kein Recht auf Unterstützung. Was ehrlich gesagt eine Schande ist. Sie haben in Afghanistan ihr Leben in Gefahr gebracht, um deutsche Interessen umzusetzen, und plötzlich behandelt Deutschland sie nicht mehr so, wie sie die Deutschen behandelt haben. Das ist nicht das, was die Menschen erwartet haben. Man sollte ihnen die Chance geben, frei zu leben, statt sie in diese Lager zu stecken.

In welcher Lage befinden Sie sich momentan?

Ich habe einiges zu tun, spreche auf Konferenzen über die Situation in Afghanistan und muss mich noch im deutschen System zurechtfinden. Im Moment wohne ich in Kassel in einem Heim. Ich warte auf meinen Personalausweis und meine Aufenthaltsgenehmigung. Danach möchte ich nach Frankfurt umziehen. In einer größeren Stadt als Kassel könnte ich viel nützlicher sein.<

Abdul Ghafoor
ist Gründer und Leiter von AMASO. Im August 2021 musste er aus Afghanistan fliehen

Agnes Andrae
ist u.a. Mitarbeiterin beim Bayerischen Flüchtlingsrat



Man müsste einmal

Von Thomas Glatz

Thomas Glatz *ist*
1970 geboren und
lebt als Autor und
Künstler in München
und Buchloe. Er
leitet das Archiv für
Gebrauchs- und
Benutztexte und
singt bei der Band
Alligator Gozai-
masu

Heute ist so ein Tag,
An dem man Bäume ausreißen könnte,
Ein Tag
An dem man die ganze Welt aufräumen möchte.
Der Himmel ist von einem solch strahlenden Blau.
Die ganze Welt könnte man da.
An so einem Tag.
Man könnte
Zumindest Damit anfangen.
Bei der alten Hosenträgerfabrik
Zum Beispiel.
Da sieht es aus, mein lieber Schwan!
Die alten Dachpappen im Hof!
Die Kartons!
Das Altglas!
Die Sackkarre mit dem fehlenden Griff!
Da sollte man anfangen, mein lieber Scholli!
Da wird einem dann der Tapir
In der Gemüserührtrommel verrückt!
So viel Aufzuräumen gäbe es da.
Wenn man einmal
Damit angefangen hat
Wird man
Gar nicht mehr fertig.
Und haben die da nicht
Einen Hausmeister
Bei der alten Hosenträgerfabrik?
Bestimmt!
Soll der doch!

Heute ist so ein Tag,
Denke ich
Und blicke in den strahlend blauen Himmel.















Acid Communism: Schafft Temporale Anomalien!

Ein Fotoessay zur Unzeit, in Gedenken an Mark Fisher (1968–2017). Von Chris Grodotzki

„Wir Linken gehen die Sache seit geraumer Zeit falsch an“, schrieb der britische Kulturkritiker Mark Fisher 2016 in der Einleitung seines leider unvollendet gebliebenen Buchprojektes *Acid Communism*: „Beim Kapital geht es weniger um die ‚Schaffung von Reichtum‘, als vielmehr, notwendigerweise und immer, um die Verhinderung gemeinwohlorientierter Produktion“ Der Kapitalismus erzeugt also Mangel. Er verknappt all unsere Kapazitäten, gemeinschaftlich zu produzieren, füreinander zu sorgen und das Leben zu genießen – aktuell (im globalen Norden) allen voran diese eine; unsere Zeit.

Diese Verknappung der Zeit, nicht nur durch ein Übermaß an Lohnarbeit, sondern auch zeitintensiven Konsum und den ständigen Ansturm trivialer Information aus einem alles-kolonisierenden Cyberspace, ist wiederum systemisch notwendig. Hätten wir die Zeit, würden wir womöglich auf die verrückte Idee kommen, uns gemeinschaftlich mit der Umsetzung der greifbaren Utopie eines selbstbestimmteren Lebens zu befassen. Stattdessen leben wir in einer permanenten Krise unserer Zeitwahrnehmung.

Wer hat an der Uhr gedreht?

Ist die Utopie, dieser ‚Nicht-Ort‘, der uns in der Wüste des *Kapitalistischen Realismus* so offensichtlich abhanden gekommen ist, also im Raum zu suchen, oder vielleicht doch eher in der Temporalität, der Zeitlichkeit? Nicht in revolutionärer Vergangenheit oder ferner Zukunft, sondern gerade im Hier und Jetzt, welches uns ständig entflieht, obwohl die Werbung es uns gratis zu jedem Paar Sneakers und jeder Schachtel Zigaretten dazu verspricht (und nebenbei: wann und wo hat eigentlich die Urahnin aller progressiven Forderungen, die generelle Arbeitszeitverkürzung, das Zeitliche gesegnet?).

Zeitlichkeiten sind heute mehr denn je das, was trennt und gemeinsame Kämpfe verhindert: Urbane, hoch-agile Linke finden selten Zeit, ihre migrationsbewegten Genoss:innen zu begleiten, für die Europa in erster

Linie aus Warteschlangen besteht. Hyperflexible Medien- und Kulturschaffende begegnen ihren frühmorgens handwerklich oder industriell tätigen Co-Proletarier:innen im besten Fall noch auf dem Weg vom Club nach Hause – in einem Zustand der wohl kaum eine Identifikation miteinander zulässt. Von Crowdworker:innen über schichtschiebende Care-Arbeitende bis hin zu 9-to-5-Praktikant:innen im NGO-Sektor; immer enger werden die Zeit-Räume in denen verschiedene Fragmente einer in jeder Hinsicht zersprengten Arbeiter:innenklasse miteinander in Kontakt treten könnten. Wo vor zehn Jahren vielleicht noch ein überraschendes Gespräch in der U-Bahn zustande kam, eine Beobachtung oder ein Geistesblitz, versickert heute auch der letzte Fetzen leerer Zeit in Smartphone und ‚Infotainment‘-Screens. Mark Fishers vernichtendes Urteil:

„No one is bored, everything is boring.“

Doch es gibt noch einige wenige, hartnäckige Alternativ-Temporalitäten: Zeit-Räume wie der eines Fusion-Festivals, eines Krawalls im Schanzenviertel oder eines Rettungsschiffes auf dem Mittelmeer. Obwohl grundverschieden in ihren Artikulationen und Funktionen, haben sie mehr miteinander gemeinsam als mit irgendeinem der oben aufgezählten Lohnarbeits-Alltage. Sie vereinen die Teilnehmenden, kollektivieren ihre Ziele und Erfahrungen. Sie generieren Wartezeiten, die nicht einfach mit dem Blick auf das Smartphone gefüllt werden können und stattdessen die Möglichkeit eröffnen, sich ihrer, seiner selbst und aller anderen bewusst zu werden.

Ein gemeinsames Bewusstsein über das Bestehende ist die Voraussetzung, um darüber hinaus zu blicken. Es zu entwickeln braucht Zeit; viel Zeit, die wir uns in der nie endenden anxiety unseres Lebens im Neoliberalismus hart erkämpfen müssen. Doch für einen utopischen Aufbruch führt daran kein Weg vorbei. Denn solange das Kapital den Takt vorgibt, kann jeder Marsch nur in die falsche Richtung gehen.<

Chris Grodotzki
fotografiert, schreibt und spricht; ursprünglich in der Umweltbewegung, dann als freier Journalist, zuletzt vor allem für Sea-Watch und aktuell nur für sich selbst

PROST!

Die Straße trägt
ST. BAKTI



„Utopien sind ein universalistisches Begehren“

In unserer Sprache ist die Utopie der Entwurf einer möglichen, zukünftigen und meist besseren Lebensform, die in der Vorstellung von Menschen existiert, aber (noch) nicht Wirklichkeit ist. Der Begriff Utopie leitet sich von Altgriechisch *ou* (nicht) und *tópos* (Ort) ab. Frei übersetzt bedeutet das so viel wie nirgendwo, aber auch Nicht-Ort oder guter Ort. Dr. Alexander Neupert-Doppler ist Sozialphilosoph und beschäftigt sich seit Jahren mit Utopien. Er spricht mit uns über ihre verschiedenen Formen und Strukturen, von Apokalypsen, Star Trek, den Traum vom Fliegen und warum Utopien für den Menschen so wichtig sind.

Von Sebastian Schulke

Herr Neupert-Doppler, was wäre der Mensch ohne Utopien?

Stirbt die utopische Hoffnung, bleiben Verzweiflung oder Zynismus. Verzweiflung oder Enttäuschung kann ein Boden für rückwärtsgewandte Mythen sein – wie etwa die Volksgemeinschaft im Nationalsozialismus oder die reaktionäre Nostalgie im heutigen Rechtspopulismus. In unserer Zeit des Neoliberalismus überwiegt aber wohl noch der Zynismus: Jede ist ihres Glückes Schmiedin. Und wer es nicht schafft, ist selbst schuld. Gegen beides, rechte Gemeinschafts-Nostalgie wie neoliberalen Zynismus, steht der Grundgedanke sozialer Utopie: Also die Ermöglichung individuellen Glücks durch eine vernünftige Einrichtung der Gesellschaft.

Wie entstehen Utopien in unserer Gesellschaft?

Aus Leiden und Wünschen, aber auch aus Selbstvertrauen, Fantasie

und Wissen. Nehmen wir als Beispiel den 8-Stunden-Tag als eine heute zum Teil verwirklichte Utopie. Das Leiden an entfremdeter Arbeit ist naheliegend, ebenso der Wunsch, weniger arbeiten zu müssen. Entscheidende Faktoren sind dann sowohl die Phantasie, sich eine Arbeitszeitbeschränkung vorstellen zu können, als auch das Wissen, wie dies durchzusetzen wäre. Für die Gewerkschaftsbewegung, die für diese Utopie eintrat, kommt das Selbstvertrauen hinzu, das Arbeiter*innen zum Beispiel bei Streiks gewinnen. Die Entstehung von Utopien hat also immer drei Seiten: Zum einen die gesellschaftlichen Verhältnisse, auf die sie sich beziehen. Dann die konkrete Praxis der Veränderung. Und natürlich auch die Utopiefähigkeit von Individuen. Wie diese Utopiefähigkeit allerdings gefördert werden kann, beispielsweise mit Mitteln der Pädagogik oder der Politischen Bildung, ist eine Frage, die noch unzureichend beantwortet ist.

Wie sind Sie selbst zu dem Thema Utopie gekommen?

Ich war, während meines Doktorats, von 2011 bis 2014, Teil der antirassistischen Gruppe *No Lager* in Osnabrück. Wir kämpften damals gegen die Landesaufnahmebehörde Bramsche, ein Lager für hunderte Geflüchtete, denen immer wieder eine freiwillige Ausreise nahegelegt wurde. Die unhaltbaren Zustände in dieser abgelegenen Einrichtung sind gut dokumentiert. Was mich damals faszinierte war die Frage: Warum war es trotzdem nur eine relativ kleine Gruppe von Geflüchteten, die sich organisierte und an Protesten teilnahm? Sicherlich spielten Traumatisierungen und Sprachprobleme eine Rolle. Bei denjenigen aber, die versuchten, andere Bewohner*innen für die Proteste zu motivieren, merkte ich bald, welche wichtige Rolle Hoffnung als Kraftquelle dabei spielt. Sowohl die Hoffnung, persönlich etwas gegen die eigene

Situation zu tun, als auch die Hoffnung, solidarisch mit Anderen die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern. So viel zur Praxis. Zur selben Zeit las ich das Buch *Nur noch Utopien sind realistisch* von dem Sozialphilosophen Oskar Negt. Er schreibt darin: „Utopien sind entscheidende Kraftquellen jeder Emanzipationsbewegung.“ Nachdem ich mich bis zu diesem Zeitpunkt vorwiegend mit Kritik beschäftigt hatte und 2013 auch meine Doktorarbeit zu Staatskritik veröffentlichte, entstand durch die Refugee-Bewegung mein Interesse an Utopie. Ich möchte einfach herausfinden und herausstellen, welche Funktionen Utopien in politischen Bewegungen haben.

Welche Rolle spielen Utopien beim Thema Flüchtlingspolitik? Oder werden sie dort mehr zu einer Dystopie?

Auch Dystopien können motivieren, zielen sie doch, wie viele Apokalypsen, darauf ab, das Befürchtete noch zu verhindern. Der ständige Ausbau der ‚Festung Europa‘ ist ein starkes dystopisches Bild. Umgekehrt ist das Bild von der ‚Seebrücke‘ utopisch geladen, weil es die Möglichkeit einer solidarischen Migrationspolitik symbolisiert. Für wichtig halte ich vor allem, dass Fragen der Utopie im gesellschaftlichen Diskurs gelöst werden. Es geht nicht darum, in einem einzelnen Roman oder einem einzelnen Gesellschaftsentwurf ein Bild zu schaffen, nach dem sich die Menschen zu richten haben. Herzustellen wäre vielmehr ein Dialog zwischen Kritischer Theorie und Politischer Praxis.

Wird der Grat zwischen Utopie und Dystopie in Zukunft immer schmaler?

Anders als die Utopie ist die Dystopie ein politisch offenerer Begriff. In allen großen Utopien – von Thomas Morus mit der Insel

Dystopie, deren Schäden offenbar sind. Die Ökodiktatur hingegen eine ideologische Wertung des Populismus.

Eine Utopie kann schnell in eine Dystopie umschlagen.

Ja, da geht es dann um die Verwirklichung. Eine alte technische Utopie ist ja beispielsweise, dass Maschinen uns die Arbeit abnehmen. Wenn nun aber Automatisierung zu Arbeitslosigkeit führt und uns Algorithmen Entscheidungen abnehmen, ist es nicht das, was eigentlich gemeint war. Vielleicht handelt es sich um eine verfälschende Verwirklichung von Utopie, die

eine echte Alternative wieder ins Bestehende integriert. Doch das wären, wie beispielsweise bei künstlicher Intelligenz, politische Fragen der Aushandlung. Konkrete Utopie oder Dystopie ist die subjektive Einsicht in objektive Möglichkeiten. Welche Möglichkeiten jedoch ergriffen werden sollen, ergibt sich nicht aus den Möglichkeiten selbst. Statt also auf Utopien zu verzichten – wenn wir, wie gerade zuvor erwähnt, über Arbeitersparnis nachdenken und Arbeitslosigkeit dabei herauskommt – kommt es darauf an, utopische Ansätze umfassend und mehr zu durchdenken.

Haben sich die menschlichen Utopien durch die digitalisierte Gesellschaft verändert – oder lösen sie sich sogar immer mehr auf?

Technische Entwicklungen sind ein wichtiger Faktor für utopisches Denken. Der Traum vom Fliegen, wie wir ihn aus antiken Sagen oder Märchen kennen, wird erst durch die Flugmaschinen von Leonardo da Vinci zur Utopie. Nach ihrer

Auch Dystopien können motivieren, das Befürchtete noch zu verhindern

der Glücklichen und Gerechten über Karl Marx mit ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘ bis hin zu der Idee von Herbert Marcuse von einem feministischen Sozialismus – bleibt ein roter Faden: Gesellschaftliche Institutionen sollen den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden. Das ist bei Angela Merkels Satz über die ‚marktgerechte Demokratie‘ nicht der Fall. Und bei der ‚Alternative für Deutschland‘ schon gar nicht. Daher würde ich mich auch dagegen wehren, von neoliberalen oder rechten Utopien zu reden.

Sondern von Dystopien?

Genau. Die Dystopie ist unbestimmter und offener: Während die AfD die Dystopie einer Ökodiktatur verwendet, um Autofahrer*innen gegen die Verkehrswende zu mobilisieren, ist für die Gegenseite die autogerechte Stadt eine Dystopie. Das heißt nicht, dass beide Dystopien irgendwie gleichwertig wären. Die Autogesellschaft ist eine konkrete

Verwirklichung zeigt sich aber auch, dass Fliegen den Klimawandel, als konkrete Dystopie unserer Zeit, befeuert. Digitalisierung würde ich als ähnlich zwiespältig betrachten. Kommunikation und Austausch von Informationen erneuern auch die Utopie der Demokratie bis hin zur Frage eines Computer-Sozialismus, der davon ausgeht, dass mit Hilfe von Computern eine Bedarfswirtschaft nunmehr demokratisch planbar wäre. Im kapitalistischen Alltag schneidet die Digitalisierung aber auch Kommunikationswege ab, die für die Entwicklung von Utopien nötig sind: Etwa das Zusammenkommen am Arbeitsplatz, die Begegnungen auf Straßen und Plätzen.

Dann ist die Utopie ein Auslaufmodell?

Nein. In den Bewegungen für Klimagerechtigkeit, für ein Recht auf Stadt, für Geschlechtergerechtigkeit oder das Recht auf Migration finden sich utopische Ansätze, die allerdings noch deutlich mehr konkretisiert werden müssten.

Spielen Utopien nicht in allen Lebensbereichen wie Liebe, Frieden, Krieg, Wirtschaft, Politik oder Sport eine Rolle?

Sicherlich sind Utopien ein weites Feld, über die klassischen Bereiche von Politik und Wirtschaft hinaus – oder deren Aufhebung in einer Wirtschaftsdemokratie. Zugleich ist jedoch klar, dass Utopien der Liebe oder des Sports keine sind, die losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen wären. Gerade die Selbstoptimierung ist in diesen beiden Bereichen auch Teil des neoliberalen Diktats. Utopisches Denken hat dem allerdings viel

entgegenzusetzen: Die kritische Betrachtung des Bestehenden, das Aufzeigen von alternativen Möglichkeiten und die Motivation zum Handeln mit Bezug auf Zwischenziele und Fernziele.

Das entspricht Ihrem Bild von Utopie?

Für meinen funktionalen Utopiebegriff, der in diesem Sinne Negation, Konkretion und Motivation umfasst, ist noch die Intention grundlegend. Die Soziologin Ruth

Das Wichtige an Utopien ist der Grundgedanke, dass Menschen in der Lage sein können, Widrigkeiten zu überwinden

Levitas hat dies 1990 in ihrem Buch *The Concept of Utopia* sehr schön auf den Punkt gebracht: „The essence of utopia seems to be desire – the desire for a different, better way of being“. Gemeint ist damit freilich kein egoistisches oder kollektivistisches Begehren – wie im Neoliberalismus oder im Rechtspopulismus. Wo das Gute nur für sich selbst oder das vermeintlich eigene Kollektiv beansprucht wird. Utopien sind ein universalistisches Begehren – also die Befreiung aller Menschen. Mit dem Ziel, dass wir überhaupt erst lernen, Menschheit zu werden. Was eine sehr alte und unabgeholte Utopie ist.

Welche Menschen haben Sie bislang auf Ihrem utopischen Weg beeinflusst?

Als Philosoph waren es vor allem andere Philosoph*innen, bei denen ich nach Antworten auf meine Frage suchte: Wozu Utopie? Da konnte ich aus unterschiedlichen Bausteinen meine eigene Utopie-Theorie entwickeln. Mein Ansatz zielt wie gesagt auf einen funktionalen Utopiebegriff: Welche Funktionen erfüllt utopisches Denken? Gustav Landauer verstand

Utopien zu Beginn des 20. Jahrhunderts als Ausdruck von Bestrebungen – also als eine Intention. Theodor W. Adorno betonte hingegen das Moment der Kritik – eine Negation. Der Philosoph Ernst Bloch deutete Utopien als Vorschein konkreter Möglichkeiten – eine Konkretion. Vom Soziologen Karl Mannheim übernahm ich die orientierende Bedeutung von Utopien für politisches Handeln – also Motivation.

Mit diesen vier Kategorien lässt sich untersuchen, welche Rolle Utopien tatsächlich in sozialen Bewegungen spielen.

Können Sie uns dazu ein konkretes Beispiel geben?

Wie ich ja bereits erwähnte, war ich Teil der antirassistischen Gruppe *No Lager* in Osnabrück. Die Ablehnung der eigenen Lebensumstände im Lager, Negation, war ein starker Antrieb der aktiven Refugees. Hinzu kam das Eintreten für solidarische Lösungen: Kantinenboykott, Proteste, Blockaden oder Schlossparkbesetzungen in Osnabrück. Alles Aktionen, wo die Solidarität konkret wurde – eine Konkretion. Einige äußerten tatsächlich auch

utopische Ziele, wie das Ende von Abschiebungen, Migration als Menschenrecht und so weiter – das ist hier die Intention. Die Vorstellung, dass sowohl kurzfristige Verbesserungen als auch langfristige Ziele durch gemeinsame Kämpfe erreicht werden könnten, gab Kraft und Energie – also Motivation.

Wie entstand Ihre ganz persönliche Motivation zur Utopie?

Alexander Neupert-Doppler vertritt zurzeit die Professur für Sozialphilosophie an der Hochschule Düsseldorf. Er lebt und ist organisiert in Hannover

Thomas Morus schuf 1516 mit seinem Roman *Utopia*, wenn man so will, das Wort. Ich selbst kam mit Utopien das erste Mal in meiner Kindheit in Kontakt: durch Science-Fiction wie Star Trek. In diesem Genre der fiktionalen Utopie ist die Frage der Weltrepublik, also der geeinten Menschheit, meist schon gelöst, und so geht es um den nächsten Schritt: eine galaktische Föderation von Planeten. Fand ich als Kind sehr spannend. Ein anderes Feld sind

die sogenannten experimentellen Utopien, die Siedlungs-Utopien seit dem 19. Jahrhundert. Deren Gründung von Gemeinschaften in Übersee ist aus anti-kolonialer Perspektive abzulehnen. Gründungen im Kleinen, etwa von selbstverwalteten Kulturzentren, kollektiven Betrieben oder Wohnprojekten finde ich jedoch sehr interessant. Ich bin da jedoch sehr zurückhaltend, diese Modelle gelebte Utopien zu nennen. Denn schließlich bleiben es Insellösungen – was Karl Marx und Friedrich Engels mit ihrer Kritik am utopischen Sozialismus auch meinten. Bleiben die intentionalen Gesellschafts-Utopien, die Grundrisse für eine befreite Gesellschaft. Das ist der Bereich, der mich am meisten interessiert, weil ich davon ausgehe, dass Menschen solche Utopien brauchen.

Braucht der Mensch wirklich Utopien?

Das Gute und Wichtige an Utopien ist der Grundgedanke, dass Menschen in der Lage sein können, Widrigkeiten zu überwinden und eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen. Lähmend können Utopien wirken, wenn Zwischenschritte bei der Verwirklichung abgelehnt werden. Manchmal neigen Utopist*innen zu einer Logik von Alles oder Nichts: Entweder unmittelbare Verwirklichung des Fernziels oder Frustration.

Was brauchen also Utopien?

Zum einen sind Zwischenziele nützlich, weil sie Verbesserungen bringen und das Selbstvertrauen von Bewegungen stärken. So ist beispielsweise die AntiraBewegung momentan noch nicht in der Lage, Abschiebungen abzuschaffen. Doch das sollte kein Grund sein, nicht zumindest für Richtungs-

forderungen, wie etwa die dezentrale Unterbringung von Geflüchteten, zu kämpfen. Zum anderen sind utopische Möglichkeiten auch mit historischen Gelegenheiten verknüpft. Oft sind es gesellschaftliche Krisen, in denen günstige Kräftekonstellationen entstehen können, um die Konstitution neuer gesellschaftlicher Beziehungsweisen zu erreichen. Auch technische oder ökologische Entwicklungen haben hier großen Einfluss. Kurz gesagt: Utopien zeigen Möglichkeiten auf. Und diese sollte der Mensch nutzen ...<

NO LAGER Osnabrück

No Lager *ist eine antirassistische, politische Gruppe aus Geflüchteten und Unterstützer*innen. Gemeinsam organisieren sie politische Proteste und vernetzen sich mit Menschen und anderen Gruppen in ganz Deutschland. Sie sammeln Informationen und setzen sich gegen die unmenschliche Situation für Geflüchtete in Europa und Deutschland ein, protestieren gegen Abschiebungen. Weitere Infos: <http://nolageros.blogspot.eu/>*



Der solidarische Umbau des europäischen Grenzregimes

Eine Baustellenbesichtigung

Die Bewegungen der *Solidarischen Städte* und *Sicheren Häfen* entfachen auch sechs Jahre nach dem Sommer der Migration Dynamik im europäischen Grenzregime. Sie stimmen hoffnungsvoll, denn sie nutzen nicht nur Handlungsspielräume für einen solidarischen Wandel aus, sondern erschaffen auch neue. Von Stephan Liebscher

Zivilgesellschaftliche Akteur*innen und zunehmend auch Kommunen gestalten aktiv solidarische Alternativen zum kriselnden europäischen Grenzregime. Die Migrationsbewegungen des sogenannten langen Sommers der Migration von 2015 waren eine wichtige Inspirationsquelle bei den Bemühungen, einen gleichberechtigten Zugang zu Asylverfahren, kommunalen Dienstleistungen und Ressourcen zu fordern und zu gewährleisten. In vielen europäischen Kommunen kam es zu einer neuen Welle migrationsfreundlicher und solidarischer Diskurse, Praktiken und institutioneller Experimente. In zahlreichen Städten gelang es aktivistischen Initiativen, Stadtverwaltungen zu lokalen und pragmatischen Lösungen für die plötzliche Anwesenheit Geflohener zu drängen. Während neue Wege des Umgangs mit Migration anfänglich vor allem in städtischen Räumen entwickelt und prototypisch erprobt wurden, streben die Bewegungen der *Solidarischen Städte* und *Sicheren Häfen* mittlerweile nach einem größeren Wurf: dem solidarischen Umbau des europäischen Grenzregimes.

Das Zusammenwirken zwischen Bewegung, Partei und Kommunen gestaltete sich nicht überall kooperativ. Oft war es von Ambivalenzen und grundlegenden Konflikten geprägt. Aufgrund dieser Spannungen haben sich einerseits Städte als wichtiges Konfliktfeld in Sachen Migration erwiesen. Andererseits sind Stadtregierungen und -verwaltungen zu relevanten Akteur*innen der Bewegung der Migration im europäischen Grenzregime geworden. Lokale öffentliche Institutionen haben sich vielerorts auf pragmatische Art und Weise solidarisch gegenüber den Ankommenden gezeigt und führen deren Kämpfe an öffentlich-institutionellen Schauplätzen fort. Elementar für die undogmatische Zusammenarbeit zwischen Bewegung, Parteien und Kommunen (beziehungsweise vereinzelt Landesregierungen) ist die Bezugnahme auf gemeinsame Visionen und Handlungskonzepte. Besonders Konzepte besagter *Solidarischen Städte* und des *Sicheren Häfen* sind zu einem gemeinsamen Referenzpunkt für eine solidarische Umgestaltung des Grenzregimes geworden.



Solidarity City als gemeinsame Basis

Das Konzept *Solidarity City* hat sich dabei innerhalb kurzer Zeit im progressiven gesellschaftlichen Spektrum in Deutschland verbreitet – über Akteurs- und Skalengrenzen hinweg. Seit 2015 gründeten sich unter dem Namen *Solidarity City* in etwa 20 deutschen Städten und zwei Landkreisen zivilgesellschaftliche Bündnisse aus existierenden und neu entstandenen aktivistischen Initiativen, NGOs und Vereinen. Neben der Beratungsarbeit, alltäglicher Solidarität und Protesten bauen die Initiativen auf Kampagnen, die sich an die kommunale Politik und Verwaltung richten. Sie fordern im Anschluss an das kanadische und US-amerikanische Konzept der *Sanctuary City* unter anderem die Abschaffung behördlicher Meldepflichten, Abschiebe-Stopps und Zugang zu kommunalen Dienstleistungen für Menschen mit prekären oder ohne Aufenthaltsstatus. Die Netzwerke entwickeln ihre Forderungen im Interesse marginalisierter und illegalisierter Menschen und greifen Visionen aus der Bewegung der Migration auf. An manchen Standorten gelang es den Bündnissen etwa, an der Erarbeitung von Parteibeschlüssen und Regierungsstatements beteiligt zu werden. Im Berliner Regierungsprogramm von 2016 machte die rot-rot-grüne Koalition eine progressive Positionierung in Sachen Migrationspolitik zu einem ihrer Schwerpunkte und bekräftigte unter anderen, Papierlosen den Zugang zur Gesundheitsversorgung zu erleichtern. Eine entsprechende Clearingstelle wurde 2018 eröffnet. Im März 2019 bezog sich die Linkspartei im Bundestag auf das Konzept der *Solidarischen Stadt* und forderte – wenn auch ohne realpolitischen Erfolg – Rahmenbedingungen für die direkte kommunale Aufnahme von Geflüchteten zu schaffen.

Das konkrete Zusammenwirken von Bewegung, Partei und Kommune lässt sich anhand lokaler Experimente mit alternativen Zugängen zur Gesundheitsversorgung für Menschen ohne gültige Aufenthaltspapiere nachvollziehen. Das Konzept Anonymer Kranken- beziehungsweise Behandlungsscheine, das bereits 2009 entwickelt wurde, erhielt durch den Sommer der Migration neuen Schwung und ist in den Folgejahren in mehreren Bundesländern zur Anwendung gekommen. Eine Übersicht bietet die Website gesundheitsgefuechtete.info. Es geht darum, die willkürliche Vergabep Praxis der kommunalen Sozialämter und die Übermittlung von Patient*innen-Daten an Ausländerbehörden zu verhindern. So beispielsweise in Sachsen, wo die Landesregierung wiederholt durch ihre restriktiven Maßnahmen gegenüber Geflüchteten aufgefallen ist. Nachdem Aktivist*innen des lokalen *Medinetz* mehrere Jahre lang ehrenamtlich informelle Gesundheitsversorgung geleistet hatten, strebten sie schließlich eine institutionelle Reform an, um mit der wachsenden Zahl Papierloser umzugehen. Diese reformistische Wende lässt sich nicht nur durch die Kritik der restriktiven sächsischen und bundesdeutschen Flüchtlingspolitik

erklären. Vielmehr hat beispielsweise die Initiative *Medinetz* ihre Rolle bei der gesundheitlichen Versorgung von Papierlosen insbesondere seit 2015 kritisch hinterfragt. Entsprechend schloss sich *Medinetz* der bundesweiten Kampagne „Es ist uns keine Ehre!“ an, um gegen die Übernahme sozialstaatlicher Aufgaben durch die Zivilgesellschaft zu protestieren.

Im Jahr 2018 forderte das *Medinetz Leipzig* gegenüber den Kommunalparteien die Einrichtung einer Clearingstelle und eines *Anonymen Behandlungsscheins*. Mit Erfolg: In den Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2019/2020 beschloss der Leipziger Stadtrat, ein Projekt zur gesundheitlichen Versorgung von Einwohner*innen ohne Versicherungs- oder Aufenthaltstitel zu finanzieren. Der Beschluss ist eine sogenannte freiwillige kommunale Selbstverwaltungsaufgabe, unterliegt also keinen landes- oder bundesrechtlichen Vorgaben. Für die Umsetzung ist der Projektträger jedoch verpflichtet, unter der fachlichen und finanziellen Aufsicht des Sozial- und Gesundheitsamtes zu handeln. Mit der Organisation *Clearingstelle und Anonymer Behandlungsschein Leipzig e.V. (CABL)* hat das *Medinetz Leipzig* 2019 eine entsprechende Organisation gegründet.

Umsetzung zwischen Wahrung der Anonymität ...

Als zivilgesellschaftlich getragene Stelle organisiert *CABL* die Gesundheitsversorgung von Menschen ohne Papiere. Nach dem *Solidarity City*-Grundsatz „Don't Ask – Don't Tell“ (DADT, Frag' nicht und sag' nichts weiter) ist die Stadtverwaltung angehalten, bei der Erbringung von Dienstleistungen nicht nach dem Aufenthaltsstatus der Klient*innen zu fragen. Erfährt die Stadtverwaltung doch vom Status – insbesondere von Menschen ohne Aufenthaltstitel –, darf sie diese Informationen nicht an andere staatliche Stellen oder Bundesbehörden weitergeben. In den meisten Fällen führt eine Meldung zu weiteren behördlichen Verfahren und endet nicht selten mit einer Abschiebung. Mit Hilfe von *CABL* wird gewährleistet, dass lediglich Fachpersonal wie Ärzt*innen oder Sozialarbeiter*innen mit beruflicher Schweigepflicht Kontakt zu den Klient*innen hat. Für die Kommunikation mit der Verwaltung, zum Beispiel für die Dokumentation der Behandlungskosten, hat *CABL* ein Verfahren der automatisierten Pseudonymisierung eingerichtet,

welches keine Rückschlüsse auf das Pseudonym und die behandelte Person zulässt. Die Umkehrung des Informationsflusses zwischen Staat und Menschen ohne Papiere und ist eine wichtige Voraussetzung für die Einhaltung des *DADT*-Prinzips. So erhalten die Klient*innen die Kontrolle über ihre Daten und entscheiden selbst, was sie weitergeben.

Die Inklusion von Menschen ohne Papiere erfolgt jedoch selektiv

... und rechtlichen Rahmenbedingungen

Die institutionalisierte *DADT*-Praxis ist jedoch nicht ohne Preis. Zwar erweist sich die Clearingstelle bei der Inklusion in das reguläre System von EU-Bürger*innen und Deutschen ohne Krankenversicherung als recht erfolgreich.

Die Inklusion von Menschen ohne Papiere erfolgt jedoch selektiv: Wer nur eine ambulante Grundversorgung benötigt, kann unsichtbar bleiben. Wer eine stationäre Behandlung benötigt, muss weiterhin auf die freiwilligen Strukturen von *Medinetz* zurückgreifen. Wer Nothilfe benötigt, dem droht nicht selten eine Meldung an das Sozialamt – unter Umständen mit entsprechenden aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen. *CABL* schafft es zwar, eine medizinische Grundversorgung unter Wahrung des Berufsgeheimnisses zu gewährleisten. Dennoch wirkt das Projekt auf städtischer Ebene nicht als Hebel zur Inklusion von Menschen ohne Papiere, von institutionellen Reformen ganz zu schweigen. *CABL* und *Medinetz* sind sich durchaus bewusst, dass sie dazu beitragen, die Ausgrenzung aus dem regulären Gesundheitssystem aufrechtzuerhalten.

Coronakrise als Hebel für solidarische Systemalternativen?

Die verschärfte Situation Papierloser während der Corona-Pandemie nahm *Medinetz Leipzig* zum Anlass, um systemische Veränderungen jenseits der ambivalenten Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung auszuarbeiten. Zum einen entwickelt *Medinetz* im Frühjahr 2020 gemeinsam mit ähnlichen Initiativen in Chemnitz und Dresden ein Konzept für ein sachsenweites Netz von Clearingstellen und Ausgabestellen für *Anonyme Behandlungsscheine* nach dem Vorbild von *CABL*. Die Oppositionspartei Die Linke nutzte das Konzept dann im Sächsischen Landtag, um eine

staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung für marginalisierte Menschen während der Pandemie zu fordern. Das sachsenweite Konzept würde eine gesetzliche Grundlage schaffen, um das Recht auf medizinische Versorgung für Menschen ohne Versicherung sowie Menschen ohne Papiere umzusetzen. Zum anderen artikulierten *Medinetz*-Vertreter*innen post-pandemische Visionen solidarischer Gesundheitsversorgung. Im Herbst 2020 organisierten Initiativen aus drei ostdeutschen Bundesländern (Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen) einen Aktionstag, um die breite Öffentlichkeit auf Missstände im Gesundheitssystem während der Covid-19-Pandemie aufmerksam zu machen. Sie plädieren für eine grundlegende finanzielle Umstrukturierung und schlagen das Konzept einer sogenannten universellen und verpflichtenden solidarischen Bürgerversicherung vor. Nur so lasse sich ein barrierefreier, bedarfsgerechter und anonymer Zugang zur Gesundheitsversorgung gewährleisten, den *CABL* bereits vormacht.

Zwar stehen die realpolitischen Chancen nicht sehr gut, dass der sachsenweite *Anonyme Behandlungsschein* sowie die solidarische Bürgerversicherung unter gegebenen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen realisiert werden können. Dennoch lassen sich aus dem Leipziger Beispiel drei Schlussfolgerungen für die solidarische Transformation des europäischen Grenzregimes ziehen: Erstens zeugt das Leipziger Projekt von der Machbarkeit einer Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Papiere innerhalb des bestehenden Systems. Zweitens sind in dem Bestreben der *Medinetz*-Aktivist*innen mögliche Handlungspfade angelegt, um die Ambivalenzen auf kommunaler Ebene – knappes Budget, staatliche Regulierungen – zu überwinden. Drittens dient das kommunale Projekt auf überlokaler Ebene als strategisches Vorbild für eine emanzipatorische Transformation, da hier Prinzipien der *Solidarischen Stadt* wie Anonymität und Diskriminierungsfreiheit – unter widrigen Bedingungen – institutionalisiert werden. Damit lässt sich das Leipziger Projekt als eine Realutopie im Sinne Erik Olin Wright verstehen, da es Umrisse eines alternativen Umgangs mit Migration in sich trägt.

Neue Koalitionen zwischen Städten und Häfen

Für einen umfassenden solidarischen Umbau des europäischen Grenzregimes bedarf es neben lokalen Anstrengungen auch schlagkräftige nationale und europäische Vernetzungen. In der Tat entstehen derzeit zahlreiche Netzwerke und neue Verknüpfungen, die bis zum südlichen Mittelmeerraum reichen. Ein eindruckliches Beispiel ist die Plattform *From the*

Sea to the City, die Seenotrettungs-NGOs, aktivistische Initiativen und Stadtverwaltungen zusammenbringt. Handlungsziele der Plattform sind unter anderem, solidarische Kooperationen bei Rettungsaktionen im Mittelmeer zu etablieren sowie die Rolle der Städte bei der Aufnahme und Inklusion Geflüchteter zu stärken. Dadurch soll ein Gegengewicht zu den desaströsen und verantwortungslosen Migrationspolitiken auf nationaler und europäischer Ebene geschaffen werden. Die Stärke der Plattform liegt darin, vielfältige Aktionsformen – von konkreter Hilfe auf See und an Land über Interessenvertretung bis hin zu Öffentlichkeitsarbeit – zu vereinen. Damit schaffen die Plattform-Akteur*innen nicht nur humanitäre Korridore der Bewegungsfreiheit für das Überleben, Weiterziehen und Ankommen Geflüchteter, sondern sie erzeugen auch eine weitreichende Sichtbarkeit aufnahmebereiter Kommunen und handlungsfähiger Zivilgesellschaft in ganz Europa.

Die zahlreichen Bemühungen, das europäische Grenzregime solidarisch umzubauen, die in Städten, Häfen und Netzwerken sichtbar werden, zeugen von Mut, Durchsetzungswille sowie dem Glauben an einen solidarischen Wandel. Wenn Bewegungen, Parteien und Kommunen gemeinsame Ziele und Visionen in den Vordergrund ihres Handelns stellen, spielen Synergien und ein produktiver Umgang mit Spannungen eine größere Rolle als scheinbar unüberbrückbare Unterschiede in den jeweiligen Handlungslogiken. Sie verweisen aber auch auf ein pragmatisches Vorgehen, das nicht einfach Gegenstück zu radikalen Vorgehen ist. Vielmehr verbinden die Akteur*innen in Leipzig und bei *From the Sea to the City* ihr gemeinsames progressives Vorhaben mit realistischen und situativen Einschätzungen, was konkret möglich ist. Indem sie das gegenwärtig Mögliche mit dem emanzipatorisch Potenziellen verbinden, ebnen die Bewegungen der *Solidarischen Städte* und *Sicheren Häfen* einen transformativen Pfad inmitten der widersprüchlichen Architektur des europäischen Grenzregimes, der fortwährend Kontur annimmt und gangbarer wird.<

Stephan Liebscher
erforscht Solidarische Städte und Sichere Häfen. *Er will Licht in die dunklen Tunnel des europäischen Grenzregimes bringen*

Wenn ich Gott wäre

Von Thomas Glatz

Wenn ich Gott wäre, dann hätte ich ein Menge anders gemacht. Zum Beispiel ist es merkwürdig, dass nach einem Waschgang drei rechte Socken einfach fehlen, während die linken alle noch da sind. Wo die rechten Socken hin sind, weiß kein Mensch. So etwas muss doch nicht sein. Das hätte ich anders gemacht. Und Weltfrieden. Natürlich. Wenn ich Gott wäre, dann gäbe es Weltfrieden für alle und alle Pink-Floyd-Alben zum kostenlos downloaden. Und kein Corona. Klar. Bei mir müssten auch die Farben mehr knallen. Blumenwiesen, Sonnenuntergänge, Herbstnebel und so. Bei mir müssten die Farben knallen wie Feiertagsfeuerwerke. Also dann mal los! Klick und Rumsti.



Vom Auflösen von Grenzen

Fabian Georgi über das große Projekt globaler Bewegungsfreiheit – und die vielen kleinen Schritte da hin. Das Interview führte Agnes Fuchsloch.

Sie streiten akademisch für eine ganz konkrete Idee – ‚Globale Bewegungsfreiheit‘ und schreiben dazu an einem neuen Buch. Was bedeutet globale Bewegungsfreiheit für Sie als langfristiges Ziel?

Es wäre eine Welt, in der Menschen das Recht auf Bewegungsfreiheit in dem Sinne hätten, dass sie auch das Recht hätten, Zuhause zu bleiben. Eine Welt, in der Menschen nicht durch ökonomische Umstände, durch Gewalt, durch gesellschaftliche Umstände, gezwungen würden wegzugehen. Menschen müssten nicht mehr diese gefährlichen Routen nehmen. Wenn Visaregime abgeschafft würden, dann könnten sie einfach auf eine Fähre steigen oder ein Flugzeug nehmen. Und Menschen, die nicht die Ressourcen haben, finanziell und körperlich, eine tausende Kilometer lange Flucht zu überstehen, könnten dann auch mobil sein. Es gäbe eine Infrastruktur des Willkommens und Ankommens, die nicht nur im ersten Moment oder am ersten Tag ansetzt. Es wäre die soziale Infrastruktur dafür geschaffen worden, dass Menschen nicht mehr konkurrieren müssten auf einem neoliberalen Arbeitsmarkt, um

kaputtgesparte und reduzierte öffentliche Infrastruktur.

Grenzen werden in den letzten Jahren nicht durchlässiger, es wird vielmehr weltweit in Mauern, Stacheldraht, Drohnen und Nachtsichtgeräte investiert. Wie erklären Sie sich diese Eskalation?

Ich verwende dafür seit ein paar Jahren den Begriff des Festungskapitalismus. Wir können die Tendenz zur Abschottung nur dann angemessen verstehen, wenn wir sie in den größeren Zusammenhang der Veränderungen im globalen Kapitalismus einordnen. Das kapitalistische Weltsystem steckt in einer tiefen Struktur- und Vielfachkrise. Die Überschreitung planetarischer Grenzen, der drohende Klimazusammenbruch ist eine ganz wichtige Dimension davon, aber nicht die einzige. Auch im Innern des kapitalistischen Wirtschaftens gibt es Probleme.

Immer mehr Automatisierung macht Menschen ökonomisch überflüssig und daraus entstehen soziale Konflikte. In vielen Industriebereichen gibt es Überkapazitäten, so dass die Konkurrenz immer härter wird. Preise und Profite sinken und die Versuche, weiter Profit zu machen, werden immer brutaler. Es gibt die Krise in der sozialen Reproduktion: Gesundheit, Bildung, Sorgearbeit – alles steht massiv unter Druck durch diese entfesselten Versuche, das kapitalistische Wachstumsmo-

Eine zentrale Strategie herrschender Gruppen ist es, die bestehende Ordnung durch Abschottung zu stabilisieren

dell am Laufen zu halten. Und wir sehen das Resultat dieser und anderer Prozesse: die politische Krise, die manchmal Krise der Repräsentation genannt wird.



1980s
Basketball - 101

The 1980s were a time of great change in the world of basketball. The NBA saw the rise of the "Bad Boy" Pistons, who were known for their physical play and "The Bad Boy" jersey. The jersey was dark blue with white and red stripes on the sleeves. The mannequin is wearing a dark blue tracksuit with white and red stripes on the sleeves, a white mesh crop top, a gold chain, and a red and black cap. The display is set against a light-colored wall with a gold handle on the door.



Darum auch keine Mehrheiten für eine offene Grenzpolitik?

Die bestehende Politik, die im Großen und Ganzen noch immer am neoliberalen Wachstumsmodell festhält, hat noch immer keine Antworten auf diese Krisen. Eine zentrale Strategie herrschender Gruppen ist es, die bestehende Ordnung durch Abschottung zu stabilisieren. Dazu gehört auch die abgestufte Entrechtung, also das Einsaugen von nützlichen Arbeitskräften mit weniger Rechten. Es sind autoritäre, gewaltvolle und im Extremfall faschistische Reaktionen auf diese Vielfachkrise.

Ist diese Vielfachkrise nicht auch der Moment, wo sich neue Möglichkeiten für konkrete Schritte auftun, die gegen diese autoritären Tendenzen arbeiten und in Richtung offene Grenzen deuten?

Es ist genau der Moment, diese konkreten Schritte zu unternehmen. In den nächsten Jahrzehnten steht die Entscheidung an: Geht es weiter in Richtung eines autoritären

Oder bekommen wir es hin, kollektiv als Menschheit auf diese Krise solidarisch und egalitär zu reagieren? Eines meiner zentralen Argumente ist, dass sich die Kräfte in Deutschland und in Europa, die sich als progressiv verstehen, entscheiden müssen, ob sie die autoritäre oder eine egalitäre Bearbeitung dieser Krise unterstützen wollen. Und wenn sie letztere Variante unterstützen wollen, dann gehört globale Bewegungsfreiheit dazu.

Sehen Sie, dass da was passiert in dieser Richtung?

Mehr und mehr Menschen lehnen eine autoritäre, gewaltvolle Reaktion ab. Es herrscht eine größere Bereitschaft von zumindest Teilen der Bevölkerung, darüber nachzudenken: Wie könnten wir denn anders reagieren? Zweitens würde ich sagen, dass auf einer Ebene des ganz alltäglichen Zusammenlebens von Menschen, relevante Teile der Menschheit ja bereits transnational leben: Mit Bezug zu Familien in anderen Ländern, in migrantischen Commu-

nities, in Diasporas. Das ist die materielle Lebensrealität von Millionen, vielleicht Milliarden von Menschen und auf die lässt sich aufbauen in einem Projekt der Bewegungsfreiheit. Auf der politischen Ebene hat der Sommer der Migration bei aller

Ambivalenz gezeigt, dass es breite Milieus gibt, die offen artikuliert, politisch bereit wären und dafür eintreten, Grenzen zu öffnen. Nicht jede einzelne Person, die irgendwo im Alltag praktisch Unterstützungsarbeit leistet, kann die Dilemmata

lösen, die mit der globalen Bewegungsfreiheit verbunden sind. Aber ich bin sicher, dass viele Leute, die ganz praktische solidarische Alltagshandlungen machen, diesem Prinzip von offenen Grenzen und der Gleichheit aller Menschen, zustimmen. Darauf lässt sich aufbauen. Bei aller Ohnmacht, die man oft erfährt, bei allen Gegentendenzen.

Aus aktivistischer Sicht: Was ist Ihrer Meinung nach eine sinnvolle zivilgesellschaftliche Strategie, um Konzepte globaler Bewegungsfreiheit populärer zu machen?

Wir sollten die Bewegungsfreiheit als Projekt systematisch mit der Hoffnung auf eine bessere Welt verbinden. Auf eine gerechtere Gesellschaft, ein Leben, das weniger geprägt ist von Stress und Furcht und Prekarität. Wir sollten nicht so tun, als wäre das ein kleiner Reformschritt, für den wir keine Strukturen ändern müssten. Unter anderem deshalb, weil – sollten die Grenzen geöffnet werden, aber der neoliberale Kapitalismus bliebe sonst unverändert – könnte das eher dystopisch werden. Das wäre eine anarchistokapitalistische Dystopie. Die Arbeitskräfte wären gezwungen, hochmobil zu sein, aber es gäbe keine soziale Infrastruktur, es gäbe keine Willkommensstrukturen. Das wäre keine linke, kritische Vision von globaler Bewegungsfreiheit.

Wie kommen wir also konkret weiter in der Realisierung?

Da gibt es aus meiner Sicht drei Ebenen: Wenn man Seenotrettung macht, wenn man Leute unterstützt, die angekommen sind, wenn man gegen einzelne Abschiebungen kämpft, dann sind das nicht unbedingt Praktiken, die die globale Bewegungsfreiheit offensiv utopisch realisieren. Es sind aber

Sollten die Grenzen geöffnet werden, aber der neoliberale Kapitalismus bliebe unverändert – könnte das eher dystopisch werden

Festungskapitalismus, der durch immer mehr Ungleichheit und Elend geprägt ist? In dem sich die Privilegierten immer weiter abschotten in festungsgleichen Staaten, aber auch im Inneren der Länder, in *Gated Communities*?

Ein Prinzip globaler Bewegungsfreiheit: Menschen sollten Rechte erhalten nach ihrem Aufenthalt, nicht nach ihrer Staatsbürgerschaft

Alltagspraktiken, die dadurch inspiriert sein können. Ich glaube, es wäre wichtig, diese konkreten Abwehrkämpfe und die Kämpfe um kleine Verbesserungen ganz bewusst und offensiv in diesen größeren Kontext zu stellen. So kann sich das Gesamtprojekt verbreitern und wir kommen gemeinsam in der Debatte vorwärts. Die zweite Ebene würde ich nach Joachim Hirsch die Ebene des radikalen Reformismus nennen. Das wären größere Projekte, die offensiv etwas vorantreiben, aber noch nicht die voll realisierte Bewegungsfreiheit sind, beispielsweise die *Sanctuary Cities*, vielleicht die Gesundheitskarte für Leute ohne Status, vielleicht eine Liberalisierung der Visaregime, eine Auflösung aller Lager. Ich betone ja einerseits, dass globale Bewegungsfreiheit innerhalb dieser neoliberalen, kapitalistischen Strukturen schwer zu realisieren ist, zumindest nicht auf eine linke, emanzipatorisch-egalitäre Art. Andererseits ließe sich eine viel, viel freiere Migration, sehr viel weiter geöffnete Grenzen, ein sehr viel solidarischerer Umgang auch realisieren, ohne jetzt eine gesamte Revolution zu machen. All diese Dinge sind Zwischenschritte. Und die dritte Ebene wäre dann die Welt, die ganz anders aussieht und da sind wir ja eingestiegen. In dieser Welt wäre die globale Bewegungsfreiheit voll realisiert.

Können Sie uns ein für Sie besonders eindrückliches Beispiel aus Deutschland nennen?

Ein Grundprinzip globaler Bewegungsfreiheit sollte sein, dass Menschen soziale und politische Rechte und Ressourcen erhalten nach ihrem Aufenthalt, nicht nach ihrer Staatsbürgerschaft zum Beispiel. Wenn sie an einem Ort leben, dann sind sie Teil der sozialen und politischen Gemeinschaft und es stehen ihnen Ressourcen und soziale und politische Rechte zu. Das ist genau das, was die Sanctuary City-Bewegung will. Ein Kampf, der das konkretisierte hat in Berlin, war die Gesundheitskarte für illegalisierte Menschen. Sie basiert auf der ethischen Setzung: Als Menschen sind diese illegalisierten Personen frei und gleich mit Würde und Rechten ausgestattet. Die Tatsache, dass sie keinen legalen Aufenthaltsstatus haben, heißt nicht, dass ihr Recht auf Gesundheit einfach ignoriert werden kann. Eine volle Realisierung des Rechts auf Rechte, basierend auf dem Ort des Aufenthalts, würde natürlich noch viele weitere Dimensionen umfassen. Aber diese Gesundheitskarte war ein ganz wichtiges Projekt.

Dieses Interview lesen viele Menschen, die sich in ihrem Alltag ganz praktisch für Menschen einsetzen, die um das Recht auf ein würdiges Leben in Deutschland hart kämpfen müssen. Was möchten Sie denen mitgeben?

Dass die reale, ganz praktische Unterstützungsarbeit für Menschen ganz, ganz wichtig ist für das große Ziel globaler Bewegungsfreiheit. Sie nimmt es bereits vorweg. Die großen Utopien würden nicht existieren und könnten nicht vorankommen, ohne diese sicher oft auch frustrierenden Alltagskämpfe.<



Fabian Georgi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Philipps-Universität Marburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind die deutsche, europäische und internationale Migrationspolitik, kritische Gesellschafts- und Staatstheorie sowie die Europäische Integration

Agnes Fuchsloch arbeitet im Bellevue di Monaco, einem Willkommens- und Beratungszentrum für Geflüchtete in München

Was für ein Wort

Gibt es überhaupt noch eine lebendige linke Utopie?
 Der Namensfinder der Hinterland weist den Gedanken von sich.
 Von Christoph Merk

Utopie. was für ein wort. und dass wir heute noch wagen, es in den mund zu nehmen oder zu tippen. andere grosse worte wie ‚freiheit‘ oder gar ‚widerstand‘ haben längst die seiten gewechselt und werden – zumindest in den debatten der letzten jahre – eher von der anderen seite ins felde geführt. es gibt intelligente oder zumindest rhetorisch begabte mitmenschen, die behaupten, ideologiekritik zu betreiben und der linken beinahe jede kulturelle regung der letzten dreiundfünfzig jahre eher ankreiden als anrechnen, weil fast alles irgendwann von rechts kopier- oder okkupierbar war. man denke nur an das auftauchen der so genannten ‚autonomen nationalisten‘, deren ästhetik wahrhaft eins zu eins von schon etwas länger bestehenden linken zusammenhängen geklaut war. wenn wir - aber gibt es überhaupt noch ein ‚wir‘ ? - also über utopie reden, sollten wir vorsichtig sein, es könnte uns später vorgeworfen werden, die rechten erst auf die idee gebracht zu haben, so etwas auch zu diskutieren.

Christoph Merk,
*Mitbegründer der
 Hinterland, lebt ein
 ausgesprochen
 privilegiertes Leben
 voller Widersprüche
 und hofft, ein
 Aussterben der
 Gelbbauchunke in
 Bayern nicht erleben
 zu müssen.*

und haben wir überhaupt noch irgendeine idee, eine gemeinsame gar, zu bieten von einer besseren welt oder wenigstens gesellschaft? (ich bin immerhin alt genug, mich erinnern zu können, irgendwann zumindest mal mit dem gefühl, es gäbe eine solche, herumgelaufen zu sein.) oder vielleicht auch nur von dem weg dahin?

freilich liebe sich immer noch formulieren: eine gerechtere und mithin gleichmäßigere verteilung von wohlstand und irgendein wohlstand für jeden menschen oder zumindest ein menschenwürdiges dasein, einzig, schon eine solche forderung bedeutete heute, dass in deutschland reichlich mehr als ein veggietag pro woche in kantinen eingeführt werden müsste. und schon heulen die verfechter*innen einer grundfalsch verstandenen freiheit auf und ihre – angeblich früher mal linken – voraussichtlichen koalitionspartner*innen beeilen sich zu beschwichtigen, es müsse nicht jeder zum engel werden. die vorstellungen von zukunft, die eine vermutlich

künftige bundesregierung da gerade verhandelt, und die in den industrialisierten nationen da gerade gehandelt werden, erzählen von einer menschheit, die nicht mehr von dieser welt zu sein scheint. wenn man auf zehn prozent der landfläche, die die menschheit derzeit für ackerbau und viehzucht bewirtschaftet, mittels laborfleischfabriken, vertical farming, industrialisierter fischalgen- und insektenzucht dieselbe menge kalorien in mindestens gleicher qualität erzeugen könne wie heute auf eben dieser ganzen agrarfläche, könnte man ja auf irgendwelchen 50 prozent dieser landwirtschaftlichen fläche einen aufkommenden wald und wiedervernässte moore unsere bisher eher ungünstige kohlenstoffbilanz ausgleichen lassen. weitere zehn oder 20 prozent der welterdoberfläche würden wohl für die erzeugung all des notwendigen, grünen stroms verbraucht werden, da böte sich die sahara an, in der ein wenig verschattung kaum stören dürfte. blieben noch rund 20 prozent der erdoberfläche, in die wir dann vermutlich tiefe löcher graben müssten, um all die benötigten rohstoffe auszugraben. und sollte uns das alles gelingen, klappt das mit der marsbesiedelung bestimmt auch, obwohl die dann ja überflüssig wäre. aber dafür stünde dann bestimmt genügend privates kapital zur verfügung.

so ungefähr erzählen es die, die sich politiker*innen nennen, in diesem land von den grünen bis zur union, das, was sie sich an utopie so vorstellen können. und das, was an linken im globalen westen übriggeblieben ist, hat tatsächlich wohl auch keine bessere erzählung.

kleine brötchen backen. und die dann am besten verteilen. weiterhin darauf bestehen, dass es nicht egal ist, wenn irgendwo auf der welt oder vor unserer haustür gerade einmal wieder menschen in den tod getrieben werden. Mehr aufgaben, oder jedenfalls wichtigere aufgaben, haben linke auf absehbare zeit vielleicht gar nicht. sollen ruhig mal andere utopien haben oder mit visionen zum arzt gehen.<



Eine Welt ohne Grenzen?

Für die autoritäre Rechte ist die Forderung nach offenen Grenzen für Migrant:innen und Geflüchtete naiv und weltfremd. Wir aber sollten den Spieß umdrehen. Naiv, weltfremd und geradezu gemeingefährlich ist der Drang nach dem alten ‚weißen‘ europäischen Nationalstaat. Wie realistisch ist im Unterschied dazu die Utopie offener Grenzen für alle? Von Volker M. Heins

Utopien stehen im Verdacht, nur um den Preis großer Rücksichtslosigkeit gegenüber den lebenden Menschen, wie sie nun einmal sind, realisierbar zu sein. In der Vergangenheit sind sie oft daran gescheitert, dass sie die Schaffung eines neuen Menschen voraussetzten. Frauen und Männer sollten so geformt werden, dass sie sich klaglos einem von oben verkündeten Ideal unterordnen. Zur Not mit Gewalt. Das kam nicht wirklich gut an.

Die Utopie offener Grenzen funktioniert ganz anders als diese älteren Utopien, weil sie die Menschen so nimmt, wie sie längst sind. Wir genießen es, mobil zu sein und weltweit reisen zu dürfen, auch wenn wir anderen diese Freiheit nicht gönnen. Mehr noch: Mobilität über alle Grenzen und Hindernisse hinweg definiert uns als Gattungswesen. Der Mensch unterscheidet sich von anderen Säugetieren dadurch, dass er kein territoriales Wesen ist, das sich nur innerhalb eines bestimmten Reviers bewegt. Menschen wandern überall hin, entweder aus freien Stücken oder weil sie es da, wo sie sind, nicht mehr aushalten. Sie sind spezialisiert darauf, Auswege aus Extremsituationen zu finden. Und sie sind außerordentlich hartnäckig darin, nach Wegen zu suchen, ihr Leben zu verbessern, wenn es sein muss auch durch Abwanderung. Wenn ihnen dabei Staatsgrenzen den Weg versperren, werden sie versuchen, diese Grenzen auf eigene Faust oder mit der Hilfe von ortskundigen Schmuggler:innen zu überwinden. Menschen, die aus ihrer ruinierten Heimat fliehen müssen und dabei auf anscheinend

unüberwindliche Mauern stoßen, handeln seit jeher so, als beherzigten sie das Motto des berühmten Südtiroler Bergsteigers Hans Kammerlander: „Unmöglich ist keine Tatsache, sondern nur eine Formulierung“.

Weil das so ist, erklärten Philosophen wie Thomas Hobbes bereits im 17. Jahrhundert die „körperliche Freiheit“ der Bewegung zur Basis aller anderen Freiheiten. Diese migratorische Komponente der modernen Freiheit ist mit der Zeit in den Hintergrund getreten. Heute verstehen wir unter Freiheit eher die Freiheit des Selbstausdrucks und der Selbstverwandlung. Aber verschwunden ist das Motiv nie, dass der Mensch nicht zu denken sei ohne „die Freiheit, aufzubrechen, wohin er will“ (Hölderlin, „Lebenslauf“). Von zentraler Bedeutung ist die körperliche Bewegungsfreiheit über Staatsgrenzen hinweg – die sogenannte Personenfreizügigkeit – insbesondere für das Selbstverständnis der Europäischen Union. „Die EU macht grenzenloses Reisen möglich“, heißt es auf der offiziellen Website der EU über die Bedeutung des Schengen-Raums. Wir wissen, dass dies nur die halbe Wahrheit ist.

Schengen als großer ‚Weißmacher‘ Europas

In Wirklichkeit macht die EU grenzenloses Reisen für Europäer:innen leichter, während es für Menschen aus dem globalen Süden sehr viel schwieriger geworden ist. Bis zur Umsetzung des Schengener Abkommens und der Harmonisierung der europäischen Visa-

Vorschriften vor ungefähr zwanzig Jahren gab es eine Vielzahl von zwischenstaatlichen Programmen für visumfreies Reisen. So waren etwa die Grenzen Frankreichs für Reisende aus Ländern wie Mali, der Elfenbeinküste oder dem Senegal auch noch viele Jahre nach ihrer Unabhängigkeit offen. Zehntausende Senegales:innen arbeiteten allein in der französischen Automobilindustrie. Bis in die achtziger Jahre konnten sie noch relativ einfach und legal nach Frankreich einreisen. Erst nach dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens 1995 und des Vertrags von Amsterdam 1999 wurde das visumfreie Reisen für die Bevölkerungen der ehemaligen Kolonien abgeschafft. Am Beispiel von Ländern wie Marokko, der Türkei oder Moldawien hat die Fluchtforscherin Lena Laube im Detail nachgezeichnet, wie die Europäische Kommission für eine Vielzahl von Nicht-EU-Ländern den Zwang einführte, selbst für kurze Geschäftsreisen und Besuchsreisen Visa zu beantragen. Die Mobilität bestimmter Bevölkerungen sollte auf diese Weise bereits in einem frühen Stadium kontrolliert und oft auch unterbunden werden.

Schengen wirkte so wie ein großer ‚Weißmacher‘ Europas. Die Mitgliedsstaaten des Abkommens tauschten die Herstellung der Personenfreizügigkeit innerhalb Europas gegen die Abschaffung der Personenfreizügigkeit, die bis dahin, zumindest in Ansätzen, zwischen den ehemaligen Kolonialmächten und den inzwischen unabhängigen Kolonien herrschte. Vor allem in Portugal gab es erheblichen Widerstand gegen diesen Tausch, der im Widerspruch stand zur eigenen Verfassung, in der die Rede ist von den „besonderen Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu den Ländern portugiesischer Sprache“ – und dazu gehören eben auch afrikanische Staaten wie Mosambik, Angola oder Kap Verde.

Heute gilt das Mittelmeer ganz selbstverständlich als eine Grenze zwischen getrennten, in sich ruhenden ‚Kontinenten‘, das heißt Behältern für unterschiedliche Kategorien von weißen und nichtweißen Menschen. Aber das ist ein falsches Bild, das eine naturgegebene Differenz suggeriert, die es gar nicht gibt. So gehört zur Utopie offener Grenzen auch die Erinnerung an die lange Geschichte legaler Migrationsrouten zwischen Europa und Afrika, die sich heute ablesen lässt an der Realität einer gelebten „afropäischen“ Kultur in

Europa, wie sie der britische Journalist und Fotograf Johny Pitts in seinem Buch „Afropäisch. Eine Reise durch das schwarze Europa“ beschrieben hat.

Links oder liberal?

Ist die Utopie offener Grenzen eine linke Utopie? Manche haben das bestritten und behauptet, dass die Forderung nach einer größeren Durchlässigkeit nationaler und europäischer Grenzen neoliberal sei, nicht links. Offene Grenzen sind demnach gleichbedeutend mit einer Verschärfung der Konkurrenz auf Arbeits- und Wohnungsmärkten, unter der Arbeitnehmer:innen am meisten zu leiden hätten. Nun ist sich die Wirtschaftswissenschaft weitgehend einig

darin, dass zumindest in Europa Einwanderung kaum einen Einfluss auf das Lohnniveau eines Landes hat. Trotzdem kann man sich leicht Situationen ausmalen, in denen Geflüchtete oder andere Migrant:innen tatsächlich in Konkurrenz zu Menschen ohne Migrationsbeziehungsweise Fluchtbiografie treten.

Um das zu verhindern,

muss man Mindestlöhne garantieren, legale Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen und mehr Wohnungen bauen. Die Verweigerung der Aufnahme von Geflüchteten und die Verhinderung von Migration aus ärmeren Ländern kann jedenfalls keine Lösung sein. Sonst wäre die Linke in einem zentralen Punkt nicht mehr zu unterscheiden von der Rechten. Das Soziale und das Nationale würden eine Verbindung eingehen, vor der wir uns gruseln müssten.

Es stimmt: Die allmähliche Öffnung der Grenzen ist zunächst ein liberales, menschenrechtliches Projekt. Es stimmt aber auch, dass dieses menschenrechtliche Projekt zugleich ein linkes Projekt ist, weil es die Ideologie der Ungleichheit bekämpft, die dem Ausbau und der Militarisierung der Grenzregimes zugrunde liegt. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, was diese Ideologie in der Praxis anrichtet. Seit 1996 sind weltweit mindestens 75.000 Menschen bei dem Versuch, in ein anderes Land zu gelangen, qualvoll ums Leben gekommen, im Mittelmeer ertrunken oder in Wüsten verdurstet. Viele von denen, die nicht unterwegs starben, wurden auf der Flucht gekidnappt oder, wie in Libyen, als Sklaven verkauft. Letztes Jahr

Ist die Utopie offener Grenzen ein linkes Projekt?

wurde bekannt, dass Griechenland nicht nur geschlossene Lager betreibt, in denen Migrant:innen unter unmenschlichen Bedingungen festgehalten werden, sondern auch geheime Gefängnisse, sogenannte *black sites*, die keinerlei rechtlicher Kontrolle unterliegen. Wir erinnern uns an Bilder von Kindern in Käfigen, die von der US-amerikanischen Grenzpolizei gewaltsam von ihren irregulär eingereisten Familien getrennt und teilweise zur Adoption freigegeben wurden. In den USA gibt es inzwischen eine ernsthafte öffentliche Debatte darüber, ob die Geflüchtetenlager, für die westliche Länder verantwortlich sind, „Konzentrationslager“ genannt werden dürfen oder ‚nur‘ den Internierungslagern des Vichy-Regimes im besetzten Frankreich während des Zweiten Weltkriegs ähneln. Und während ich dies schreibe, werden in dem Ort Usnarsz Górny in Polen, an der polnisch-belarussischen Grenze, afghanische Geflüchtete ausgehungert, von Hunden angegriffen und gewaltsam nach Belarus zurückgedrängt – ohne jede Chance, Asyl beantragen zu können.

Volker Heins
ist Politikwissenschaftler am
Kulturwissenschaftlichen Institut Essen
(KWI), Mitbegründer der Akademie im Exil und Mitglied im Rat für Migration e.V.

Diejenigen, die sich gegen das Spektakel der Grausamkeit erheben, das Europa und die USA an ihren Außengrenzen veranstalten, mögen sich als Linke, Liberale oder vielleicht einfach nur als Gläubige ihrer jeweiligen Religion verstehen. Eigentlich ist das egal. Wirklich wichtig ist, dass die Debatte über die Regelung globaler Mobilität radikal neu geführt wird. Nur offenere Grenzen können das massenhafte Leid abwenden, das die Grenzregimes der Gegenwart produzieren, die immer mehr zu rechtsfreien Räumen, militärischen Einsatzgebieten und Todesstreifen werden.

Eine Zeit der Fantasie

Die Aufgabe besteht aber nicht nur darin, eine bestimmte Utopie zu verwirklichen, sondern auch darin, über den Charakter der Utopien nachzudenken, die heute notwendig sind. Das utopische Denken hat keinen besonders guten Ruf mehr. Zu oft wurden Utopien verstanden als Bilder eines perfekten politischen Endzustandes, für dessen Erreichung alle Mittel recht waren. Die privaten Interessen, Wünsche und Fantasien konkreter Einzelner waren aus der Sicht

zumeist männlicher Utopisten nur Hindernisse, die zur Not mit Gewalt unterdrückt werden sollten. Klar ist: Die Utopie offener Grenzen muss ganz anders

Eine Dynamik, die mögliche Zukünfte sichtbar macht

zugeschnitten sein, wenn sie einen bleibenden Wert haben soll. Worin liegt dieser Wert? Darin, die Selbstverständlichkeit von staatlichen Grenzen und ihren Überschreitungsregeln in Frage zu stellen und als das darzustellen, was sie sind: willkürlich und veränderbar.

Der in Berlin lebende syrische Schriftsteller Yassin al-Haj Saleh hat sehr richtig

gesagt, dass wir Utopie nicht als Bild eines perfekten Zustands verstehen sollten, vor dem alle niederzuknien haben, sondern als „Bewegung“. „Utopie ist eine Dynamik, die mögliche Zukünfte sichtbar macht und dabei hilft, dem Gefängnis des Zuhauses, der Heimat, der Religion und der Kultur zu entkommen. Sie haucht unseren Ideen, unseren Fantasien und unserem Tun Leben ein.“ Utopisch in diesem Sinne ist nicht die Forderung nach offenen Grenzen, die es ja im Schengen-Raum längst gibt. Utopisch ist vielmehr nur die Forderung nach offenen Grenzen für alle. Zugleich ist diese Forderung realistisch, da es leicht ist, die politischen Schritte zu beschreiben, die es braucht, um dem Ziel zumindest ein bisschen näher zu kommen. Die militarisierten Grenzregimes zwischen Staaten im Norden und Süden des Planeten lassen sich schrittweise entschärfen und durchlässiger gestalten. Entsprechende Vorschläge werden längst diskutiert. Dazu gehören die politische Ermächtigung von Städten und Gemeinden, eigenständig Geflüchtete aufnehmen zu dürfen, befristete Arbeitsvisa gegen Kautions, neue berufsbildende und akademische Austauschprogramme oder „Schnupper-Visa“ für Arbeitssuchende aus dem globalen Süden. Die Idee eines „Spurwechsels“ für abgelehnte Asylbewerber:innen hat es sogar in die laufenden Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer neuen Mitte-Links-Regierung in Deutschland geschafft. Vielleicht bricht ja tatsächlich, wie Robert Habeck es ausgedrückt hat, eine „Zeit der Fantasie“ an.<



Vallecito (Faya) – Symbol der Hoffnung

Eine neu gegründete Garífuna-Gemeinde in Honduras trotz dem neoliberalen Landraub und der libertären Dystopie total kapitalistischer Privatstädte. Von Jessica Fernandez Norales und Randolpho Garcia





Die Garífuna sind ein Volk mit indigenen und afrikanischen Ursprüngen. Sie leben seit 1797 in der mittelamerikanischen Karibik, nachdem sie im 16. und 17. Jahrhundert für ihre Territorien auf der Insel St. Vincent auf den Kleinen Antillen gekämpft hatten. Dort widerstanden sie etwa zwei Jahrhunderte lang der versuchten Enteignung durch das englische und französische Imperium. Die Garífuna sind also seit Beginn ihrer Geschichte durch Widerstand, Überleben und Kampf gegen strukturellen und institutionellen Rassismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen gekennzeichnet. Sie kämpften stets für das Recht auf Land, die Bewahrung und Anerkennung der kulturellen Identität sowie für die Durchsetzung ihrer Rechte.

Auch in Honduras wurden den Garífuna-Gemeinden in den letzten Jahrzehnten Tausende Hektar Land genommen – für Tourismus-Anlagen und Monokulturen afrikanischer Ölpalmen. Für die Garífuna gehören Territorium und Identität eng zusammen. Ihre Verbundenheit mit dem Meer beschränkt sich nicht auf seine Nutzung zur Erholung oder als Einkommensquelle; es ist ein wesentlicher Bestandteil der Gedankenwelt, des Wissens und der spirituellen Riten der Gemeinschaft. Der Raub der Küstengebiete ist daher ein Angriff auf ihre Sprache und Traditionen, auf ihre Lebensweise und Weltanschauung, eine Bedrohung für die Existenz des Volkes der Garífuna.

Das ZEDE-Gesetz – ein wirtschaftliches Projekt, das Lebensformen zerstört

Der honduranische Staat brachte in den letzten Jahren verschiedene Gesetze und Projekte auf den Weg, die die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im Sinne eines extraktivistischen Modells fördern sollen, also zugunsten der Ausbeutung von Rohstoffen, Energiequellen und touristisch verwertbaren Naturgütern. Besonders umstritten sind dabei die sogenannten *Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung* (ZEDEs). Dabei handelt es sich um private Städte innerhalb des Staatsgebiets, die befugt sind, ihre eigene Politik und eigenen Gesetze festzulegen, um in- und ausländische Investor*innen anzuziehen.

Da sie in dem Gesetz für die ZEDEs eine Bedrohung für die nationale Souveränität sahen, erklärten es vier Richter des Obersten Gerichtshofs von Honduras im Jahr 2012 für verfassungswidrig. Der Kongress entließ die Richter daraufhin in einem irregulären Verfahren und ersetzte sie durch andere, die die Verfassungsänderungen billigten und den Weg frei machten für das neue Regelwerk.

Mit der Verabschiedung des ZEDE-Gesetzes 2013 wurden mehrere Zonen im honduranischen Küstengebiet ausgewiesen für ZEDE-Projekte, die fast alle von Ausländer*innen aus Europa und Nordamerika geleitet werden. Sie gehören zu weltweit aktiven Netzwerken, die anti-demokratischen, rechts-libertären Ideologien anhängen. In der völkerrechtlich verbindlichen Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) ist das Recht indigener Völker auf das Land, das sie traditionell bewohnt haben, verankert. Ebenso findet sich hier auch das Recht auf eine freie, vorherige und informierte Konsultation vor der Entwicklung von Projekten, die indigene Gemeinschaften betreffen. Weder für das ZEDE-Gesetz selbst, noch für die Ausweisung der Zonen, noch für die Planung konkreter Projekte war und ist das der Fall.

Die ZEDEs sind ein wirtschaftliches Projekt. Sie haben aber auch eine starke politische und soziale Konnotation, die Klassenunterschiede verstärkt, da sie Privilegien für private Unternehmen, Industrien und verschiedene ausländische und nationale Investor*in-

nen gewähren und so eine neue und mächtigere, neoliberale Elite in Honduras installieren. All dies geschieht durch die gewaltsame Vertreibung von Menschen und Gemeinschaften aus den Gebieten, die sie seit Jahrhunderten bewohnt haben.

So heißt es beispielsweise in Artikel 6 des ZEDE-Gesetzes, dass „Dritten das Eigentum, die Nutzung und der Besitz des Landes, das sie innehaben, ohne Berücksichtigung der Nationalität gestattet werden muss.“ Das bedeutet, dass Investor*innen gegenüber der lokalen Bevölkerung deutlich im Vorteil sind. Darüber hinaus wird in Artikel 25 darauf hingewiesen, dass die ZEDEs Grundstücke mit geringer Bevölkerungsdichte im Auftrag des Staates Honduras verwalten und der Staat die Grundstücks- und Immobilieneigentümer nach vorheriger Entschädigung enteignen kann. Außerdem können die ZEDEs Immobilien und Grundstücke enteignen, wenn es Widerstand gegen den Verkauf gibt. Ebenso ist der Staat befugt, Eigentum zu enteignen, das er aus Gründen des „öffentlichen Nutzens oder der Notwendigkeit“ für die Entwicklung oder Erweiterung dieser Zonen für erforderlich hält. Auf diese Weise werden die internationalen Konventionen und Verträge zum Schutz des Gemeineigentums und des angestammten Territoriums der Garífuna unterlaufen. Dies bringt die Territorien der Garífuna im gesamten Staatsgebiet in Gefahr.

Richter des Obersten Gerichtshofs von Honduras erklärten das Gesetz für die ZEDEs für verfassungswidrig

Die Kosmovision der Garífuna beruht auf dem überlieferten Wissen um den Erhalt der Territorien und der Ökosysteme, die sie umgeben. Sie drückt sich aus in auf die Vorfahren bezogenen Traditionen und Praktiken. Ihre Weltanschauung ist der Idee der kapitalistischen, individualistischen und ausbeuterischen „Entwicklung“ der

Libertären völlig entgegengesetzt, die maßlos voranschreitet, in der Annahme, Ressourcen seien unbegrenzt. Das zerstört nicht nur die Gemeingüter, es bedroht auch das Leben aller Menschen und gefährdet elementare Dinge wie Ernährungssouveränität und Gesundheit. In der Garífuna-Philosophie geht es hingegen um Harmonie und Gemeinschaftsleben als überlebenswichtige Elemente und um die Gemeingüter als Element, das geachtet und bewahrt werden muss.

Vallecito, eine Garífuna-Gemeinde
als Gegenbeispiel zu totalcapitalistischen ZEDES

Vallecito (Faya in der Sprache der Garífuna) ist ein angestammtes Garífuna-Territorium, in dem heute aus der Kosmvision der Garífuna Lebensentwürfe für Gesundheit, Ernährungssouveränität und Bildung für alle Garífuna gewoben werden. Aber mehr noch ist Vallecito ein Symbol der Hoffnung inmitten der ständigen Bedrohung und Verfolgung, denen die Garífuna in Honduras ausgesetzt sind. Der Ort steht für die Freiheit und die Autonomie, die im Laufe der Geschichte der Garífuna grundlegende Merkmale ihrer Lebensweise waren. Und er wurde aus den Händen von Unternehmer*innen befreit, die sich das Land illegal für Monokulturen mit afrikanischen Palmen und als Umschlagplatz für Drogentransporte angeeignet hatten.

Die Rückgewinnung des Territoriums von Vallecito war ein jahrzehntelanger von den Leitungspersonen der Garífuna initiiertes Widerstandskampf. Garífuna bearbeiteten und bepflanzten das brachliegende Land, was Angriffe, Drohungen und Verfolgung nach sich zog. Immer wieder drangen in der Gründungszeit der Siedlung Paramilitärs im Dienste von Drogenhändlern in das Gemeindegebiet ein und versuchten mehrere Wochen lang, die Garífuna mit Schüssen einzuschüchtern. Ohne Erfolg. Gemäß der Tradition hatten die Garífuna ihre Ahnen mit Trommeln, Weihrauch, Musik und Gesängen im Rhythmus des spirituellen Tanzes gerufen. Er erklang tage- und nächtelang und vermittelte Kampfgeist. So konnte Druck auf die honduranische Regierung ausgeübt werden, um schließlich eine Neuvermessung des Gebietes zu erwirken. 2012 bestätigte das Nationale Agrarinstitut endlich: Die 2.500 Hektar Land gehören den Garífuna.

Bevor in Vallecito Häuser errichtet wurden, gab es Solidaritätscamps mit Teilnehmenden aus Honduras und dem Ausland. Mehrere landwirtschaftliche Brigaden unterstützen außerdem seit 2013 den Aufbau der Gemeinde. Dass die Menschen in Vallecito auf das Leben setzen, spürt man sofort: durch die Trommeln,

die Schreie, die Spiele der Kinder und Jugendlichen mit ihrem hoffnungsvollen Lächeln; durch die Gemeinschaftsküche als Teil der kollektiven Arbeit von Männern und Frauen; durch die Aussaat und den Anbau. Inmitten der Hitze, die manchmal 45 Grad erreicht, arbeiten Frauen und Männer mit der Machete in der Hand, um Hoffnung und Freiheit zu säen. Dabei ist die Arbeit auf den Feldern kein Spaß, denn es gilt,

Beikräuter zu jäten und die Gärten zu pflegen, in denen Maniok, Bananen, Chilis, Süßkartoffeln, Wassermelonen und Zitronengras angebaut werden. Und natürlich die Kokospalmen, zwischen deren Blättern der Widerstand der Garífuna so deutlich aufleuchtet. Die alten Palmarten in Vallecito trotzen nämlich dem tödlichen

Vergilben, der Krankheit, die bereits so viele Kokospalmen in Honduras ausgerottet hat.

Vallecito gegen das Geld der Weltbank und Monokulturen afrikanischer Ölpalmen

Mit der Verabschiedung des *Gesetzes zur Modernisierung der Landwirtschaft* 1992 verstärkten sich die Konzentration des Landbesitzes im Norden von Honduras und der Aufbau riesiger Monokulturen für afrikanische Ölpalmen. Bedeutsam ist hier auch das Wirken der *Weltbank*: 2009 erhielt beispielsweise die *DINANT Corporation* ein Darlehen in Höhe von 30 Millionen Dollar für die Ausweitung ihrer Palmölplantagen – in einer der konfliktreichsten Gegenden des Landes, die in eine Spirale der Gewalt geriet und heute als eines der gefährlichsten Gebiete der Welt gilt. In Honduras war der mittlerweile verstorbene Inhaber von *DINANT*, Miguel Facussé, bekannt als „Palmbaron des Todes“.

Auch das Gebiet, in dem sich Vallecito befindet, ist von riesigen Palmölplantagen eingekreist. Da es in den vergangenen Jahren zudem ein strategischer Punkt für den Drogenumschlag war, bleibt die Lage dort weiter sehr instabil und die Insel des Friedens in einem Meer der Gewalt ist ständig von außen bedroht. Immer wieder fahren bewaffnete Männer auf Motorrädern und in Autos durch die Gegend. Auch wenn die Polizei mit dem organisierten Verbrechen unter einer

Die Rückgewinnung von Vallecito war ein jahrzehntelanger Wider- standskampf der Garífuna

Decke steckt, bleibt den Garífuna nur die Möglichkeit, Anzeige zu erstatten. Und da die Sicherheitsbehörden und Menschenrechtsorganisationen wenig oder gar nichts unternehmen, müssen sie sich intern gut organisieren und ihre Vorfahren um Schutz anrufen.

Jessica
Fernandez Norales
ist Garífuna-Aktivistin und -Forscherin und Doktorandin an der Universität Lissabon

Die Bewohner*innen von Vallecito unternehmen große Anstrengungen, um zwei der traditionellen Grundnahrungsmittel der Garífuna-Küche, Yucca-Wurzeln und Kokosnüsse, wiederzugewinnen. Dagegen gibt es immer wieder Sabotageakte aus der Nachbarschaft – darunter Erben von Miguel Facussé. Sie versuchen, die Kokossetzlinge und Yucca-Pflanzungen zu zerstören, die auch für die Neubepflanzung weiterer von Garífuna bewohnten Küstengebiete bestimmt sind. Einer der beständigsten Kämpfe von Vallecito richtet sich deswegen gegen das Vieh der Nachbar*innen, das immer wieder auf die Pflanzungen getrieben wird.

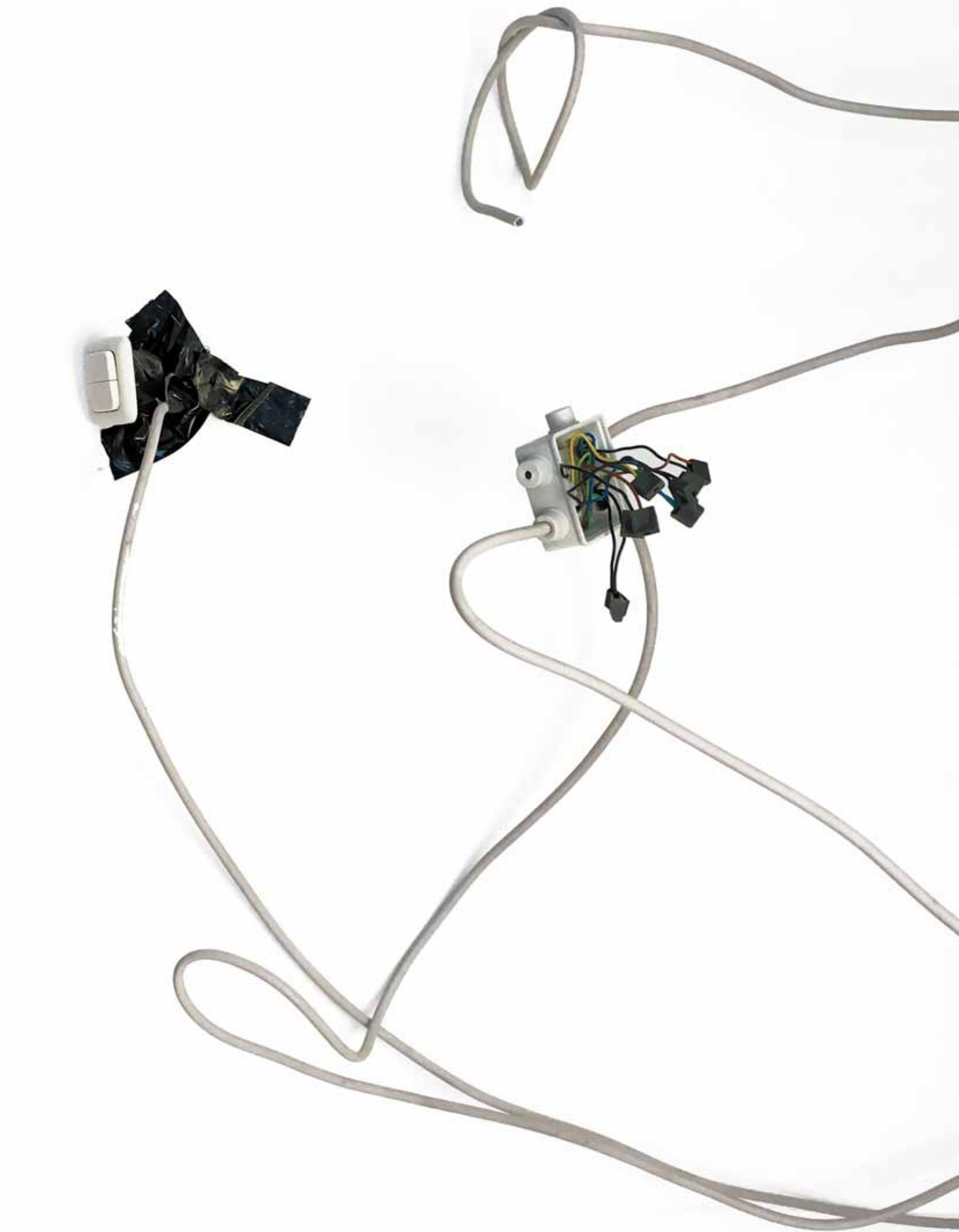
Randolfo
Garcia Sandoval
ist Garífuna-Aktivist und Doktorand am University College of Cork, Irland

Gegen all die bösen Absichten, Vallecito wieder zu übernehmen, ist Faya heute ein Garífuna-Heiligtum, das sich für das Leben einsetzt.<

*Redaktionelle
Bearbeitung:*
Caroline Mulert
Andrea Lammers

Die Autor*innen sind Mitglieder von *OFRANEH-Europa*. *OFRANEH* (Organización Fraternal Negra de Honduras) ist aktuell die wichtigste Basis-Organisation der honduranischen Garífuna. Sie setzt sich seit den 1970er Jahren für die Förderung der territorialen und kollektiven Rechte und die Verteidigung der Gemeingüter ein.

Übersetzung aus dem Spanischen:
Andrea Lammers *Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V.*, München. Das *Ökubüro* setzt sich seit knapp 40 Jahren kritisch mit den ungleichen Nord-Süd-Beziehungen auseinander und unterstützt soziale Bewegungen in den Schwerpunktländern Nicaragua, El Salvador, Mexiko, Honduras und Kolumbien solidarisch. So die Corona-Situation es zulässt, ist für 2022 eine Solidaritätsreise (Brigade) nach Vallecito geplant.



Choreografie des Klimawandels

Das zwei Tage dauernde internationale Projekt „The 2051 Munich Climate Conference“ im *Bellevue di Monaco* Ende September 2021 in München verbindet zwei scheinbar unvereinbare Bereiche: Wissenschaft und Kunst. Dazu luden die Theatermacher*innen Andreas Kohn, Benno Heisel und Theresa Spielmann Forschende und Künstler*innen aus der ganzen Welt ein, um aktuelle Erkenntnisse zum Thema Klimawandel zu präsentieren. Die Idee dabei: Ihr Blick sollte aus der Perspektive des imaginierten Jahres 2051 auf das Heute gehen – also mehr als 30 Jahre nach dem Pariser Abkommen. Was kam dabei heraus? Christine Wolfrum sprach mit zwei der Veranstalter*innen, denn Andreas Kohn, der das Mammutprojekt vor rund drei Jahren initiierte, ist gerade Vater geworden.

Warum bezieht ihr euch auf das Jahr 2051?

Benno Heisel: 2050 ist das Jahr, auf das sich Klimaschutzpolitik bezieht, seit es sie unter diesem Namen gibt. 2051 ist das Jahr danach. Der Blick zurück aus der Zukunft gilt als beliebtes Mittel in der Kunst, ob in Romanen, Filmen oder Videospielen. Auch die Wissenschaft und Politik benötigen eine Zukunftsperspektive, um überhaupt erzählen zu können, was der Stand der Dinge ist und diese Erkenntnisse anschließend an ein Publikum heranzuführen. Allen, die sich an diesem Projekt beteiligt haben, versuchten wir eine Möglichkeit zu geben, anders als üblich über das Thema Klimawandel zu reden oder sich auszudrücken.

Wie lief das ab?

Theresa Spielmann: Wir gaben keine Version der Zukunft vor, sondern setzten nur einen konkreten Rahmen: Der erste Tag spielte in einer Zukunft, in der sich die globale Erhitzung auf irgendetwas im Bereich über zwei Grad

Der Blick zurück: beliebtes Mittel in der Kunst

beläuft. Der zweite Tag war einer, bei dem die Erhitzung auf unter 1,5 Grad in der Zukunft begrenzt werden konnte. Warum diese beiden Zahlen? Das sind die, die in der Diskussion für das Jahr 2050 als

die gemeinsamen Eckpunkte immer wieder verwendet werden. Wir hatten vier Keynotes, also Impulsvorträge, jeweils am Anfang und Ende des Tages. Den Eröffnungsvortrag hielt beispielsweise Professor Saleemul Huq, unter anderem Direktor des *International Centre for Climate Change and Development* in Bangladesch, der die Europäer ermunterte, sich anzuschauen, was die Menschen in Bangladesch schon seit Jahren richtig machen, um einer tödlichen Flutkatastrophe zu entgehen, wie der im Ahrtal dieses Jahr. Adenike Oladosu, Umwelt- und Klimaaktivistin sowie Initiatorin der *Fridays for Future* Bewegung in Nigeria sprach ebenfalls. Diese und weitere Vorträge aus Wissenschaft und Kunst sowie Interviews, Diskussionen, Performances, Installationen, Arien und Musik finden Interessierte unter: <https://t2051mcc.com>. Daneben fanden Performances in Präsenz,

Musik und zahlreiche künstlerisch-politische Aktivitäten statt.

Wie passen Wissenschaft und Kunst überhaupt zusammen?

Benno Heisel: Allein die Idee: Ihr guckt jetzt aus der Zukunft zurück, verändert für mich den Rahmen. Wenn ich beispielsweise einen Vortrag ausdrücke und in eine Galerie hänge, dann ist das etwas anderes, als wenn er gebunden in einer Bücherei im Regal steht. Insofern ist es total schwer zu sagen: Da hört die Kunst auf, da fängt die Wissenschaft an. Und sobald ich auf der Bühne etwas mache, ist es auf eine Art sofort – je nachdem wie ich darauf gucke – ein Objekt der Wissenschaft oder aktive künstlerische Forschung. Oder Kunst. Beispielsweise bei einem Tanzprojekt, das von kultureller Aneignung erzählt und Wissenstransfer liefert.

Es geht aber auch darum, wer wen wie erreicht: Wie stellt man im Moment Wissenschaft dar? Welches Wissen kann welche Menschen ansprechen? Welche Rolle spielt die Wissenschaft in der Gesellschaft, beispielsweise gerade jetzt durch das relativ neue Coronavirus? Und das hat mit Performance zu tun.

Und wie sah das nun konkret aus?

Theresa Spielmann: Eines der wichtigen Grundthemen in diesen Tagen: Für wen ist eine ‚klimagerechte Welt‘ überhaupt erreichbar? Wie können Menschen gerettet werden? Ein erstes konkretes und äußerst interessantes Beispiel trug der Forscher Geronimo Gussmann aus Berlin über die Malediven vor, eine kleine Inselgemeinschaft südwestlich von Sri Lanka. Die Inselgruppe liegt rund einen Meter über dem Meeresspiegel.

Malediven, die Trauminseln, sind in Gefahr im Meer zu versinken?

Ja. Geronimo Gussmann führt aus, wie die Menschen dort daran arbeiten, das Archipel für die Zukunft sicher zu machen, also architektonisch, wirtschaftlich und sozial.

Und wie?

Indem sie beispielsweise kilometerlange Küstenbefestigungen entlang der Hauptinsel Malé bauten. Zudem gibt es Entwürfe von schwimmenden Städten in geschützten Lagunen. Wer von uns weiß, dass die Hauptstadt Malé einer der am dichtesten besiedelten Orte der Welt ist? Menschen der anderen Inseln ziehen dahin, weil es dort bessere Ausbildung und Arbeit gibt, nicht jedoch aufgrund des Klimawandels. Der ist wichtig, aber niemand handelt deswegen. Was der Wissenschaftler klar zeigt: Auf den Malediven läuft vieles

Es geht darum, wer wen wie erreicht

falsch, weil man vor allem vom Tourismus und Fischfang abhängig ist, zwei äußerst fragile Bereiche. Was, wenn die Meere leergefischt sind und die Touristen ausbleiben? Politischer Klientelismus gehört dort zum Alltag: Gibst du mir deine Wahlstimme, erhältst du finanzielle Unterstützung. Bei seinem Blick zurück aus dem Jahr 2051 fordert Gussmann unter anderem, das

fehlende Wissen für natürliche langfristig funktionierende Lösungen zu stärken, etwa Mangroven anbauen. Dazu bessere demokratische Institutionen aufbauen, um Klientelismus zu verringern.

Wissen allein genügt also nicht. Der Mensch braucht Bilder, um zu begreifen und dann zu handeln?

Benno Heisel: Da möchte ich gerne die Vielfalt, die es hier in den zwei Tagen gab, hervorheben, zum Beispiel welche Bilder werden benutzt? Welche Bilder müssten benutzt werden, um mit der Klimakrise zurande zu kommen?

Und welche sind das?

Das ist das Zentrale: Keines, das schon existiert. Es gibt gesamtgesellschaftliche Ereignisse, die sich in bestimmten Bildern kristallisieren. Sei es der Engel über dem zerbombten Dresden, sei es der Fußabdruck auf dem Mond, sei es die Mauer, die in Berlin '89 einstürzte. Solch ein in unser kollektives Gedächtnis eingebranntes Bild hat die Klimadebatte noch nicht gefunden. Es gab in den letzten Jahrzehnten nur wiederkehrende Klischees, etwa Eisbären auf Schollen, kalbende Gletscher, Eindrücke, die inzwischen fast zu einer Bedrohung geworden sind, weil sie so vertraut sind.

Geht man einen Schritt weiter, finden sich Beiträge, die sich im Grenzbereich zur künstlerischen Arbeit bewegen oder direkt künstlerische Arbeiten sind. Für uns, die wir aus dem Theaterbereich kommen, ist es wichtig zu



Diana Marie Müller und Robert Spitz, zwei Performance Performer*innen im Innenhof des Bellevue di Monaco: Zwei Personen aus einer Zukunft, die gerade in unserer Gegenwart gelandet sind. Warum ist nicht klar: Welches Jahr haben wir überhaupt? Welcher Ort ist das hier? Beide erhoffen sich Antworten von den Zuschauer*innen. Kameramann Moha Ebrahimi (links) nimmt alles auf.

sagen: Kunst hat in diesem Kontext eine Rolle zu spielen! Etwa Kunstwerke, die sich mit dem Klima beschäftigen, wie das Tanzstück „The Drying Prayer“ des tschadischen Choreografen Taigué Ahmed.

Worum geht es in diesem Tanztheater?

„The Drying Prayer“ bezieht sich konkret auf den Tschadsee, der als das Herz der Sahelregion gilt, einer der wichtigsten Brennpunkte von Flucht und Vertreibung auf der Welt. Aufgrund des Klimawandels trocknet dieser See aus und das wiederum destabilisiert die gesamte Region. Bei diesem transkontinentalen Brückenschlag im Tanz treffen zeitgenössische Bewegungsabläufe auf traditionelle – Hip Hop auf den Urban Dance Style Coupé-Decalé. Es ist eine Geschichte der Anklage und der Selbstermächtigung. Vor Kurzem lief es auf dem Spielart Festival in München, aber auch an anderen Orten.

Habt ihr Videos gezeigt oder trat das Tanzensemble real auf?

Theresa Spielmann: Wir zeigten Videos von den Proben, denn das Stück hatte erst nach unserer Konferenz Premiere. Taigué Ahmed war zu der Zeit noch in der Tschadregion. Deshalb führten wir anschließend ein Interview über Zoom mit ihm und der Dramaturgin Sarah Israel.

Tanz kommt ohne Worte aus. Könnt ihr trotzdem etwas zu der Aufführung, den Proben sagen?

Benno Heisel: „The Drying Prayer“ basiert auf Recherchen vor Ort, Begegnungen mit der Bevölkerung und mit Menschen, die als Geflüchtete dorthin gekommen

sind unter ständiger Bedrohung durch die Boko Haram und andere islamistische Milizen. Nicht nur von dort droht Gefahr. Teilweise sind die staatlichen Armeen der Anrainerstaaten selbst ein Problem für die Bevölkerung vor Ort. Daraus wurde dann nicht nur tänzerisch Bewegungsmaterial erarbeitet und die Dramaturgie des Abends, sondern auch Tonaufnahmen produziert, teils gesoundtrackt, nach denen die Künstler in

Zwei Arien, die auf Daten von Flutwellen aus Alaska basieren

einer Bearbeitung des in Montréal lebenden Musikers DJ Caleb Rimbobaye/AfrotroniX, einem Weltstar des Afrobeats, tanzten.

Ein Tanzabend, der einerseits Menschen in Bezug bringt und aus dem Leben in dieser Region erzählt. Zugleich verweigert sich dieses Stück der klassischen europäischen Erzählung von armen, hungernden Menschen in Afrika, die auf Hilfe angewiesen sind.

Kann ich mir diese Produktion noch anschauen?

Jetzt ist sie erst mal vorbei. Erfahrungsgemäß kommt so eine Produktion wieder zu Festivals. Das Interview dazu und den Trailer kann man sich auf unserer Website (<https://t2051mcc.com>) angucken.

Waren denn auch die bildenden Künste vertreten?

Theresa Spielmann: Ja, wir hatten beispielsweise einen Beitrag der Medienkünstlerin Claudia Robles-Angel aus Köln. Installative Kunst, die sich mit Flechten befasst. Weil wir das im Bellevue nicht stattfinden lassen konnten, gibt es ein Video zusammen mit einem Vortrag dazu von ihr. Beeindruckend auch die Arbeit von Sara

Nance aus Dallas, Texas, Dozentin für interdisziplinäre Kunst. Kunst und Wissenschaft sind in ihrem Werk, wie bei Claudia Robles-Angel, untrennbar. Mit „shroud for an ancient sea“ hat sie zwei Arien geschrieben, die auf Daten von Flutwellen aus einer Region in Alaska basieren. Diese wissenschaftlich gesammelten Küstenbe-

wegungen hat sie in Arien übersetzt. Sara Nance arbeitet an der Schnittstelle zwischen geologischen Prozessen und menschlicher Erfahrung.

Nie hätte ich gedacht, dass Kunst und Wissenschaft so gut zusammenpassen.

Benno Heisel: Für mich ist dieses Zusammenspiel sehr natürlich, weil ich schon immer dokumentarisch künstlerisch gearbeitet habe. Da gibt es keine nennenswerte Unterscheidung für mich. Trotzdem sind die Wege ein Publikum zu erreichen sehr unterschiedlich.

Was passiert mit all dem wichtigen und tollen Material?

Gerade arbeiten wir an einem Konferenzband. Auch das Material auf <https://t2051mcc.com> möchten wir so aufbereiten, dass es im



Schauspielerin Isabelle Cohn mit ihrer spontan improvisierten Performance auf dem luftigen Dachsportplatz des Bellevue di Monaco in München

Idealfall bis 2051 verfügbar sein wird.

Und was meint ihr?

Wie werden die Menschen im Jahr 2051 auf uns heute zurückblicken?

Benno Heisel: Das liegt stark an uns: Wenn wir es jetzt nicht schaffen, die entsprechenden Weichen zu stellen, dann blicken wir vielleicht gar nicht mehr zurück. Aber es besteht zumindest durchaus die Hoffnung, dass, wenn man jetzt direkt politisch aktiv wird, die Menschen später auf heute zurückblicken und sagen: Das war die Zeit, auf die es angekommen ist. Das war die Wasserscheide. Und in welche Richtung wir die Welt jetzt wenden, ist die Hauptfrage. Davon ausgehend sind sehr viele verschiedene Arten von Zukunft denkbar, auch sehr katastrophale.

Theresa Spielmann: Was mir nur gerade durch den Kopf geht, ist, dass ja auch die Zukunft für jede und jeden anders aussehen kann. Wir denken beim Klimawandel oft gar nicht mit, dass wir im globalen Norden vielleicht einfach noch viel mehr Glück haben können, weil wir noch nicht so sehr darunter leiden wie der globale Süden. Auch wenn wir es bereits merken. Wenn alles schlecht läuft, kann es sein, dass es eine Elite gibt, der es gut geht, alle anderen leben am Existenzminimum. Die Zukunft kann in ganz viele Richtungen laufen. Wie Benno gesagt hat, es kann also ein frustrierter Blick auf das Jetzt sein, weil wir alle Möglichkeiten haben, alles zu ändern und es nicht getan haben. Oder doch noch die Kurve gekriegt haben. Es liegt tatsächlich an der Gegenwart, wie wir zurückblicken werden.<

Benno Heisel
ist Theatermacher in München und hat dort das Theater HochX mit aufgebaut. Er arbeitet als Musiker, Autor, Regisseur und Dramaturg

Theresa Spielmann
lebt gerade in England und macht ihren Research-master an der Warwick University. Dabei beschäftigt sie sich vor allem mit Theater und Klimawandel

Diese Momentaufnahme haben wir von unserer ehemaligen Redakteurin Andrea Stickel für diese Ausgabe bekommen. Sie zeigt ein temporäres Straßenschild, das an den Ramersdorfer Gemüsehändler Habil Kılıç erinnert, der 2001 brutal vom NSU ermordet wurde. Zehn Jahre danach ist sogar das sichtbare Erinnern an die Opfer von rechtem Terror noch Utopie.



Utopie im Hinterland

Von iz3w

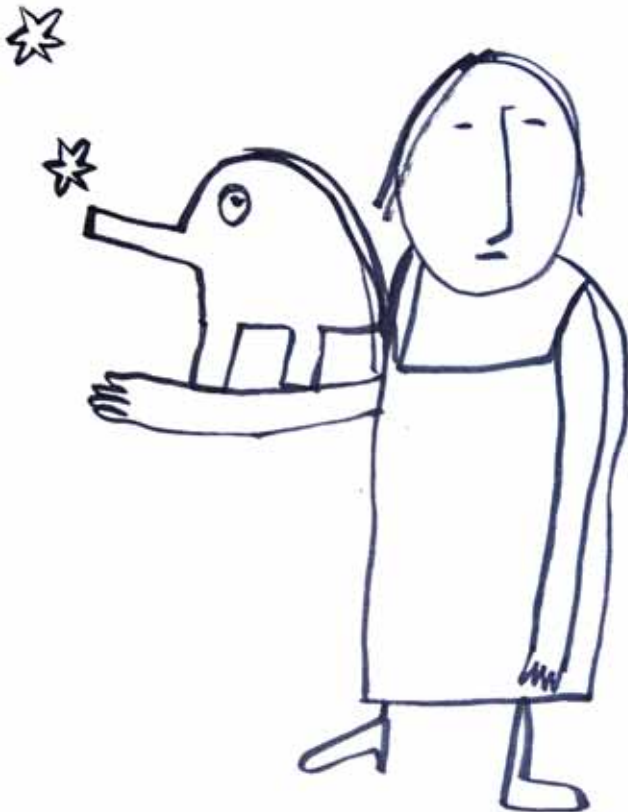
Die Utopie vom Krokodil
Heißt: Viel Fisch im Nil.
Die Utopie vom Hecht:
Dem Krokodil ist schlecht.
Die Krux der Utopie:
Was und wer vertritt sie?

Hinter Wiesen, Wäldern, Bergen
Hinterm Wald mit sieben Zwergen
Finden wir im *Hinterland*
Einen Fluss aus dessen Quelle
Sprudelt fünfzigfach die helle

Utopie vom *keinen Land*
Von Flächen ohne Grenzenrand.

Nochmal fünfzig der Geschichten
Werden es abschließend richten:
Jehova legt den Biergarten zu Eden an
Der wächst zum Weltenparadies heran.
Und lange schallt's im Garten noch:
Die *Hinterland*, sie lebe hoch!

Herzlichen Glückwunsch
zur 50. Ausgabe der *Hinterland*:
Eure iz3w!





We need bridges that connect, not the walls that separate

Eine Mauer soll um das Geflüchtetenlager Ritsona gebaut werden, und den Ort endgültig zu dem machen, was er bereits ist: ein Gefängnis, dessen Insassen kriminalisiert und abgeschnitten von der Welt aller menschlichen Grundrechte beraubt sind. Doch warum regt sich kein Widerstand? Mit ihren *Letters to the world from Ritsona* bringt Parwana Amiri die Stimmen Geflüchteter aus dem griechischen Lager in alle Welt. Dies ist Brief Nummer 20. (Die deutsche Übersetzung findet ihr unter www.hinterland-magazin.de)

A few days ago, I woke up as usual and got ready to go to my class. As I walked along, I noticed some bulldozers and many workers working by the back gate, constructing something. They had already laid down some long, red metal rods. When I asked them about them, they told me that they were going to build a wall all around the camp. They also told me that wall would be 3 meters high and the project would finish in a month.

The Ritsona camp has been an open structure for years. It should not, under any circumstance, become a closed structure. This assertion is not based on a theoretical and idle consideration of the concept of detention. It is based on the paramount concept of social integration as a policy and aspiration for immigrants and refugees. A closed camp not only makes the goal of integration with the local society impossible, it also violates the most basic human rights of the inhabitants of the camp and deprives them of that minimum freedom of movement they have had. The people of Ritsona have not committed any crime for which they need to be kept apart from the rest of the world around them. The people of Ritsona need to be seen and acknowledged in their humanity and the rights that derive from their humanity.

Silence reigns in the camp. The only preoccupation of all the people relates to their interviews and the process of their asylum applications. Very few of them, if any, know about the construction of the wall. No announcement has been made in this regard. What they might be aware of is that the minister of immigration, Mitarachi, has declared that only the camps on the Greek islands will become closed structures.

The money spent on the construction of walls could be used, instead, to make a better life for those living in the camps, a life that safeguards the integrity and dignity of the people. It could be used to cover their medical needs, their educational needs, their psychological needs. There is no justification for walls that imprison and stigmatise those who, leaving behind threatening existences, sought refuge in this country.

These walls should never become a reality. We should not become prisoners with no offence or crime. We should all come together and, united, stand up against it.

Give us your support. Give us your solidarity. Don't allow them to cut us off. Don't accept this indignity of exclusion, of violation of rights, of injustice.<

Parwana Amiri, *eine junge afghanische Frau, verbrachte Monate im völlig überfüllten Flüchtlingslager Moria, bevor sie mit ihrer Familie in das kleinere Lager Ritsona aufs Festland ziehen konnte, weil ihr Vater schwer erkrankte. Sie veröffentlicht Geschichten über Menschen, die in den Lagern in Moria und Ritsona leben müssen, unter anderem in den Büchern „Der Olivenbaum und die alte Frau“ sowie „My pen won't break, but borders“. Weitere Texte findet ihr hier:*

<http://birdsofimmigrants.jobspace.net/>



Österreich will Musa nicht

2016 trafen Helena und Jonas, ein junges österreichisches Paar, Musa, einen damals 15-jährigen Asylbewerber aus Pakistan, an einem Bahnhof in Wien. Musa war wenige Monate zuvor in Österreich angekommen und versuchte, sich im öffentlichen Verkehr der Stadt zu orientieren. Von Usman Mahar. Übersetzt von Julis Koch und Martin Sökefeld

Helena und Jonas hatten nie zuvor mit einem Asylbewerber gesprochen. Als sie Musa ihre Hilfe anboten, waren sie von seiner Freundlichkeit überrascht und tauschten ihre Telefonnummern aus. Bald schon begannen sie Musa dabei zu unterstützen, sich in Österreich zurechtzufinden. Schnell merkten beide, dass Musa die Gemeinschaftsunterkunft, in der er wohnte, nicht guttat, und boten ihm ein Zimmer in ihrer Wohnung an, sobald ihm erlaubt wurde, die Unterkunft zu verlassen.

Als mich das Paar Anfang 2021 kontaktierte, war Musa ein Mitglied ihrer Familie geworden. Verzweifelt schickten sie mir eine E-Mail: Musas Asylantrag war am Tag zuvor per Gerichtsentscheidung endgültig abgelehnt worden. Die Ablehnung ließ ihm nur zwei Möglichkeiten: selbst auszureisen, oder abgeschoben zu werden.

„Wir sind fassungslos“, schrieben Helena und Jonas. Sie konnten nicht glauben, dass Musa, der sich so bemüht hatte, Teil der österreichischen Gesellschaft zu werden, Asyl verweigert wurde. „Musa ist ein unglaublich besonnener, ehrlicher und herzlicher junger Mann. Er ist geduldig und offen für alles (Religion, Politik, Geschlechterfragen und so weiter). Es ist unglaublich, wie gelassen er jahrelang mit der aufreibenden Situation als Asylsuchender umgegangen ist.“ Sie fragten mich um Rat, weil ich ein Ethnologe aus Pakistan bin, der in Deutschland über ‚freiwillige‘ Rückkehr und Abschiebung nach Pakistan arbeitet. Wegen des großen Einflusses der Rechtsextremen, die Rassismus und Ausländerhass schüren, haben Migrant*innen wie Musa große Schwierigkeiten, in Österreich Aufenthaltsrecht zu bekommen.

Musa hatte alles getan, was in seiner Macht stand

Aufgrund wachsender Xenophobie und Islamfeindlichkeit ist die Situation von Asylbewerber*innen und Immigrant*innen in Österreich ähnlich schwierig wie in anderen Teilen Europas. So leben in Deutschland viele Pakistaner*innen oder Afghan*innen in derselben Situation wie Musa. Unter anderem wegen des Drucks von rechts schieben die Behörden auch hier gut integrierte Menschen ab, wenn sie nicht ‚freiwillig‘ das Land verlassen.

Warum sollte man ihm das Aufenthaltsrecht verweigern?

Als wir uns später auf Zoom trafen, erzählten Helena und Jonas, dass sie all die Jahre geglaubt hatten, dass man sich nur um die Integration der Asylsuchenden bemühen müsse. Fast überall in Europa zielt die

Integrationsrhetorik vor allem auf Migrant*innen aus muslimischen Ländern, die oft als Menschen mit ‚unvereinbaren‘ kulturellen Werten wahrgenommen werden. Sie dachten, wenn Musa ein ‚guter Österreicher‘ werde, warum sollte man ihm dann das Aufenthaltsrecht verweigern? Musa hatte hart gearbeitet, um innerhalb eines Jahres Deutsch zu lernen und in zwei Jahren die Sekundarschule abzuschließen. Danach besuchte er eine Berufsschule und machte eine zweijährige Ausbildung zum Pflegeassistenten, die er dieses Jahr abschließen wollte. Er hatte gehofft, dann eine Stelle in der Pflege zu finden, einer Branche mit großem Arbeitskräftemangel, auch in Österreich.

Musa hatte also alles getan, was in seiner Macht stand, betonten Helena und Jonas. Ihrer Meinung nach hatte

er bewiesen, dass er das Aufenthaltsrecht in Österreich verdient. Aber nach all diesen Anstrengungen entschied das österreichische Asylsystem, ihm einen Schutzstatus zu verweigern, weil er aus einem so genannten sicheren Herkunftsland kam. Er erhielt auch kein Arbeitsvisum, weil er angeblich das Asylsystem ausgenutzt hatte. Musa war nun ein „vollintegrierter Österreicher“, sagten Helena und Jonas – ein Österreicher, „den das Land braucht, aber nicht will“.

Ein Niemandsland ohne Infrastrukturen

Um zu verstehen, warum Musa Asyl suchte, muss man mehr über die Region wissen, aus der er kam: den Khyber-Distrikt, ehemals die Khyber-Agency, an der Grenze zwischen Pakistan und Afghanistan. Bis vor Kurzem war dieser Distrikt noch Teil der so genannten Federally Administered Tribal Areas (FATA, föderal verwaltete Stammesgebiete). Talat Masood, ein pensionierter General und politischer Analyst, beschreibt diese Gebiete als Niemandsland. Seit der Unabhängigkeit Pakistans 1947 vernachlässigte der Staat diese Art Stammesgebiete völlig. Die Region und ihre Bevölkerung litten unter dem sowjetisch-afghanischen Krieg in den 1980er Jahren genauso massiv, wie später unter dem US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror“ nach dem 11. September 2001. Seit 2014 führte die pakistanische Armee in diesen Gebieten Krieg, um verbotene militante Gruppen wie die pakistanischen Taliban und Al-Qaida von dort zu vertreiben, die sich in den frühen 2000er Jahren aus Afghanistan dahin zurückgezogen hatten. 2018 vereinigte Pakistan diese Stammesgebiete schließlich mit der Provinz Khyber-Pakhtunkhwa, angeblich, um diese schwer zu kontrollierende und geopolitisch bedeutsame Region zu stabilisieren.

Gegenwärtig führt die pakistanische Armee ihre dritte militärische Operation im Khyber-Distrikt durch. Der pakistanischen Regierung zufolge ist diese Operation „R'add-ul-Fasaad (auf Urdu, wörtlich „Beseitigung des Konflikts“) die letzte in einer Reihe von mehreren militärischen Interventionen seit 2014. Eine gewisse ‚Befriedung‘ des Gebiets wurde erreicht, aber die Jahre des Konflikts zwischen bewaffneten Gruppen und der Armee haben viele Menschen das Leben gekostet und unzählige Häuser, Schulen, Straßen sowie andere wichtige Infrastrukturen zerstört. Diese komplizierten Konflikte entlang der afghanischen Grenze vertrieben mehr als fünf Millionen Menschen.

Musa verlor seine Brüder

Und das führt uns zurück zu Musa. Hätten sein Vater und sein Onkel nicht dafür gesorgt, dass er und zwei seiner Brüder aus dem Land fliehen konnten, wäre er entweder einer dieser Binnenvertriebenen oder, schlimmer noch, getötet worden. Im Alter von 14 oder 15 Jahren fing seine beschwerliche Reise von Pakistan über Afghanistan, den Iran, die Türkei, Griechenland und die Balkanländer an. Ein Agent, den sein Vater und sein Onkel beauftragte, wies ihn und seine Brüder an, nach Deutschland zu reisen. Aber Musa verlor seine Brüder auf der viele Monate dauernden Reise.

Die meisten meiner Gesprächspartner*innen kamen über diese Route nach Europa, und so habe ich viel von den Schrecken gehört, denen sie sich dabei aussetzten. Zum Beispiel endloses Warten in Verstecken in sengender Wüstenhitze oder auf eisigen Bergpässen, um Grenzen aus Stacheldraht zur rechten Zeit zu überqueren, wenn die Patrouillen unaufmerksam oder abwesend sind. Wer als Migrant*in in den Grenzgebieten entdeckt wird, muss damit rechnen, schwer verprügelt und zurückgeschickt zu werden. Manchmal werden Migrant*innen auch getötet.

Mit 15 Jahren musste er sich im europäischen Asylsystem zurechtfinden

Einen von Musas Brüdern fassten Grenzpolizisten im Iran, den anderen in der Türkei. Beide älteren Brüder, damals 26 und 22 Jahre alt, schob man bald darauf nach Pakistan ab. Als Musa 2015 allein und erschöpft Österreich erreichte, hatte er den Willen verloren, weiterzuziehen, stellte sich der österreichischen Polizei und bat um Asyl.

In Österreich sah sich Musa mit anderen Herausforderungen konfrontiert – vielleicht nicht so gefährlichen wie den Risiken, denen er sich auf seiner Reise aussetzte, aber nicht weniger entmutigenden. Mit 15 Jahren musste er sich im europäischen Asylsystem zurechtfinden, mit der Grundausbildung eines Koranschülers, der einzigen Form von Bildung, zu der die Menschen in seinem Dorf Zugang erhielten. In seiner Flüchtlingsunterkunft hatte er zunächst kaum Kontakt zu Österreicher*innen.

Helena und Jonas erkannten:
Integration reicht nicht aus

Ab dem Umzug zu Helena und Jonas verbesserten sich sein soziales Leben und seine psychische Gesundheit. Zu diesem Zeitpunkt war sein Aufenthaltsstatus sein größtes Problem. Nachdem Musas Asylantrag mehrfach abgelehnt worden war, verloren Helena und Jonas den Glauben an das österreichische Asylsystem. Sie erkannten, dass Integration nicht ausreichte, um Musa ein sicheres Zuhause im Land zu garantieren. Bei der letzten Anhörung, an der sie teilnahmen, beschlich Helena und Jonas das Gefühl, dass einige der Fragen der Richterin voreingenommen waren und sie kaum versuchte, Musas Situation und den gesellschaftspolitischen Kontext Pakistans zu verstehen. Anstatt Musas Bemühungen um Integration und Bildung zu würdigen, stellte die Richterin Musas Behauptung in Frage, er habe in Pakistan nur eine Koranschule besucht. Die Richterin sagte, Musa sei aus einem "sicheren Land" gekommen, in dem jeder Mensch eine angemessene Ausbildung erhalten könne.

Usman Mahar
ist Ethnologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Sozial- und Kulturanthropologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

„Wir sind davon überzeugt, dass Musa von der Richterin ungerecht behandelt wurde und dass das Urteil willkürlich ist“, schrieben sie mir daraufhin. „Die Gerichtsverhandlung war (unserer Meinung nach) eine Farce.“ Das Engagement von Helena und Jonas für ihren Gast und gleichzeitig Familienmitglied berührte mich zutiefst. Ich konnte ihnen zwar nur wenige Ratschläge geben, aber ich vermittelte ihnen den Kontakt zu Bekannten, die bei der Europäische Kommission arbeiten und ihre Unterstützung anboten. Ich wusste, dass Pakistaner*innen in Musas Situation oft ohne Papiere innerhalb Europas weiterziehen, um einer Abschiebung zu entgehen. Aber davon riet ich ab, weil dieser Weg für Musa, der schon so viel Leid erlebt hat, gefährlich sein würde.

Damit blieb Musa nur noch eine Möglichkeit: Die Forderung der österreichischen Regierung zu akzeptieren und ‚freiwillig‘ nach Pakistan zurückzukehren. Dies würde es ihm theoretisch ermöglichen, in Pakistan ein Arbeitsvisum zu beantragen, damit er auf legale Weise nach Europa zurückkehren könne. Aufgrund eigener Erfahrungen mit mehreren europäischen Botschaften in Pakistan wusste ich allerdings, dass es nicht einfach sein würde, ein Visum für ein EU-Land zu erhalten.

Zu den meisten europäischen Botschaften haben Pakistaner*innen keinen Zugang

Pakistaner*innen aus privilegierten Schichten oder diejenigen, die wie ich in spezialisierten Bereichen arbeiten und als ‚hochqualifiziert‘ eingestuft werden, können vergleichsweise einfach reisen. Der und die Durchschnittspakistaner*in muss jedoch, um es mit den Worten des Philosophen Achille Mbembe zu sagen, „endlose Wartezeiten und Demütigungen in den Konsulaten“ in Kauf nehmen, die die Migration mit bürokratischen Fallen verhindern wollen. Wie im Nachklang kolonialer Separation befinden sich in der pakistanischen Hauptstadt Islamabad die meisten europäischen Botschaften in der „diplomatischen Enklave“, die Pakistaner*innen ohne Voranmeldung nicht einmal betreten dürfen.

Das Urteil ist willkürlich, die Gerichtsverhandlung eine Farce

Trotz all dieser schwierigen Umstände könnte die Geschichte von Helena, Jonas und Musa doch noch ein Happy End haben. Zuletzt hörte ich, dass sie nach vielen E-Mails endlich mit einem hochrangigen Beamten des Österreichischen Außenministeriums in Kontakt gekommen sind, der ihnen zusicherte, dass Musa zwar nach Pakistan zurückkehren müsse, seine Rückkehr nach Österreich aber so reibungslos wie möglich gestaltet werden würde. Helena und Jonas sagten mir auch, dass diese Person Musa nicht nur ihre Unterstützung zugesagt hatte, sondern auch der einfühlsamste Beamte war, mit dem sie bisher gesprochen hatten – und der damit einen Teil ihres Vertrauens in den österreichischen Staat wiederherstellte.

Es wird sich zeigen, wie Musas Schicksal in Österreich weitergeht. Solange es jedoch keine grundlegenden politischen Veränderungen im Einwanderungssystem gibt, werden die meisten Asylsuchenden und Migrant*innen weiterhin einer ungewissen Zukunft entgegensehen, vor allem jene, die nicht von so engagierten Menschen wie Helena und Jonas unterstützt werden.<

Steine im Weg

Über die Schwierigkeiten, in Deutschland einen Aufenthaltstitel zu bekommen. Über die Logik der Behörden und über eine lange Reise. Die Geschichte von Twana* und Helena*. Zusammengefasst von Jan Kavka

Die Blüten, die das deutsche Aufenthaltsrecht treibt, sind manchmal wirklich absurd. So zum Beispiel die Geschichte von Twana. Er arbeitete als Leibwächter und Fahrer für das irakische Innenministerium. Im Jahr 2013, nach einem Selbstmordanschlag des Islamischen Staates (IS) auf den irakischen Gesundheitsminister, machen Mitarbeiter*innen des Innenministeriums Fotos vom Tatort. Wie das bei Ermittlungen eben üblich ist. Auf diesen Fotos ist auch Twana zu sehen – und irgendwie landen diese Bilder auf Facebook, woraufhin er Drohbriefe und Morddrohungen erhält. Er und sein damals noch nicht einmal drei Jahre alter Sohn müssen fliehen.

Im Mai 2016 kommen beide in einer Geflüchteten-Unterkunft in Traunstein an. Dort lernt Twana Helena kennen, die dort als Ehrenamtliche arbeitet. Sie lernen sich besser kennen und heiraten im Sommer 2018. Twana lernt schnell Deutsch und arbeitet, der Sohn wird eingeschult – und dennoch erhalten sie weder eine Aufenthaltserlaubnis, noch werden sie offiziell als Geflüchtete anerkannt. Twana erhält lediglich eine Duldung. Eine Möglichkeit, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, nennt die zuständige Ausländerbehörde aber doch: Twana könne ja zurück in den Irak reisen, in Erbil ein Visum für Deutschland beantragen und dann wieder zurückkommen. Das ist doch alles ganz einfach ...

Zumindest stellt sich eine deutsche Behörde das so einfach vor. Von Deutschland aus zum Online-Vi-

sumverfahren in Erbil anmelden, kurz hinfliegen und das Visum holen. Alles ganz einfach. Oder auch nicht.

Twana bittet einen ehemaligen Vorgesetzten im Irak, der einflussreiche Kontakte zur deutschen Botschaft in Erbil hat, um Hilfe bei den Visaangelegenheiten – und dieser verspricht ihm zu helfen, sobald Twana im nordirakischen Sulaymaniyah sei. Also fliegt Twana Mitte Oktober 2019 in den Irak. Er und seine Frau rechnen damit, sich nach zwei bis drei Wochen wiederzusehen. Doch aus dem Versprechen des ehemaligen Vorgesetzten wird nichts. Im Gegenteil. Er will nicht, dass Twana wieder nach Deutschland zurückkehrt, sondern will ihn dazu bringen, wieder für die irakisch-kurdische Regierung zu arbeiten.

Währenddessen versucht Helena in Deutschland, ihrem Mann zu helfen. Ende Januar 2020 erfährt sie über einen Anwalt, dass die Visa-Auflagen der bayerischen Behörden nicht zulässig seien, wenn jemand, wie ihr Mann, Arbeit habe. Doch das hilft ihnen jetzt auch nicht mehr weiter. Im Februar 2020 schließlich wird das deutsche Konsulat wegen der Corona-Pandemie geschlossen. Helena in Deutschland und Twana im Irak wissen nicht mehr weiter.

Helena wendet sich an die verschiedensten deutschen Behörden. Von der Ausländerbehörde über das Landratsamt bis zum Außenministerium. Von Traun-

**Namen von der Redaktion geändert*

*Das ist doch alles
ganz einfach ...*

stein über München bis Berlin. Bis zum Büro der Bundeskanzlerin. Doch sie stößt auf taube Ohren und Desinteresse. Der Stress macht sie krank, zwei Monate lang kann sie nichts machen. Sie steckt ihre letzte Energie in die Sache und bekommt endlich Anfang Mai 2020 einen Termin bei der Ausländerbehörde.

Die dort zuständige Sachbearbeiterin zeigt Mitgefühl und bietet einen Ausweg aus der Situation an. Twana bekommt einen Aufenthaltstitel für sechs Monate, damit er zumindest nach Deutschland fliegen kann. Doch so einfach geht das natürlich nicht. Um den Aufenthaltstitel zu bekommen, muss Twana seinen Pass per DHL aus dem Irak nach Deutschland schicken, dort wird der Titel eingetragen, und der Pass muss wieder in den Irak zurückgeschickt werden. Ob er jemals irgendwo ankommen wird, kann niemand garantieren. Das ist so umständlich wie riskant, aber es ist der einzige Weg.

Helena schickt Geld in den Irak, damit Twana DHL bezahlen kann. Nach fast drei Wochen kommt der Pass endlich an. In Deutschland geht alles recht schnell. Noch am selben Tag wird der Aufenthaltstitel eingetragen und der Pass wieder zurück nach Sulaymaniyah geschickt. Der erste Abschnitt ist geschafft, jetzt heißt es warten. Und der Pass kommt dort auch an, Twana könnte endlich ausreisen. Doch so einfach ist das nicht. Wegen der Corona-Pandemie fliegt zunächst kein Flugzeug aus dem Irak. Mehrere Wochen lang. Als die Flughäfen wieder öffnen, sind die Preise zunächst so hoch, dass Helena und Twana keine Chance haben, diese zu bezahlen.

Nach weiteren Wochen sinken die Preise endlich und Helena schickt Geld in den Irak, so dass Twana einen Flug von Sulaymaniyah nach Düsseldorf buchen kann. Allerdings wollen die irakischen Beamten am Flughafen ihn nicht ausreisen lassen; sie hindern ihn daran, ins Flugzeug zu steigen. Sie erinnern sich an ihn und daran, dass er mit einer Duldung in den Irak kam und nun sehen sie seinen Aufenthaltstitel. Natürlich halten sie ihn fest.

Doch dieses Mal hat Twana Glück. Einer der Beamten kennt ihn noch von früher und lässt ihn zum Flugzeug gehen. Am 13. Oktober 2020, nach elf Monaten Trennung, kommt Twana schließlich in Deutschland an.

Für die beiden bedeutet diese Geschichte nicht nur eine enorme finanzielle, sondern auch eine seelische und körperliche Belastung. Helena bekommt während der Zeit eine Gesichtslähmung wegen einer Nervenentzündung im Gehirn, Twana wird im Irak mehrmals wegen Kreislauf- und Bluthochdruckproblemen ins Krankenhaus eingeliefert. Noch komplizierter und gefährlicher hätten es die deutschen Behörden einem kaum machen können, um an eine Aufenthaltserlaubnis zu kommen. Noch mehr Steine hätten sie Helena und Twana kaum in den Weg legen können ...<



Please read the line: *Der Witz dieser Miniatur von Peter Tischler erschließt sich der interessierten Leser*innenschaft nur durch das aufmerksame Studium des enthaltenen Textes.*

Illustration: Peter Tischler

Eilmeldung: Utopie wird Realität!?

... leider nein. Dem Infobus des *Münchner Flüchtlingsrats* und *Amnesty International* wird der Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen weiterhin verwehrt. Ein Brief an den Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Von Sheena Tönnies und Hannah Sommer

Der Infobus steht, wurde als Streetwork-Projekt für neu ankommende Asylsuchende konzipiert. Diese sind zunächst weder ortskundig, noch verfügen sie über die nötige Sprachkompetenz, um selbstständig eine unabhängige Beratungsstelle zu suchen. Damit sollen sie gleich zu Beginn ihres Asylverfahrens die Gelegenheit bekommen, sich vor Ort, also in oder vor ihrer Unterkunft, und in ihrer Muttersprache über den Ablauf des Verfahrens und ihre damit verbundenen Rechte und Pflichten zu informieren. Mit einem Team von Haupt- und Ehrenamtlichen fährt das Infobus-Team seit 2001 die Erstaufnahmeeinrichtungen und AnKER-Dependancen in München und Umgebung an. Seit Mitte 2018 fährt zudem ein zweites Infomobil zu den AnKER-Einrichtungen in Ingolstadt und Manching.

Anfang 2018 wurde den Infobus-Berater:innen von der Regierung Oberbayerns ohne stichhaltige Gründe der Zugang zu Erstaufnahme- und AnKER-Einrichtungen verweigert. Dagegen klagte der Münchner Flüchtlingsrat mit Rechtsanwalt Hubert Heinhold im Februar 2018. Im Juni 2019 stellte das Verwaltungsgericht München die Rechtswidrigkeit des absoluten Zugangsverbotes fest, sah aber auch kein grundsätzliches Zugangsrecht. Beide Seiten legten dagegen Berufung ein, über die am 28. Juli 2021 vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof verhandelt wurde. Dieser wies die Berufung des Infobusses mit seinem Urteil vom 29. Juli 2021 zurück. Dies mit der Begründung, für Dritte ergäbe sich weder aus nationalem noch aus Europarecht ein Anspruch auf einen anlasslosen Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen zum Zweck des Anbietens von Beratung. Der europarechtliche Anspruch der Asylsuchenden auf Asylverfahrens- und Rechtsberatung werde hierdurch aber

nicht verkürzt. Denn dem Infobus sei auf konkrete Anfrage durch Asylsuchende der Zugang gewährt (der sogenannte mandatierte Zugang). Gegen diese Entscheidung wurde nun Revision eingelegt.

Liebes Gericht,

zunächst einmal bedanken wir uns herzlich für das Urteil. Wir waren erstaunt darüber, dass Sie schon einen Tag nach der Verhandlung das Urteil präsentieren konnten. Damit hatten Sie ja selbst nicht gerechnet. Zumindest laut Ihrer eigenen Aussage tags zuvor in der mündlichen Verhandlung, dass Sie sich aufgrund der Komplexität des Themas Zeit mit dem Urteil lassen wollten. Über den Inhalt der Entscheidung waren wir weniger überrascht, denn mutige Urteile fällen ja bekanntermaßen eher die oberen Gerichte. Deswegen sind wir schon gespannt auf das Revisionsverfahren. Aber bevor es so weit ist, wollten wir Ihre Begründung und die zugrundeliegenden Erwägungen nicht unkommentiert lassen. So schreiben Sie beispielsweise:

„Da die Leistungen des Klägers auch außerhalb der Einrichtung in Anspruch genommen werden können, ist es ermessensgerecht, ihm ohne Mandatierung oder Anforderung durch einen Antragsteller, also ohne konkreten Anlass, keinen Zugang zu gewähren.“

(Dieses und folgende Zitate stammen aus dem Urteil vom 29. Juli 2021. Es kann hier eingesehen werden: <https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/Y-300-Z-BECKRS-B-2021-N-28480>)

Camps liegen meist absichtlich am Stadtrand

Um das noch einmal zu verdeutlichen: Das Infobus-Projekt wurde genau als Streetwork-Projekt gegründet, damit sich Asylsuchende, die verpflichtet sind, in meist abgelegenen Lagern zu wohnen, eben nicht erst auf einen langen Weg in ein Büro machen müssen. Die Camps befinden sich meist absichtlich am Stadtrand, auf Industriegelände oder in Gewerbegebieten, also in der Provinz, wo die Anbindung an Infrastruktur schlecht ist. Heute ist kaum mehr vorzustellen, dass die Leute früher für den Erstkontakt tatsächlich in unser Büro gekommen sind. Seit der Verlagerung der Camps in abgelegene Gebiete sahen *Amnesty International* und der *Münchner Flüchtlingsrat* (MFR) die Notwendigkeit, das Infobus-Projekt zu starten. Das funktionierte 17 Jahre lang mehr oder weniger reibungslos. Wir konnten die Beratung entweder auf dem Unterkunftsgelände oder zum Teil sogar in deren Räumlichkeiten abhalten. Bis 2018. Ist es ein Zufall, dass das Zugangsverbot für den Infobus genau in dem Jahr ausgesprochen wurde, als in Bayern die AnKER-Zentren eingerichtet wurden? (AnKER steht für: Ankunft, Erkennung, Rückführung; wobei Rückführung bei der Regierung besonders großgeschrieben wird). Mit dieser Maßnahme wurde die Isolation der Betroffenen weiter verschärft. Doch die räumliche Isolation muss nicht unbedingt mit eingeschränkter Informationsmöglichkeit einhergehen. So schreiben Sie:

„Nach der Zusage des Beklagten [...] werden die Asylsuchenden ausreichend über die Angebote von Nichtregierungsorganisationen wie auch des Klägers informiert.“

Wir weisen darauf hin, dass von Seiten der Regierung Oberbayerns (ROB) nicht mitgeteilt wurde, wie genau diese Informationsbereitstellung abläuft. Und was unter „ausreichend“ zu verstehen ist. Zugegeben, dies war auch nicht Thema der Verhandlung. Wenn das aber so einfach behauptet wird, hätte man durchaus nachhaken können, wie die ROB auf unser Angebot hinweist. Aber Sie, liebes Gericht, verlassen sich blind auf die fadenscheinige Behauptung der Regierung. Dabei muss Ihnen doch spätestens in der Verhandlung klar geworden sein, dass die ROB nicht der größte Fan des Infobusses ist. Oder warum bekommen andere Organisationen und NGOs nicht nur Zugang, sondern sogar Räume innerhalb der Unterkünfte? Warum wird in der internen Kommunikation der ROB vom Februar 2018 (einsehbar durch die Gerichtsakte) darüber gerätselt, welche Einschränkungsmöglichkeiten es für das Angebot des Infobusses geben könnte? Wie dem

auch sei. Zugang zu Informationen, welche unabhängigen Beratungsangebote es gibt, ist essenziell für jedes Wahrnehmen von Rechten. Unserer Erfahrung nach sind Geflüchtete häufig über existierende Beratungsangebote eben nicht informiert. Außerdem: Erst wenn die betreffende Person weiß, dass sie ein Recht auf Asylverfahrensberatung hat, kann sie auf die Idee kommen, diese in Anspruch zu nehmen.

Das Gericht verkennt die Realität

Zumindest erkennen Sie an, dass es wohl Menschen gibt, für die das Aufsuchen eines externen Beratungsangebotes nicht zumutbar wäre. Menschen mit physischer oder psychischer Beeinträchtigung, alleinstehende Mütter und Väter mit kleinen Kindern, Traumatisierte oder sonstige sogenannte vulnerable Gruppen könnten auf den uns bereits garantierten mandatierten Zugang zurückgreifen und Beratung vor Ort erhalten. Sie müssten sich ja nur bei uns melden und ihren Wunsch nach Beratung kundtun:

„[E]s bedarf lediglich der Kontaktaufnahme der Asylsuchenden zum Kläger, um einen Zugang des Klägers zu ermöglichen. Eine solche Kontaktaufnahme ist allen Asylsuchenden, auch vulnerablen, insbesondere auch kranken Menschen z.B. telefonisch ohne weiteres möglich und zumutbar.“

Wertes Gericht, Sie verkennen die Realität, wenn Sie die Kontaktaufnahme als „ohne weiteres möglich“ betrachten. Zunächst setzt eine telefonische Kontaktaufnahme voraus, dass die betroffene Person bereits weiß, dass es unser Beratungsangebot überhaupt gibt. Die Person muss das Verständnis mitbringen, wie essenziell eine Beratung für den Verlauf ihres Verfahrens ist. Nur so kann sie überhaupt versuchen, Kontakt aufzunehmen, obwohl vielleicht die Sorge besteht, aufgrund der Sprachbarriere nicht auf Anhieb verstanden zu werden. Und genau deswegen ist die Niederschwelligkeit des Beratungsangebotes so wichtig. Sie bedeutet weit mehr als nur Zugang zu Information. Durch die Präsenz vor Ort bauen wir Vertrauen auf, informieren über die Rechte und Pflichten und ermutigen die Geflüchteten, diese Rechte auch einzufordern. Eine individuelle Beratung, wie zum Beispiel eine Interviewvorbereitung, erfolgt meist erst im späteren Kontakt und im besten Fall mit einem gesonderten Termin.

Rein praktisch setzt die Kontaktaufnahme außerdem voraus, dass die Person die Möglichkeit hat, das Guthaben auf ihrem Handy aufzuladen. Dafür braucht es Geld. Es kommen aber auch Personen zu uns in die

Beratung, weil sie nicht das ihnen zustehende Geld erhalten haben. Umso ärgerlicher, dass es in den Unterkünften kein WLAN gibt. Mit WLAN wäre die Kontaktaufnahme natürlich um einiges leichter. Aber darum hat sich die Regierung ja bisher erfolgreich nicht gekümmert. Immerhin kann über den Sozialdienst ein Beratungswunsch an den Infobus übermittelt werden. Dies funktioniert in Einzelfällen gut, allerdings sind Personal und Zeit knapp und der Sozialdienst kann nicht alle an uns vermitteln.

Selbst wenn die Leute alle strukturellen, psychischen und physischen Hürden überwinden und selbst wenn sie uns anrufen würden, dass wir sie in ihrer Unterkunft beraten sollen, dann ist es immer noch nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen:

„Äußert eine asylsuchende Person den Wunsch zur Asylverfahrensberatung durch eine (zur Verfügung stehende) Organisation, wird der Zugang nach der Klarstellung durch den Beklagten in der mündlichen Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht ohnehin gewährt und eine Räumlichkeit für die Beratung zur Verfügung gestellt.“

In der Realität sieht es aber so aus:

Im Herbst 2020 kam eine Frau mit kleinem Baby zum Infobus und wollte asylrechtlich beraten werden. Es war eiskalt. Die Beratung war nur in einem warmen und geschützten Raum möglich. Ein Infobus-Mitarbeiter ging zusammen mit der Klientin zur Unterkunft, um von seinem Recht auf mandatierten Zugang Gebrauch zu machen. Anders als sonst wurde er am Eingang vom Sicherheitsdienst nicht sofort abgewiesen – der Sicherheitsdienst wird von der ROB nämlich meist nicht über den mandatierten Zugang informiert, somit werden die Infobus-Mitarbeitenden in der Regel nicht hereingelassen. Der Infobus-Mitarbeiter ließ sich von einer Mitarbeiterin des Sozialdienstes (A) zur Unterkunftsverwaltung führen. Eine von der Situation etwas überfordert wirkende Mitarbeiterin der Unterkunftsverwaltung (B) wiederum brachte ihn zu einem Zimmer, wo die Beratung stattfinden sollte. Eine weitere Mitarbeiterin der Unterkunftsverwaltung kam dazu (C) und fragte, etwas ungehalten, was der Infobus-Mitarbeiter hier zu suchen habe. Dieser antwortete wahrheitsgemäß und verwies auf das mandatierte Zugangsrecht. Die Mitarbeiterin (C), offensichtlich nicht darüber informiert, forderte ihn zum Gehen auf und rief drei Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes hinzu (D, E, F). Der Infobus-Mitarbeiter bat die Projektleitung des Infobusses telefonisch um Hilfe, um C die rechtliche Situation hinsichtlich des

Zugangs zu erklären. Dieser allerdings lägen keine Informationen dazu vor, hieß es, und sie habe andere Anweisungen. Der Infobus-Mitarbeiter habe die Unterkunft umgehend zu verlassen. Dieser brach daraufhin die Beratung ab und verließ das Camp. Eine halbe Stunde wertvoller Beratungszeit war vergeudet. Zurück blieb eine eingeschüchterte und verwirrte Klientin, die an diesem Tag nicht zu ihrem Recht kam, sich beraten zu lassen.

Diese Situation ist kein Einzelfall.

Also fassen wir zusammen: Eine Beratung, die nur in unseren Räumlichkeiten stattfindet, ist keine Option. Denn aufgrund der peripheren Lage der Camps und der oben geschilderten Hürden kommt dorthin kaum jemand, der*die noch am Anfang des Asylverfahrens steht. Gerade aus diesem Grund wurde das Projekt Infobus gegründet. Der mandatierte Zugang aber funktioniert auch nicht so recht. Verkannt wird die Wichtigkeit, die Menschen überhaupt dafür zu sensibilisieren, dass sie Rechte haben, die sie einfordern können. Also bleibt uns seit dem Zugangsverbot nichts anderes übrig als mit dem Infobus vor den Camps zu beraten.

Abschließend möchten wir daher einen kurzen exemplarischen Einblick in unsere derzeitige Beratungspraxis geben.

Wir fahren mit unserem umgebauten Beratungs-Bus zu einer Unterkunft. Wenn wir Glück haben, können wir in Sichtweite des Camps parken. Aufgrund der Hygiene- und Abstandsregeln können wir derzeit nicht im Bus beraten, daher bauen wir auf dem Gehsteig Campingtische und Klappstühle auf. Es stehen schon ein paar Leute da und warten auf uns. Wir wollen gerade mit der Beratung anfangen, da kommt schon eine Beschwerde von einer altbekannten Anwohnerin, wir würden den Weg versperren und sie würde die Polizei rufen. Tatsächlich war die Polizei schon einmal da, hatte uns aber bestätigt, dass wir dort stehen dürfen, solange der Weg nicht blockiert ist. Die Geflüchteten sind verunsichert. Wir verschieben die Beratungsstation also um einen Meter zur Seite. Endlich fangen wir mit der Beratung an, doch dann beginnt es zu regnen. Wir fahren die Markise aus und flüchten uns darunter. Es kommt ein mächtiger Windstoß und fegt die Markise einmal über das Infobus-Dach. Um nicht wieder im Regen zu stehen, spannen wir die großen Sonnenschirme auf, die uns im Sommer vor der Hitze schützen. Plötzlich fängt der Schlagbohrer auf der gegenüberliegenden Baustelle an zu dröhnen. Klient:innen und Beratende können

einander kaum noch verstehen. Mein Kollege neben mir berät eine Familie mit Kind. Während die Eltern nach den Dokumenten suchen, sehe ich aus den Augenwinkeln, dass das Kind direkt am Straßenrand spielt. Ich frage einen Ehrenamtlichen, ob er aufpassen kann, dass das Kind nicht auf die Straße rennt. Und so weiter.

Sheena Tönnies
*leitet aktuell das
Projekt Infobus*

Hannah Sommer
*ist ehemalige Mit-
arbeiterin vom
Infobus und lebt und
arbeitet in Wien*

Liebes Gericht, es ist nicht so, dass wir Ihnen das nicht alles in der mündlichen Verhandlung erzählt hätten. Dennoch gehen Sie in Ihrer Argumentation nicht darauf ein. Denn nach Ihrem Verständnis ist eine Beratung vor Ort gar nicht notwendig. Und selbst wenn, könne sie ja ‚einfach‘ in Form des mandatierten Zuganges erfolgen. Deswegen sei auch bei vulnerablen Personen ein niederschwelliges Angebot nicht zwingend erforderlich. Damit verkennen Sie die Not der Menschen. Sie ignorieren die drastischen und nicht wiedergutzumachenden Konsequenzen, die entstehen können, wenn Personen ihre Rechten und Pflichten nicht kennen. Und Sie blenden völlig aus, dass es nicht nur wichtig ist, Rechte zu haben, sondern dass die faktische Möglichkeit gegeben sein muss, Zugang zu Recht zu erhalten, um es überhaupt einfordern zu können.<



Mann und Ast

Von Thomas Glatz

Sagte der Ast: Der sägt ja an dem Ast, auf dem er sitzt, der Mann!

Sagte der Mann, der an dem Ast sägte, auf dem er saß zu dem Ast:

Unsere Gesellschaft misst alles am Erfolg. Ein dichterisches Scheitern ist da nicht mehr vorgesehen.

Dabei ist Scheitern ein immanenter Faktor im künstlerischen Werkprozess!

Sagte der Ast: Die Dichtung ist keine Antwort auf die Probleme der Welt, sondern eine Frage an die Welt.

Sagte der Mann: Ein Dichter verdient diesen Namen nur, wenn er bereit ist, Risiken einzugehen und Neuland zu betreten.

Brach der Ast. Fiel der Mann in den Fluss und ertrank. Am Ufer wuchsen Erlen und Buchen.

Schwamm der ertrunkene Mann ans Ufer, wrang seine Kleider aus und ging schnell fort.

Lag der Ast lange da und dachte bei sich:

Wie kann ein ertrunkener Mann ans Ufer schwimmen, seine Kleider trocknen und schnell fortgehen? Da lag er und dachte und dachte. Schließlich war es ein denkender Ast.

Bis heute ist er nicht draufgekommen.



Illustration: Anton Kaun

Wie kann ich was bewegen?

Raúl Krauthausen ist einer der bekanntesten Aktivist*innen Deutschlands und engagiert sich seit vielen Jahren für eine barrierefreie und inklusive Gesellschaft. Mit der *Hinterland* spricht er darüber, warum er das Format Podcast mag, warum Airpods auch nur schicke Prothesen sind und warum Linienbusse sich hervorragend eignen, die Utopie einer inklusiven Gesellschaft zu erklären. Ein Interview von Elena Stingl und Laura Pöhler

Wie kam es dazu, dass du Podcasts produzierst?

Als Kind wollte ich immer beim Radio arbeiten. In meiner Schulzeit habe ich ein Praktikum bei Radio Fritz in Berlin gemacht und nach meinem Studium auch dort gearbeitet, im Programmmanagement. Ich habe die Onlineabteilung aufgebaut und dabei viel übers Radiomachen mitbekommen. Mir wurde immer gesagt: Um Radio zu machen, brauchst du eigentlich eine Sprecherausbildung. On Air durfte ich nur sein, wenn ich als Experte eingeladen war, entweder als Mensch mit Behinderung oder als der Onliner, der irgendwas kommentieren sollte. Da habe ich Lust auf eine eigene Radiosendung bekommen. Die Idee zu einem Podcast über das Thema Aktivismus kam mir aber erst später.

Was war damals dein Anliegen?

Ich wollte, statt als Radiomoderator, als Aktivist andere Aktivist*innen interviewen, um gemeinsam der Frage nachzugehen: Wie kann ich was bewegen? Welche Formen des Engagements sind zielführend, welche vielleicht weniger? Was haben andere Aktivist*innen gelernt, welche Tipps würden sie weitergeben und welche Fehler würden sie auf jeden Fall nicht

noch einmal machen? Wie gehen wir in unserer Gesellschaft in Zukunft damit um, wenn wir immer mehr das Gefühl haben, dass wir keine Selbstwirksamkeit mehr haben? Also mit dem Gefühl: Die da oben machen eh was sie wollen.

Was fasziniert dich an der Figur Aktivist*in?

Aktivist*innen handeln aus Überzeugung. Sie sind vielleicht der linke Gegenpol zum Lobbyismus. Leute, die zum Beispiel fordern, dass es auf Autobahnen keine Geschwindigkeitsbegrenzungen geben darf, würden sich vermutlich nicht selbst Aktivist*innen nennen, sondern eher Lobbyist*innen. Bevor ich selbst Aktivist wurde, habe ich mich Sozialunternehmer genannt und mich immer unwohl bei diesem Begriff gefühlt. Zu glauben, dass man soziale Probleme unternehmerisch lösen kann, ist naiv. Ganz viele Probleme, die wir gesellschaftlich haben, sind ja erst durch das kapitalistische System entstanden. Was Unternehmer*innen aber oft besser machen als Aktivist*innen, oder Politiker*innen, ist ein Projekt voranzubringen, innovativ zu sein, neue Ideen zu spinnen.

Und warum bezeichnest du dich heute selbst als Aktivist*in?

Ich habe mir irgendwann zur Selbstbezeichnung Aktivist statt Unternehmer entschieden, weil ich mich engagiere, nicht um meine Miete zu bezahlen, sondern weil ich als behinderter Mensch immer noch so viel struktureller Diskriminierung im Alltag begegne, dass ich mich fragen muss: Wieso sind wir im 21. Jahrhundert nicht weitergekommen?

Unternehmerisch werden wir das scheinbar nicht lösen können. Auch nicht mit Freiwilligkeit oder Leuchtturmprojekten. Vielleicht geht das nur mit zivilem Ungehorsam.

Du hast kürzlich auf Instagram gepostet, dass wenn die Privatwirtschaft nicht verpflichtet wird, ihre Gebäude barrierefrei zu gestalten, werden Menschen mit und ohne Behinderung einander nie begegnen. Was muss sich in diesem Bereich tun?

Es reicht nicht, wenn öffentliche Einrichtungen barrierefrei sind. Auch private Unternehmen müssen dazu verpflichtet werden. Freiwillig tun sie das nicht. Das lässt sich ja zum Beispiel bei der Frauenquote beobachten, oder bei der Reduk-

tion von CO2. In der Privatwirtschaft ist zwar inzwischen oft von Diversity die Rede. Bei Behinderung hört es aber immer auf mit der Vielfalt. Es reicht den Unternehmen, eine Regenbogenflagge auf den Parkplatz zu stellen, oder am Eingang eines Gebäudes einen Menschen mit Behinderungen zu beschäftigen.

Wie kann sich hier etwas ändern?

Die Dimension Behinderung wird eher mit hohen Kosten in Verbindung gebracht als etwa Geschlecht oder Migration. Mit einer barrierefreien Software zu arbeiten, eine rollstuhlgerechte Toilette oder einen Aufzug einzubauen, das kostet Geld. Unternehmen werden dieses Geld nicht investieren, weil sie fürchten, in einen Wettbewerbsnachteil zu geraten. Appelle bringen aber nichts. Es muss Sanktionen, obligatorische Berichte, finanziellen Druck, Regeln und Gesetze geben, die für alle gleichermaßen gelten. Oder Förderprogramme, um Kleinunternehmen dabei zu helfen, barrierefrei zu werden. Mein Lieblingsbeispiel ist der Brandschutz. Alle mussten in ihrer Wohnung, in ihren Läden und Büros Rauchmelder an der Decke haben. Freiwillig wäre da nichts passiert, weil das Anbringen sehr aufwendig sein kann. Erst indem es für alle galt, machen es auch alle. So würde ich es bei der Barrierefreiheit auch sehen.

Barrierefreiheit stellen sich viele Leute räumlich vor. Kannst du uns erklären, was das Konzept genau bedeutet?

Barrierefreiheit kann unter anderem bedeuten, dass Räume für Menschen im Rollstuhl zugänglich sind, z.B. dass ein Kinosaal rollstuhlgerecht ist. Aber es kann

auch bedeuten, dass der Zugang etwa zu Schauspielschulen barrierefrei ist. Also dass Menschen mit Behinderung Schauspieler*innen werden können. Oder dass, wenn ich blind bin, es einen Film in Audiodeskription gibt. In den USA ist es längst Standard, dass es im Kino dafür spezielle Geräte gibt, oder die Möglichkeit, mit dem eigenen Smartphone auf die Audiospur der Audiodeskription zuzugreifen. Barrierefreiheit kann bedeuten, um beim Beispiel Kino zu bleiben, dass es Dolmetschen in Gebärdensprache gibt, damit gehörlose Menschen Filme konsumieren können. Oder wenn jemand als Mensch mit kognitiver Einschränkung auf leichte Sprache angewiesen ist, dass es Übersetzungsleistungen gibt, so wie es Filme eben auch in anderen Sprachen gibt. Barrierefreiheit kann bedeuten, dass ich die Möglichkeit habe, etwas, so wie nichtbehinderte Menschen, über die Webseite zu buchen und nicht mehr kostenpflichtige Hotlines anrufen muss. Dass ich dieselbe Terminauswahl erhalte wie nicht behinderte Menschen auch, und mich nicht an irgendwelche komischen Zeiten halten muss. Dass Spontanität ermöglicht wird und nicht davon ausgegangen wird, dass ich alles 24 Stunden vorher schon weiß. Wenn ich als rollstuhlfahrender Mensch in Berlin Taxi fahren will, dann muss ich das 3 Wochen vorher buchen. Es gibt bei Barrierefreiheit neben der Dimension der Körperbeeinträchtigung auch die der Sinnesbeeinträchtigung. Dass wenn ich mit dem Aufzug fahre, der Aufzug mir sowohl visuell anzeigt, in welche Richtung er fährt und welche Etage er gerade anhält, als auch akustisch. So können blinde und gehörlose Menschen mitbekommen, was der Aufzug gerade macht. Und dann gibt es noch Barrierefreiheit für kognitive

Einschränkungen, d.h. leichte Sprache, logische Führung durch Menüs, Räume oder Texte. Und dann gibt es das Thema der mentalen Gesundheit. Dass wir stressreduzierter denken und arbeiten, und dabei auch akustischen Lärm berücksichtigen.

Barrierefreiheit ist aber doch nicht nur für Menschen mit Behinderung gut?

Bahnhöfe etwa sind unglaublich laute und hektische Orte, die man auch anders gestalten könnte mit weniger Stress, wovon alle Menschen profitieren könnten. Man könnte Rückzugsmöglichkeiten in Ruheräume etwa auf Konferenzen zur Verfügung stellen. Also man kann das Thema Barrierefreiheit sehr groß und vielschichtig denken. Das ist gleichzeitig das Problem. Es wird dann immer schnell gesagt: Hundert prozentige Barrierefreiheit kann eh nicht erreicht werden. Aber wenn wir gar nicht erst damit anfangen, haben wir schon verloren. Man muss sich auf den Weg machen, um besser zu werden. Weil wenn wir das nicht tun, verpassen wir auch viele sekundäre Effekte. Von einem abgesenkten Bordstein beispielsweise profitieren nicht nur Menschen mit Rollstuhl, sondern auch Menschen mit Kinderwagen oder Paketlieferant*innen.

Was können wir von anderen Ländern lernen?

In den USA wurde beispielsweise in den 90er Jahren ein Gesetz eingeführt, das Menschen mit Behinderung erlaubt, McDonalds oder Starbucks zu verklagen, wenn die Filialen nicht barrierefrei sind. Etwa wenn das Menü nicht in Blindenschrift verfügbar ist. In Deutschland gibt es noch nicht einmal in Restaurants Blinden-

schriftkarten. In Deutschland gibt es keine rechtliche Grundlage, auf der wir so etwas einfordern könnten. Dabei kann gerade wegen der Vorschriften Innovation entstehen. Der Grund warum Apple das beliebteste Smartphone für blinde Menschen produziert, ist nicht der Altruismus von Apple, sondern weil das Unternehmen von amerikanischen Schulbehörden verpflichtet wurde, für blinde und gehörlose Kinder barrierefrei zu sein, um Tablets in Schulen einsetzen zu dürfen. So hat Apple Milliarden investiert, um diesen Markt zu knacken. Und daraus entstanden die Voice-Over-Funktionen und FaceTime. Oder wenn wir uns angucken, wie viele Menschen durch die Straßen laufen und AirPods tragen, dann könnten wir uns die auch als Hörgeräte für alle vorstellen. Sie lösen eine Menge Probleme, die hörende Menschen haben, etwa den Lärm auszublenden durch Noise Cancelling, oder mir am Telefon vorlesen lassen, was gerade auf dem Bildschirm angezeigt wird, etwas wovon blinde Menschen profitieren. Oder es gibt eine neue Funktion, die nennt sich „voice booth“, bei der die Stimme der Person, die mir gegenübersteht, verstärkt wird. Wie bei einem Hörgerät. AirPods sind Gadgets, die wir lieben, die wir aber nicht mit Krankheit, Krankenkasse oder Behinderung assoziieren. Dabei werden diese Grenzen immer fließender, denn was sind Telefon und Kopfhörer anderes als Prothesen?

Du hast vorhin gesagt, dass wir im 21. Jahrhundert, was Barrierefreiheit angeht, noch nicht sehr weit gekommen sind. Wo wurden Fortschritte gemacht?

Je mehr wir uns mit Diskriminierung beschäftigen, egal welcher, um so mehr Diskriminierungen werden wir entdecken. Als in

Deutschland vor hundert Jahren das Frauenwahlrecht eingeführt wurde, da war paritätische Besetzung in den Parteien noch nicht Thema. Erst dadurch, dass es das Frauenwahlrecht gab, diskutieren wir jetzt gesellschaftlich erst paritätische Besetzung etwa in Parteien. Wenn ich sage, es ist relativ wenig passiert, liegt das sicherlich auch daran, dass ich überall so viele strukturelle Barrieren sehe, weil ich mich mit dem Thema intensiv beschäftige. Mir fällt aber auch auf, dass in meiner Lebenszeit – ich bin jetzt 42 Jahre alt – viel passiert ist. Die Busse in Berlin zum Beispiel sind alle barrierefrei. Gleichzeitig gibt es immer noch wenige Stellplätze in den Bussen. Warum muss es Konkurrenzkämpfe zwischen Kinderwagen und Rollstuhl geben? Warum sind die Busfahrer*innen immer noch genervt, wenn sie eine Rampe ausfahren müssen? Warum sind U-Bahnhöfe nicht barrierefrei, warum sind die Aufzüge so oft kaputt? Dass die Busse barrierefrei sind, liegt nicht daran, dass die Berliner Verkehrsbetriebe das so wollten, sondern weil es in den 90er-Jahren neue Umweltauflagen für die Innenstadt von Berlin gab und die Verkehrsbetriebe dazu gezwungen waren, neue Busse zu kaufen. Und diese Busse hatten standardmäßig Rampen. Die Barrierefreiheit wurde als Trojanisches Pferd von Umweltschutzmaßnahmen eingeführt.

Und wo hakt es besonders?

Barrierefreiheit wird immer als Letztes geplant. Es wird ein Bahnhof gebaut und erst im Nachgang ein Aufzug reingebaut. Es wird ein Gebäude gebaut und dann fällt ihnen hinterher ein: Ach, das muss ja noch barrierefrei werden. So werden die Dinge oft hässlich oder stümperhaft gemacht, statt Barrierefreiheit von Anfang an

mitzudenken. In Architekturstudiengängen wird das Thema nicht auf dem gleichen Wichtigkeitslevel gelehrt wie Brandschutz oder Denkmalschutz. Es gibt immer noch Aufträge, die selbst von Städten an Architekturbüros vergeben werden, in denen die Barrierefreiheit vergessen wurde. Hinterher ist dann das Geschrei groß und die Kosten sind hoch. Ich werde eingeladen, um zu sagen, wie gut etwas gebaut wurde. Aber ich werde nicht eingeladen, um beim Planungsprozess, beim Entscheidungsprozess, beim Gestaltungsprozess mitzüberlegen. Oder nehmen wir die Corona-Pandemie. Wie kann es sein, dass im 21. Jahrhundert Kanzler*innen und Minister*innen immer noch Pressekonferenzen ohne Gebärdensprachdolmetschen geben? Warum kriegt es aber das Robert-Koch-Institut hin? Und warum schneiden die Sender, wenn sie die Pressekonferenzen übertragen, die Gebärdendolmetscher*innen raus? Warum gab es keinen größeren Aufschrei, als in einer Lebenshilfeeinrichtung in Sinzig bei der Flut im Juli 2021 zwölf Menschen ertrunken sind, weil sie nicht evakuiert wurden? Wie konnte es sein, dass es keine Evakuierungskonzepte für behinderte Menschen gab? Warum wird die ganze Zeit von nicht-behinderten Menschen berichtet und darüber geurteilt, was ihnen zusteht und wichtig ist? Es geht nicht darum, dass die Kanzlerin Gebärdensprache können muss. Es geht darum, dass wir genauso die Informationen in Gebärdensprache zur Verfügung stellen, wie wir sie auch etwa in Arabisch auf den Websites der Ministerien zur Verfügung stellen.

Wenn wir versuchen würden, die Utopie Barrierefreiheit in unserem Alltag zu denken, wie sähe das aus?

Nehmen wir nochmal den Berliner Bus. Er fährt von A nach B, hat eine Fahrerin oder einen Fahrer und er hat eine Rampe, die meistens von Menschen mit Rollstuhl genutzt wird. Der Rollstuhl fahrende Mensch stellt sich auf den Platz, wo auch ein Kinderwagen oder jemand mit einem Koffer stehen könnte. Es ist ein Mehrzweckbereich. In so einem Bus gibt es außerdem Plätze mit niedrigerer Sitzhöhe. Hier können sich kleinwüchsige Menschen setzen, oder Kinder. Es sind kleine Sitze für kleine Menschen, aus welchem Grund auch immer sie klein sind. Inklusion heißt nicht, wir müssen uns alle liebhaben, oder uns zu irgendeinem Verhalten zwingen. Sondern Inklusion bedeutet eine Begegnung, die ermöglicht wird. Wenn ich im Bus sitze, habe ich als Fahrgast keinen Einfluss darauf, wer mit in diesem Bus ist. Wenn mir die Person, die neben mir sitzt, nicht passt, habe ich jederzeit die Möglichkeit, mich woanders hinzusetzen – denn der Raum ist groß genug und barrierefrei. In dem Bus steigen Menschen vor mir ein, andere nach mir aus. Es gibt eine gemeinsame Wegstrecke, die wir teilen. Die anderen können mir auf die Nerven gehen. Oder ich verliebe mich. Niemand entscheidet darüber, wer mitfahren darf. Man kann Regeln aufstellen wie: Nur wenn du ein Ticket hast, darfst du Bus fahren. Aber die Möglichkeit, an ein Ticket zu kommen, muss barrierefrei sein. Solche Orte der Begegnung sollte es überall geben: Klassenräume, Kindergärten, Arbeitsplätze, Kulturräume, Mobilitätsräume, Freizeiträume. Orte, wo nicht die Mehrheitsgesellschaft entscheidet, wer einsteigen, wer mitmachen darf. So utopisch ist das doch eigentlich gar nicht.<



Rául Krauthausen, *studierter Kommunikationswirt und Design Thinker, ist Inklusions-Aktivist und Gründer der Sozialheld*innen, einer Denkfabrik aus ehrenamtlich engagierten Menschen, die sich mit verschiedenen Aktionen für soziale Gerechtigkeit einsetzen. 2013 wurde Raul Krauthausen für sein Engagement bei den Sozialheld*innen mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. Seit 2015 moderiert er mit Krauthausen – face to face seine eigene Talksendung zu den Themen Kultur und Inklusion auf Sport1. Im Jahr 2020 startete er zahlreiche Podcasts. In Wie kann ich was bewegen, der Podcast zu seinem gleichnamigen Buch, spricht Krauthausen mit Deutschlands bekanntesten Aktivist*innen über ihre Arbeit, ihre Erfahrungen und Niederlagen. Mit dabei u.a. Luisa Neubauer, Margarete Stokowski und Tupoka Ogette. In Die Neue Norm tauschen sich Judyta Smykowski, Jonas Karpa und Raúl Krauthausen über Vielfalt, Inklusion und das Leben von Menschen mit Behinderung aus. Und in „Die Jugend von heute“ sucht Krauthausen das Gespräch mit der sogenannten Generation Z. Empfehlen möchte die Hinterland-Redaktion ihren Leser*innen Krauthausens Newsletter über raul.de für einen regelmäßigen, gut kuratierten Überblick zu Artikeln, Sendungen und mehr rund um die Themen Inklusion und Leben mit Behinderung.*

Flüchtlingsgespräche

Staffel 1 - Folge 9: Was passiert mit Afghanistan? Das fragen sich die zwei aus Brechts *Flüchtlinge*. Übertragen ins Heute und Jetzt. Von Human

Benutzerhinweis: beinharder böser Text

DER UNTERSETZTE: Salam, Bruder.

DER GROSSE: Salam, die Taleban haben Kabul eingenommen.

DER UNTERSETZTE: Endlich hat das Ganze eine Ende. Zwanzig Jahre Lügen und Chaos haben ihren gelungen Abschluss gefunden.

DER GROSSE: Hast du das verstanden, warum alle so geschockt sind?

DER UNTERSETZTE: Die Menschen aus Afghanistan nicht – die Leute aus dem Ausland schon. Die sogenannte Expert*innen haben gar nicht verstanden, was in den letzten Jahren in Afghanistan vor sich gegangen ist. Die Meinung der wahren Expert*innen, also die der Afghan*innen, hat nie eine Rolle gespielt.

DER GROSSE: Die Afghan*innen sind wie die Hosts bei der Serie *Westworld*: Androiden, die von Menschen nicht zu unterscheiden sind und darauf programmiert sind, den Soldat*innen, Söldner*innen und Entwicklungshelfer*innen jeden Wunsch zu erfüllen, einschließlich gewalttätiger und sexueller Ziele, aber nicht in der Lage sind, den ausländischen Gästen zu schaden.

DER UNTERSETZTE: Aber was ist mit den Taleban? Sind sie auch programmierte Androiden, die den Gästen keine Schaden zufügen können?

DER GROSSE: Die Taleban waren ein Kopfgeburt des Westens und ihre Rolle war vorgeschrieben. Sie sind Menschenfeinde und unterscheiden nicht zwischen Gäste oder Einheimische.

Die Taleban sind Auftragskiller, die wissen, dass die Auftraggeber sich rechtfertigen müssen und nicht die Mörder.

DER UNTERSETZTE: Die einfache Frage würde lauten: Warum 20 Jahre Krieg, Tod und Terror?

DER GROSSE: Und genau hier ist das Problem, wenn du dich mit einfache Fragen abgibst, dann bekommst du einfach gestrickte Antworten und dann sind alle zufrieden. Genau wie bei *the Wire* nehmen wir die Scheiße hin, die tagtäglich in Baltimore am dampfen ist. So ist es auch in Afghanistan. Soldat*innen, die nichts zählen, werden als Kanonenfutter und Abschaum benutzt. Dass sie von den Taleban erschossen werden, interessiert doch eh niemand.

DER UNTERSETZTE: Und wenn die Afghan*innen von den Taleban oder Soldat*innen – welcher Hautfarbe auch immer – erschossen werden, ist auch nicht mehr wichtig. Ihre Leben, ihre Zukunft hat überhaupt keine Rolle gespielt und wird es auch nicht mehr.

DER GROSSE: Die Kriegs- und Drogenwirtschaft hat in den letzten zwanzig Jahren auch prächtig floriert.

DER UNTERSETZTE: Die Profiteure des Krieges in Afghanistan und im Ausland haben Money Money gemacht. Das jetzt der Drogenboss Erdogan den internationalen Flughafen Kabul als Umschlagplatz für Drogen nutzen und direkt in die Narco-Alpenrepublik Österreich die heiße Scheiße liefern lassen möchte, gehört auch zu einer der zahlreichen abenteuerlichen Geschichten.

DER GROSSE: Ist das jetzt erfunden oder real?

DER GROSSE: Dass Basti und Hans-Christian koksen und Stoff brauchen ist doch real, oder? Criminal International quasi. Kommen die Kriegstreiber*innen, Profiteur*innen und Verbrecher*innen eigentlich vor dem internationalen Gerichtshof oder sind die Richter*innen nur mit den Verurteilungen von Schwarzen und Balkanesen beschäftigt? Und was ist mit den Ortskräften, die hier als die Botschafter*innen der Demokratie gefeiert werden?

DER UNTERSETZTE: Krieg und Terror werden nicht mehr verurteilt. Also können die Leute auch den ganzen Mist mit Menschenrechten, Moral, Freiheit und Gleichberechtigung in die Wasserpfeife rauchen. Davon werden sie high und können weiterhin mit erhabenen Worten von Verantwortung, Werte und

Demokratie schwurbeln. Die Ortskräfte wussten von Anfang an, dass sie ein korruptes System auf die Beine helfen wollten. Sie konnten schon während des Einsatzes der internationalen Truppen nicht ruhig schlafen. Nachdem sie abgehauen waren, noch weniger.

DER GROSSE: Heißt das, dass die Taleban besser sind?

DER UNTERSETZTE: Das ist hier nicht die Frage. Die Talebanisierung des Abendlandes wurde aktiv vorangetrieben. Wenn in Deutschland sich die Menschen wundern, dass ein Neonazi in Halle eine Synagoge angreift und auf deutschen Boden wieder Jud*innen umbringen wollte; dass in Hanau Menschen aufgrund ihrer vermeintlicher Herkunft gekillt wurden, dann hat die Gesellschaft die Faschisierung hingenommen. Wenn die Menschen im Mittelmeer verrecken und das niemand mehr juckt, ist die Talebanisierung des Abendlands vollzogen und alle singen das alte Lied von wir haben nichts gewusst.

DER GROSSE: Die Taleban und die Nazis gehören also zu uns und sind real. Davor zu fliehen, bedeutet vor der Realität zu fliehen?

DER UNTERSETZTE: Genau, die Flüchtlinge versuchen genau davor zu fliehen. Die Grenzpolizei bringt sie in Gefängnisse und Lager unter, um denen deutlich zu machen, dass sie nichts Besseres sind und mitleiden müssen.

DER GROSSE: Aber was ist mit der großartige Generation der Fridays of Future?

DER UNTERSETZTE: Sind das die, die um halb fünf in der früh zwei Finger Rum im Glas zum Runterkommen haben und über ein Stolperstein fallen und danach mit ihre Smartphone einen Selfie mit dem besagtem Stein machen, dabei aber sich übergeben und den Stein putzen und das als Zivilcourage verkaufen?

DER GROSSE: Sind das die, die mit unseren Leuten auf Lesbos Brieffreundschaften pflegen?

DER UNTERSETZTE: Und die, die aus Lesbos lieber Katzen als Menschen retten?

DER GROSSE: Genau, das sind sie und das sind auch die, die die FDP und die Grünen bei den Bundestagswahlen ihre Stimme gegeben haben.

DER UNTERSETZTE: Bombe, krass sexy. Die Start-Up-per, die Gender-Studies, Postkolonialismus und grüne

Umweltstudien durchpauken. Dabei Selfies von sich machen wie VIPs aus der Psychiatrie und über die soziale Kanäle jagen?

DER GROSSE: Und mit den Bildern den Allein-erziehenden, Arbeitslosen und Schichtarbeiter*innen ins Gesicht spucken und die Wirtschaft helfen sich green zu waschen?

DER UNTERSETZTE: Sauber, willkommen in der neuen schönen Welt der Deutschen.

DER GROSSE: Ich saß auch vor dem Wahlomat.

DER UNTERSETZTE: Was kam raus, Bruder?

DER GROSSE: Kalifat. Und schon sind wir wieder bei der Talebanisierung des Abendlands.

DER UNTERSETZTE: Also jetzt mal ganz spekulativ gesprochen und ich wäre mit Penelope Cruz in Kabul und verprügelte die Taleban. Moralisch ist es nicht zu argumentieren, aber ich würde mich wie die Heuchler*innen der letzten zwanzig Jahre dabei gut fühlen.

DER GROSSE: Es würde sich ja auch nichts an der Ausbeutung und der Patriarchat ändern.

DER UNTERSETZTE: Bleibt also die Militanz als die letzte Lösung.

DER GROSSE: Gegen die Taleban oder gegen die Nazis?

DER UNTERSETZTE: Nun ja, sowohl die Taleban als auch die Nazis sind Milizen.

DER GROSSE: Jetzt rutschen wir aber in Staatstheorie und schwuppdiwupp sind wir bei Carl Schmitt und Clausewitz.

DER UNTERSETZTE: Wir arbeiten nur an Utopien, wie sich das die Redaktion gewünscht hat.

DER GROSSE: Frieden und Freude in Afghanistan war ja auch nur eine Utopie.

DER UNTERSETZTEN: Deutschland ohne Nazis ist auch eine Utopie.

DER GROSSE: Bayern ohne CSU ist auch nur eine Utopie. In diesem Sinne gute Nacht Deutschland.<



*Human ist assimiliert
Ausländer
und lebt an der
deutsch-afghanischen
Grenze.*

Wolli.

Wenn ich an Wolli denke, dann fällt mir spontan unser gemeinsamer Demo-Vorbereitungsausflug nach Grünwald ein. Wir hatten große Pläne: Eine Parade sollte es werden, zu den Villen der Reichen, mit Bauwagen, Bullis und Blasmusik (natürlich die Express Brass Band). Ein Motto hatten wir auch schon angedacht: „Integrationshilfe für Reiche“ denn wir steckten mitten in der ersten Corona-Welle.



Wir, ein kleiner Haufen von Aktionswilligen trafen uns am 60er Stadion und radelten dann Richtung Süden, um vor Ort in eine der reichsten Gemeinde Deutschlands, erste, wichtige Recherchen vorzunehmen. Nachdem wir vor den Toren Grünwalds am Getränkemarkt Bier und Dank einer Großpackung zucker süßen Gummi-Melonen Energie getankt hatten, radelten wir in Formation in den stinkreichen Münchner Vorort ein, begleitet von Punk-Klängen, die aus einer kleinen mitgebrachten Box scheppten.

Du übernahmst auf deinem E-Bike die Führung, und schon bei der ersten Briefkastenfirma bogst du in das Privatgelände ein, wir alle hinterher, nur um dann im Innenhof eine komplett sinnfreie Ehrenrunde zu drehen. Die hochpolitische Recherche-Fahrt wurde schnell zum ausgelassenen Familienausflug. Wir schmiedeten Pläne, begafften die Villen und Prachtbauten und bei jedem auftauchendem Kreisverkehr wiederholten wir unsere Ehrenrunden. Als wir genug hatten, ging es heimwärts und wir kehrten noch in einen kleinen Biergarten ein. Dort echauffierten wir uns angeregt über einen Vorfall, der die letzten Tage unsere Gemüter beschäftigt hatte. In der Biereuphorie beschlossen wir spontan darauf zu reagieren; es war schon spät, wir radelten zurück ins Büro, die Rechner wurden wieder hochgefahren, Kaffee gekocht und Kippen gedreht und wenige Stunden nach Mitternacht hatten wir den Vorfall satirisch kommentiert und trennten uns äußerst zufrieden mit diesem gemeinsamen Sommertag. Wir wiederholten die Recherchefahrt auch noch in Bogenhausen, besuchten Botschafts- und Konsulatsvillen, verlebten wieder einen wunderschönen Tag mit dir Wolli. Zu einer Demo kam es jedoch nicht, auch wenn unsere Ideen wirklich gut waren.

Als es dann wirklich zu einer Demo in Grünwald kam, war die von deutlich jüngeren und wohl motivierteren Leuten organisiert. Unsere Teilnahme war natürlich Ehrensache. Immer noch Corona. Wir standen da mit unseren Masken in einem kleinem Polizeikesselchen und lauschten den Redebeiträgen. Wir warteten darauf, dass die Demo endlich losgehen würde, was von der Polizei jedoch verhindert wurde. Schließlich lösten die Anmelder*innen entnervt die Kundgebung auf und die meist sehr jungen Teilnehmer*innen trabten Richtung Trambahn. Am Trambahngleis wurden sie von den johlenden Richkids und der Polizei empfangen, die gleich einmal die Trambahn stürmte und ihre Knüppel einsetzte. Die Stimmung war chaotisch, laut und sehr unübersichtlich und wir fühlten uns alle etwas in der Falle. Leichte Verzweigung machte sich breit, wie eine Heimfahrt wohl aussehen könnte, angesichts bald einsetzender Corona-Ausgangssperre und ohne die Möglichkeit, die Trambahn zu nutzen.

Mittendrin, tiefenentspannt und rauchend: Wolli. Wie ein Zaungast, fast schon amüsiert, hast du das ganze Geschehen beobachtet und die Ruhe bewahrt. Als wir schon alle auf Krisenmodus umgeschaltet haben, hast du Mamas Auto geholt und mit fröstelnden Aktivist*innen vollgemacht und sie in die Stadt gefahren. Alle haben nicht hineingepasst –zwei musstest du zurücklassen. Aber die hatten keine Panik, konnten sogar entspannt auf dem Gehsteig eine übrig gebliebene Flasche Grauburgunder schlürfen, denn die beiden wussten, Wolli, du kommst zurück und fährst uns heim.

Wolli – wir wissen – du wirst nicht mehr zurückkommen und uns nicht mehr heimfahren. Mannomann – wir vermissen dich.

PS: Wolli, die Express Brass Band hat übrigens auf deiner Beerdigung gespielt und es wurde geweint, gelacht, getanzt und viel zu viel geraucht und getrunken, es hätte dir gefallen.

Dein Matthias.



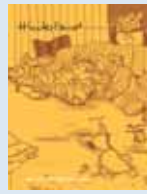
1
Wohnen



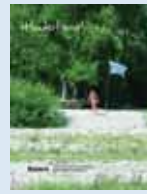
2
Nachbarn



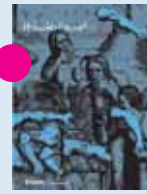
3
Anziehsachen



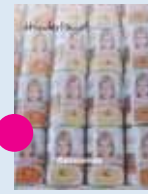
4
Sex



5
Bayern



6
Essen



7
Rassismus



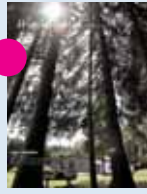
8
Integration



9
Arbeit



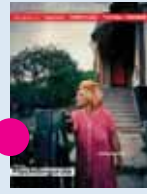
10
Polizei



11
Lager



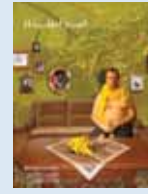
12
Links



13
Antiziganismus



14
Alter



15
Afrika



16
Sortieren



17
Jubiläum



18
Grenze



19
Abschiebung



20
Paternalismus



21
Unterhaltung



22
Vernetzung



23
Reisen



24
Sprache



25
Asyl



26
Liebe



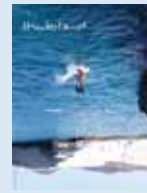
27
Fluchthilfe



28
Was tun?



29
Dublin III



30
Was geht?



31
Mob



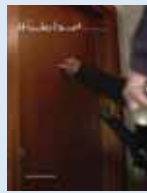
32
Sicher



33
Kaputt



34
Privat



35
Abschiebung



36
Strategie



37
Stadt, Land,
Flucht



38
Gender



39
Europa



40
Bildung



41
Abschiebehaft



42
zweiundvierzig



43
kriminalisierung



44
behinderung



45
zuhause



46
jung sein



47
systemrelevant



48
Raum

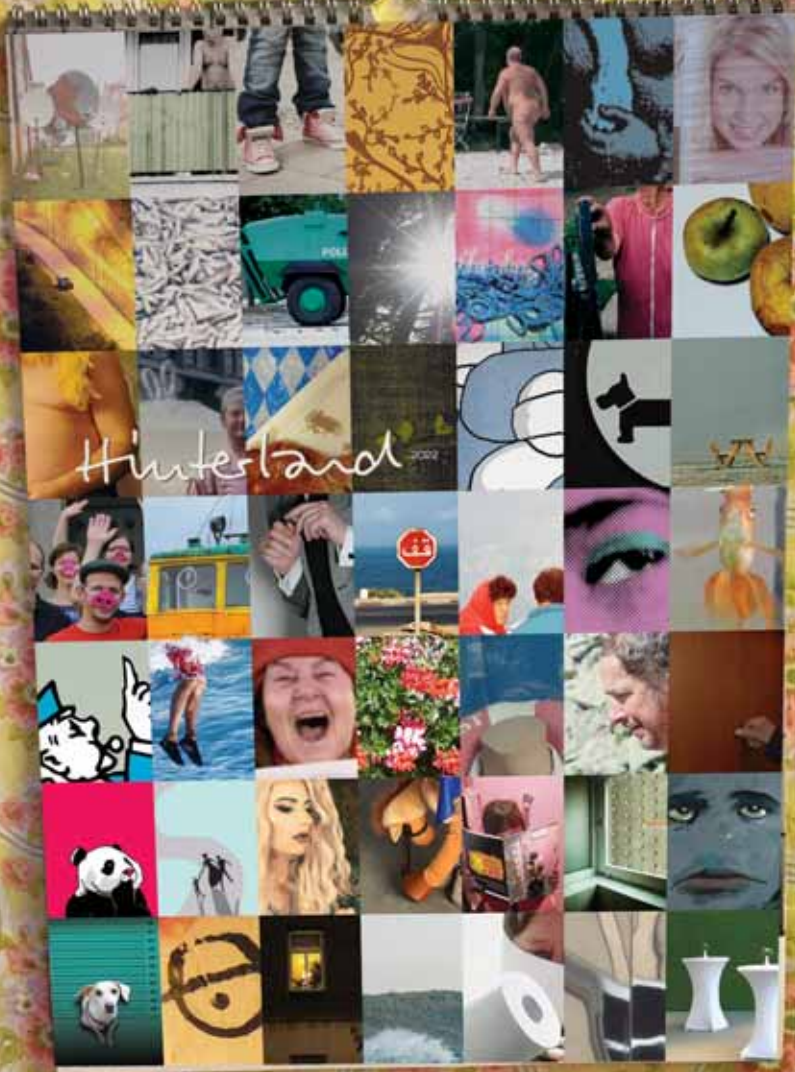


49
lobby

Die markierten Ausgaben sind leider bereits vergriffen

Hinterland

Sie ist kritisch, parteiisch und außerdem schön anzusehen - so wie ihre Leser*innen. Das menschenfreundliche Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrats kreist immer wieder um die Themen Flucht und Migration, aber eben nicht nur. Die Hinterland gibt es nicht am Kiosk, also holt euch gleich ein Abo auf www.hinterland-magazin.de/bestellen/



Jetzt ist noch mehr **Hinterland!** + Ihr könnt nicht genug von eurem Lieblingsmagazin bekommen? Ihr wisst nicht, wie ihr den Kalender in eurem neuen Handy bedienen sollt? + Ihr vergesst Omas Geburtstag immer? + Ihr braucht noch ein praktisches Weihnachtsgeschenk für **Onkel Horst?** + Dann holt euch den neuen **Hinterland-Wochenkalender!** + Jede Woche ein neues spannendes Titelblatt. + Jede Woche ein anderes tolles Bild vom besten Magazin der Welt. + Mit Klassikern wie „Sex“, „Essen“ oder „zweiundvierzig“. + Greift zu und eure Freund*innen werden euch beneiden. + für nur 10,00 Euro unter www.hinterland-magazin.de/bestellen